

3.3 Akteure im Gefüge der Denkmalpflege

Im Hinblick auf Handlungsmöglichkeiten werden im Folgenden gezielt die Akteure betrachtet. Welche Personen lassen sich für den ersten Untersuchungszeitraum als Protagonisten definieren? Worin bestanden deren Handlungsmöglichkeiten angesichts der vorherrschenden unsteten staatlichen Strukturen? Innerhalb welcher Netzwerke konnten sie ihre Ideale und Vorstellungen verfolgen oder eventuell sogar umsetzen?

Es wird dabei auf Denkmalpfleger wie auch auf weitere in den Bereichen Denkmalpflege und Denkmalschutz Tätige im Gefüge der sich etablierenden institutionellen Denkmalpflege fokussiert. Während zunächst die Suche nach einem geeigneten Direktor für die IfD-Zentrale in Berlin betrachtet werden soll (3.3.1), geht es im Anschluss daran – anhand der sogenannten Konservatoren gespräche – um die Konservatoren der institutionellen Denkmalpflege aus der gesamten DDR (3.3.2). Im dritten Abschnitt (3.3.3) blickt die Untersuchung über die institutionelle Denkmalpflege hinaus auf die ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege. Dies erscheint sinnvoll, da die Denkmalpflege in der DDR unter notorischem Personal- und Materialmangel litt und sie ohne die ehrenamtlichen Helfer kaum umsetzbar gewesen wäre.

Zur Thematik der potenziellen IfD-Direktoren werden Quellen aus dem Bundesarchiv, die vor allem die Diskussionen um die Stellenbesetzung seitens des Ministeriums für Kultur beleuchten, sowie die Nachlässe der damaligen Akteure hinzugezogen. Dabei werden diejenigen betrachtet, die mehrfach als mögliche Direktoren diskutiert und mit denen konkrete Gespräche über eine eventuelle Tätigkeit im Bereich der institutionellen Denkmalpflege geführt worden sind. Dabei soll zum einen der Frage nachgegangen werden, wer aus Sicht des MfK für diese Position geeignet erschien, und zum anderen, welche Kenntnisse im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes vorausgesetzt wurden.

Den Ausgangspunkt für die Untersuchung der Konservatoren gespräche bilden diverse Sitzungsprotokolle, aufzufinden im Berliner Bundesarchiv sowie im Archiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege in Wünsdorf. Für den gewählten Zeitraum von 1952 bis 1960 sind die Protokolle leider nicht systematisch erhalten, weshalb sie nur noch in geringer Anzahl vorhanden sind. Dennoch geben sie Aufschluss über den Kreis der Denkmalpfleger, der sich in der institutionellen Denkmalpflege zu etablieren versuchte, sowie über die Themen, die diskutiert wurden.

Bezüglich der ehrenamtlichen Denkmalpfleger dienten die sogenannten „Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin“ für die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg als Ausgangsmaterial. Da die Tätigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter kaum in Publikationen Erwähnung fand und diese Akteure in Quellen selten namentlich genannt

wurden, ist es nur in wenigen Fällen möglich, dezidierte Aussagen zu Personen und zu ihrer spezifischen Arbeit im Bereich der Denkmalpflege zu treffen. Allerdings wurden in den Mitteilungen der Arbeitsstelle Schwerin in unregelmäßigen Abständen Listen veröffentlicht, die eine Übersicht zu den damals aktiven ehrenamtlichen Mitarbeitern sowie zu den jeweiligen Regionen, in denen sie tätig waren, boten. Darüber hinausgehende Informationen zu den Personen und zu ihrem Schaffen sind nur schwer zugänglich, da viele ihre Tätigkeit in eigenen, zumeist in privater Hand befindlichen, Nachlässen dokumentierten. Aufgrund dessen werden in diesem Abschnitt exemplarisch für die Vielzahl der Freiwilligen drei ehrenamtliche Denkmalpfleger ausführlicher beschrieben und untersucht. Zu ihnen konnte ausreichend (Quellen-)Material zusammengetragen werden. Außerdem waren sie in unterschiedlichen Regionen der DDR tätig, wodurch es möglich ist, zwischen den Personen und den Regionen zu vergleichen, was dem Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR dient.

3.3.1 Direktor gesucht

Einerseits sollte die institutionelle Denkmalpflege in der DDR eine enge Verbindung zur Gesellschaft aufweisen sowie ihre Ergebnisse und Tätigkeiten popularisieren. Andererseits war insbesondere die erste Hälfte der 1950er Jahre davon geprägt, dass nach (zunächst) zwei Führungspersönlichkeiten gesucht wurde; diese sollten, in der Funktion eines Staatskonservators und eines Direktors für die IfD-Zentrale in Berlin, alle denkmalpflegerischen Belange im Sinne von Staat und Partei koordinieren und zentralistisch lenken. Die Suche und Besetzung dieser Leitungspositionen war eng damit verbunden, dass man sich gegen die Wiedereinrichtung eines Amtes für Denkmalpflege und für eine Verordnung für Denkmalpflege (statt eines Denkmalschutzgesetzes) entschied. Beides minderte die Durchsetzungsfähigkeit der institutionellen Denkmalpflege, zum einen da ein Institut vorrangig der Forschung dienen sollte und keine staatliche Entscheidungskompetenz besaß¹⁶⁰; zum anderen bedeutete das Wählen einer Verordnung, dass – im Unterschied zu einem Gesetz – die Entscheidungsgewalt verstärkt an die Regierung und die staatlichen Organe übertragen wurde. Die Besetzung der vakanten Leitungspositionen sollte die weitere Strukturierung und Umformung der Denkmalpflege innerhalb des sich entwickelnden politischen Systems der DDR und der dortigen Kulturpolitik prägen sowie für Stabilität und Verlässlichkeit sorgen. Zumindest schien das die Hoffnung der Entscheidungsträger gewesen zu sein, die sich auf der Suche nach geeigneten Personen befanden. Von der

¹⁶⁰ Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 13–17 und S. 26.

Intention, die Stelle eines Staatskonservators zu vergeben, sah man im Verlauf der 1950er Jahre ab und besetzte letztlich nur den Direktorenposten.

Zunächst bedurfte es aber erst einmal der Gründung und Einrichtung des Instituts für Denkmalpflege selbst. Die Zentrale, die von dem gesuchten Direktor geleitet werden sollte, sollte ihren Sitz in Berlin haben und die Arbeit der Außenstellen koordinieren und kontrollieren. Tatsächlich wurde die Zentrale in Berlin auch gegründet und mit Mitarbeitern besetzt – nur der Entscheidungsträger fehlte. Nach der Auflösung der ehemaligen Landesämter für Denkmalpflege im Dezember 1952 blieb die Position des Direktors bis Mai 1955 unbesetzt.

Die Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit gestaltete sich als ein schwieriger und vor allem langwieriger Prozess, was nicht allein darin begründet lag, dass die Position als solche bei den Denkmalpflegern nicht begehrte war und die angefragten Kandidaten eine Anstellung ablehnten, sondern auch daran, dass offenbar lange Zeit Unklarheit über das Anforderungsprofil herrschte. Aus Diskussionen, Vorschlägen und Schriftwechseln wird deutlich, dass man sich nicht im Klaren darüber war, welche inhaltlichen und politischen Positionen und Voraussetzungen der künftige Direktor der IfD-Zentrale mitzubringen habe. Sollte es sich um eine Person handeln, die vorrangig als Fachmann tätig werden würde, oder sollte es jemand sein, der gleichsam den sozialistischen Fortschrittsgedanken mitverkörperte und diesen für die Denkmalpflege nutzbar mache? Hierdurch wurde der Aushandlungsprozess zur Stellenbesetzung, die weder durch eine öffentliche Ausschreibung noch durch ein Bewerbungsverfahren erfolgte, zusätzlich erschwert und führte zwischenzeitlich zu unklaren Interimsbesetzungen und sich überschneidenden Zuständigkeiten.

Erste Versuche

Heinz Mansfeld

Der Landeskonservator von Mecklenburg, Heinz Mansfeld¹⁶¹, wurde im Herbst 1952 damit beauftragt, die Neuorganisation der Denkmalpflege zu konzipieren.¹⁶² Mansfeld war vor 1945 vor allem als Kunsthändler tätig gewesen und hatte nach Kriegsende zunächst als Landwirt gearbeitet. 1946 hatte er sich um eine Anstellung in der Landesverwaltung beworben. Die dazu notwendige „Charakteristik“¹⁶³

¹⁶¹ Heinz Mansfeld (03.06.1899–03.05.1959), vgl. Susanne Fiedler/Thorsten Knuth: Vexierbilder einer Biografie: Dr. Heinz Mansfeld (1899–1959), in: Thorsten Knuth (Hrsg.): Kunstraub. Raubkunst. Fälle der Provenienzforschung in den Schweriner Museen, Schwerin 2014, S. 147–160.

¹⁶² Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 26–28.

¹⁶³ In dieser „Charakteristik“ wurde unter anderem betont, Johannes Becher habe ausgesagt, dass Mansfeld ein Mitbegründer des Leipziger Spartakusbundes gewesen sei. Vgl. hierzu: Susanne Fiedler/Thorsten Knuth: Vexierbilder einer Biografie, S. 156–157.

hatte ihm eine Entnazifizierung Erster Klasse bescheinigt, wodurch seinem Wechsel in den Staatsdienst nichts mehr im Wege gestanden war. Im Jahr 1949 war Mansfeld zum Direktor des Mecklenburgischen Landesmuseums und zum Landeskonservator berufen worden.

Sowohl seine „Charakteristik“ und SED-Mitgliedschaft als auch seine bisherige Tätigkeit im Bereich Kunst und kulturelles Erbe in Mecklenburg ließen Heinz Mansfeld offenbar als geeigneten und vertrauenswürdigen Kandidaten für die Ausarbeitung eines neuen Denkmalpflegekonzeptes im Sinne der DDR-Kulturpolitik erscheinen. Mansfelds Pläne sahen eine starke Zentralisierung der Denkmalpflege vor und stießen damit auf Widerstand bei den noch tätigen Landeskonservatoren.¹⁶⁴ Dies wird mit ein Grund dafür gewesen sein, weshalb Mansfeld schließlich die Umsetzung der von ihm konzipierten Neuorganisation der Denkmalpflege ebenso wie die ihm angebotene Leitung der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege ablehnte.¹⁶⁵ Sicherlich spielte aber auch eine Rolle, dass die Tätigkeit im Museum noch eher seinem früheren Kunsthändlerberuf entsprach als die Arbeit als Staatkonservator oder Direktor der IfD-Zentrale. In der Abteilung „Kultur“ des SED-Zentralkomitees war man allerdings davon ausgegangen, dass Mansfeld die Leitung der Zentrale übernehmen würde, sodass dessen Ende des Jahres 1952 gefällte Entscheidung gegen die Übernahme der Direktorenposition für Verzögerungen in der Schaffung und weiteren Entwicklung eines zentralen Instituts für Denkmalpflege sorgte.¹⁶⁶ Nach Auflösung der Landesämter für Denkmalpflege (1952) blieb Mansfeld bis zu seinem Tod im Jahr 1959 Direktor des Staatlichen Museums Schwerin.¹⁶⁷

Leo Stegmann

Während man im März 1953 noch versuchte, Heinz Mansfeld zur Leitung der Zentrale zu überreden, wurde zeitgleich der Architekt und ehemalige thüringische Regierungsbaurat (1945–1947) Leo Stegmann¹⁶⁸ als möglicher Direktor der

164 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 28. Sowie: Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 31–32.

165 Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 104.

166 Vgl. ebd.

167 Vgl. ebd. Gleichwohl wird aus der vierten Sekretariatsvorlage für die Umstrukturierung der institutionellen Denkmalpflege, die im Januar 1953 von Ernst Hoffmann an Liebknecht gesendet wurde, deutlich, dass man seitens des Ministeriums lange Zeit keine Zweifel daran hatte, dass Mansfeld die Leitung übernehmen würde. So wurde Mansfeld in der Sekretariatsvorlage zunächst noch genannt, dann allerdings händisch aus dem Text gestrichen.

168 Karl Friedrich Leo Stegmann, geboren 20.12.1903 in Berlin-Wilmersdorf, Studium der Architektur an der TH Hannover und TH München. Bereits während seines Studiums unter anderem tätig für Otto Rudolf Salvisberg (1928/29) und bei verschiedenen Architekturbüros in Weimar. Während der NS-Zeit verschiedene Tätigkeiten als Bauleiter und Regierungsbaumeister in

Zentrale ins Gespräch gebracht. Stegmann war zu diesem Zeitpunkt im Zentralamt für Forschung und Technik tätig und war im Dezember 1951 zum ordentlichen Mitglied der Bauakademie berufen sowie zum Vorsitzenden des Technisch-Wissenschaftlichen Rates bei der Staatlichen Plankommission ernannt worden. Er zeigte sich „nach einer Erläuterung der grundsätzlichen Aufgaben des Instituts und der Aufgaben des Staatskonservators in politisch-ideologischer und organisatorischer Hinsicht [...] prinzipiell bereit“¹⁶⁹, die Position zu bekleiden. Ernst Hoffmann vermittelte zwischen dem ZK und Stegmann, indem er Letzterem die Inhalte und Ansprüche erläuterte, die mit der Position verbunden waren. Gleichzeitig berichtete Rudi Herzog, dass sich Stegmann „über die ideologischen Aufgaben der Denkmalpflege bewußt“ wäre und er „der Partei bei der Lösung dieser Aufgabe seine Kenntnisse selbstverständlich zur Verfügung“ stellen würde.¹⁷⁰

Stegmann erschien den staatlichen Stellen aus mehrfacher Hinsicht als geeigneter Kandidat. Zu seiner politischen Eignung schrieb Stegmann selbst, dass diese durch seine „enge Verwandtschaft mit den Familien Oppenheim und Kugelmann – letzterer enger persönlicher Freund von Karl Marx – gegeben“¹⁷¹ sei. Hinsichtlich seiner Vergangenheit während der NS-Zeit bestanden ebenfalls keine Bedenken, da Stegmann im Dezember 1933 aufgrund seiner jüdischen Vorfahren ein Berufsverbot erhalten hatte und zudem 1942 für zehn Tage von der Gestapo in Untersuchungshaft festgehalten worden war. Seine fachliche Eignung und Kompetenz im Hinblick auf den Aufbau bzw. die Etablierung staatlicher Strukturen hatte er als thüringischer Regierungsbaurat bereits bewiesen.¹⁷² Zudem wollte sich Stegmann selbst am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung bzw. eines neuen politischen Systems

diversen Industrieunternehmen (unter anderem Junkers und Argus Motorenwerke). Nach Kriegsende zunächst als freier Architekt und Dozent der Staatlichen Hochschule für Baukunst in Weimar tätig. Vgl. LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Leo Stegmann, Nr. 3075, Bl. 4.

¹⁶⁹ BArch, DR 1/8026, fol. 3, Schreiben von Ernst Hoffmann an Rudi Herzog, ZK der SED vom 05.03.1953.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., fol. 3v.

¹⁷¹ LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Leo Stegmann, Nr. 3075, Bl. 5–7, maschinengeschriebener Bogen zur eigenen Person, hier Bl. 6.

¹⁷² Vgl. LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Nr. 3075, Bl. 67, Schreiben an Oberregierungs- und Baurat Leo Stegmann vom 19. Juli 1946: „Aus Anlaß des Jahrestages der Amtsübernahme durch den Herrn Präsidenten des Landes Thüringen wurden die Landesämter aufgefordert, 10 Personen zu benennen, die maßgeblich am Aufbau der Landesämter mitgearbeitet haben. Den Genannten wird durch den Herrn Präsidenten eine Prämie in Form einer Kurbeihilfe gewährt. Ich habe in meiner Liste auch Sie aufgeführt; Sie wollen daraus ersehen, daß ich Ihre wertvolle Arbeit am Aufbau meines Amtes vollauf gewürdiggt habe. Ich freue mich Ihnen die Mitteilung machen zu können, daß der Herr Präsident meine Vorschläge sämtlich anerkannt hat.“

beteiligen und engagieren, was sein Schreiben an das Ministerium des Innern vom 30. Juni 1947 verdeutlicht: Stegmann wandte sich anlässlich der Kündigung seiner Tätigkeit als thüringischer Regierungsbaurat an das Ministerium und führte aus, dass das „Ministerium für Wirtschaft des Bundeslandes Mecklenburg einen Nachfolger für die Leitung [der] Landesbauverwaltung“ suche und ihm die Position angeboten worden sei. Als Grund für den Stellenwechsel gab Stegmann an, dass er „[s]eine Kräfte und [s]eine Erfahrungen in dem angebotenen Posten in noch größtem Umfang für den demokratischen Neuaufbau nutzbringend anwenden“¹⁷³ könne und er deshalb seinen bisherigen Posten aufgeben wolle.

Stegmann galt damit als Architekt mit Erfahrungen in der Verwaltungstätigkeit durchaus als für die Position des Direktors geeignet. Im Unterschied zu Mansfeld gehörte er zu den Verfolgten des NS-Regimes, außerdem zeigte er großes Engagement für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Doch im August 1953 erklärte Stegmann, ohne weitere Gründe zu nennen, dass er „die angebotene Funktion als Leiter des Instituts für Denkmalpflege und als Staatskonservator“ nicht annehmen könne, „sondern seine zukünftige Aufgabe in der Erweiterung seiner gegenwärtigen Tätigkeit“ sähe.¹⁷⁴

Auf der Suche: Interimsdirektoren

Während die Diskussion über einen möglichen Direktor anhielt, wurde die IfD-Zentrale selbst im Verlauf des Jahres 1953 nach und nach mit Mitarbeitern besetzt. Diese erfüllten zum Teil – je nach Erfahrung – zumindest kurzzeitig die Leitungsfunktion mit, um die Zentrale arbeitsfähig zu halten und zugleich bis zu einem gewissen Grad Strukturen zu etablieren, die dann von dem eigentlichen Direktor übernommen werden sollten. Die Art und Weise, wie diese Interimsdirektoren ihre Position verstanden, unterschied sich ebenso wie der Auftrag zur Leitung selbst.

Herbert Stransky

Obschon die Entscheidung über Leo Stegmann noch ausstand bzw. Ernst Hoffmann auf eine Rückmeldung seitens des ZK wartete, wurde Herbert Stransky am 26. Mai 1953 mittels einer vorläufigen Dienstanweisung mit der „Führung der Geschäfte“ in der Zentrale des IfD beauftragt.¹⁷⁵

¹⁷³ LATH – HStA Weimar, Personalakten aus dem Bereich Inneres, Leo Stegmann, Nr. 3075, Bl. 77: Schreiben von Stegmann an das Ministerium des Innern vom 30. Juni 1947 betreffend Kündigung.

¹⁷⁴ Vgl. BArch, DR 1/8023, fol. 226, Schreiben von Ernst Hoffmann an Bruno Leuschner vom 7. August 1953.

¹⁷⁵ Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 66. Brandt schrieb hierzu: „Nach einer vorläufigen Dienstanweisung für das Institut für Denkmalpflege vom 26. Mai 1953 wird schließlich ‚Koll. Stransky mit der

Der Gartenbauingenieur Herbert Stransky war vom 15. Oktober 1949 bis zum Jahre 1951 Angestellter bei der Abteilung „Staatliche Gärten“ in Pillnitz gewesen, danach war er zunächst nach Dresden gewechselt. Am Institut für Denkmalpflege war er als Gartenbautechniker beschäftigt. Er arbeitete dort anfänglich in der Zentrale und später in der Außenstelle Nord mit Zuständigkeit für historische Park- und Gartenanlagen.¹⁷⁶

Aus der vorläufigen Dienstanweisung geht hervor, wie wechselhaft die Arbeits- und Rahmenbedingungen zu dieser Zeit in der Zentrale des IfD gewesen sind, da die Dienstanweisung vom 26. Mai 1953 die bestehende vorläufige Dienstanweisung vom 8. April 1953 ablösen sollte. Damit waren zwischen den beiden Anweisungen noch nicht einmal zwei Monate vergangen. Dieser Vorgang verdeutlicht, wie kurzfristig Veränderungen umgesetzt wurden und wie wenig planbar der Arbeitsalltag für die Mitarbeiter des Instituts bzw. der Zentrale war. Auch Stransky sollte nur eine Interimslösung sein und „bis zum Eintreffen des Staatskonservators bzw. bis zur Erweiterung des Betriebes der Zentrale“ die „Führung der Geschäfte“ übernehmen.¹⁷⁷ Obwohl Stransky der Anweisung nach also die Geschäfte führen sollte, bezog sich dies nicht auf fachliche oder inhaltliche Entscheidungen, sondern „ausschließlich auf Fragen der Einrichtung der Zentrale, der Kontrolle der Haushaltsmittel, der Kontrolle und Beschleunigung der eingeleiteten Bauarbeiten usw. sowie insbesondere auf die Beachtung der Prinzipien der Sparsamkeit und der Wachsamkeit“¹⁷⁸.

Bei allen fachlichen Angelegenheiten und Personalfragen sollte hingegen der Leiter der Außenstelle Nord, Walter Ohle¹⁷⁹, „bis zur Einsetzung des Staatskonservators – mit Ausnahme der Fragen auf den Gebieten Historische Gärten und Parkanlagen (Koll. Stransky) – [...] direkt mit dem Hauptreferenten für Denkmalpflege [der Staatlichen Kommission für Kunstanangelegenheiten, Anm. d. Verf.], Koll. Dr. [Kurt, Anm. d. Verf.] Kieser, oder dessen Vertreter, Kollegin Hagemann“¹⁸⁰ die Verantwortung tragen. Wie die Aufgabenverteilung oder konkrete Zuständigkeiten

Führung der Geschäfte des Instituts‘ (Zentrale) bis auf weiteres beauftragt. Die Struktur des Instituts unterliegt in den nächsten beiden Jahren weiteren Modifizierungen.“ Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 28. Die Einsetzung von Herbert Stransky war jedoch nur eine weitere vorläufige Maßnahme.

¹⁷⁶ Vgl. BLDAM, IfD Teilbestand Leitung, ID-Nr. 3, vorl. Nr./Kiste: L1/3.

¹⁷⁷ Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 66.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Walter Ohle (01.09.1904–17.02.1971): Kunsthistoriker und Denkmalpfleger. Ab 1952 Leiter der Arbeitsstelle Nord II bzw. ab 1956 Leiter der Arbeitsstelle Schwerin des Instituts für Denkmalpflege. Vgl. <http://d-nb.info/gnd/138971633> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

¹⁸⁰ Ebd.

keit zwischen dem Institut für Denkmalpflege und der Staatlichen Kunskommission aussehen sollte, wurde jedoch nicht definiert.

Die Berufung von Herbert Stransky als Interimslösung erfolgte letztlich aufgrund der enormen personellen Unterbesetzung der Zentrale. Stranskys fachliche Eignung beschränkte sich – zumindest aus Sicht der übergeordneten Einrichtungen – auf die Gartendenkmalpflege. Walter Ohle oblagen hingegen alle anderen inhaltlichen Themenfelder, auch wenn er diese immer nur in Abstimmung mit dem Hauptreferenten für Denkmalpflege treffen durfte. Im Gegensatz zu Ohle, der seinen Arbeitsplatz zu diesem Zeitpunkt noch in Schwerin hatte, befand sich Herbert Stransky ab Mai 1953 in Berlin, weshalb er für die Überwachung und Umsetzung aller verwaltungstechnischen Entscheidungen als geeignet galt.

So eindeutig wie diese Regelung der kommissarischen Leitung erschien, war sie in Wirklichkeit jedoch nicht. Das Protokoll der im Januar 1955 durchgeföhrten Betriebsversammlung gibt sowohl Aufschluss über die Häufigkeit der strukturellen Veränderungen, die unter den Mitarbeitern zu ständigen Irritationen hinsichtlich der Zuständigkeiten, vor allem zwischen der Zentrale und den Außenstellen, führte, als auch über die Arbeitsweise und Intentionen der verschiedenen IfD-Mitarbeiter. Warum die kommissarische Leitung der Zentrale nicht eindeutiger geregelt und abgestimmt werden konnte, lässt sich nicht abschließend klären. Zu vermuten ist, dass, wie bereits in Kapitel 3.2.1 zur Gründung und Struktur des Instituts für Denkmalpflege aufgezeigt worden ist, Abstimmungen seitens der Kommission für Kunstangelegenheiten bzw. des Ministeriums für Kultur und der Kulturabteilung des SED-Zentralkomitees fehlschlügen oder gänzlich unterblieben.

Max Böcking & Gottfried Müller

Der Architekt Max Böcking war 1947 zum Landeskonservator für das neu gegründete Landesamt für Denkmalpflege und Naturschutz in Thüringen berufen worden. Jedoch war er in seinem Amt nicht unumstritten, wie Katja Wüllner in ihrer Dissertation aufzeigte und unter anderem schrieb: „Als Resultat [der Konflikte um Böcking, Anm. d. Verf.] wurde der für Personal zuständigen Abteilung im thüringischen Ministerium des Innern empfohlen, Böcking aus seinem Amt zu entlassen oder ihn zu versetzen.“¹⁸¹ Mit Auflösung der Landesämter und der Länderstruktur wurde Böcking nicht in die für die ehemals thüringischen Bezirke zuständige Außenstelle Halle, sondern in die Zentrale des Instituts für Denkmalpflege nach Berlin versetzt.¹⁸²

Gottfried Müller, ebenfalls Architekt, leitete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege in

¹⁸¹ Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 80.

¹⁸² Vgl. ebd., S. 82.

Potsdam und blieb, nach der Auflösung der Länder und Landesämter, bis zu seinem Ruhestand 1956 der Leiter der Außenstelle Nord.¹⁸³ Müllers Nachfolger sollte 1957 Ludwig Deiters¹⁸⁴ werden.¹⁸⁵ Im Januar 1955 wurde Gottfried Müller zunächst „als Leiter für das gesamte Institut eingesetzt und mit der Federführung aller Be lange beauftragt.“¹⁸⁶ Darüber setzte er die Mitarbeiter des Instituts auf der Betriebsversammlung vom 3. Januar 1955 in Kenntnis und informierte die Anwesenden über die damit einhergehende veränderte Arbeitsweise.¹⁸⁷

Max Böcking zeigte sich über diesen Vorgang irritiert und beschwerte sich noch während der Versammlung darüber, dass er, obwohl „ihm im Januar 1954 die kommissarische innerbetriebliche Leitung des Instituts übertragen worden sei [...] allerdings keinerlei schriftliche Bestätigung“¹⁸⁸ über die veränderte Leistungsebene erhalten habe.

Aus den Formulierungsänderungen im Protokoll geht unter anderem auch hervor, dass Müller offenbar zunächst als „fachlicher“ Leiter vorgesehen gewesen war und dass sich die Außenstellenleiter „unter der Leitung des Herrn Dr. Müller“ regelmäßig hätten zusammensetzen sollen, „um Beschlüsse für die in Angriff zu nehmenden Aufgaben zu fassen“.¹⁸⁹ Letzten Endes scheint es jedoch so, dass sich Müller gleichrangig mit den anderen Außenstellenleitern absprechen sollte, zugleich sollten jedoch „ohne [das] Wissen des Leiters [keine] persönliche[n] Verhandlungen mit übergeordneten Dienststellen“ geführt werden und sollte „sämt-

¹⁸³ Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 14. Und: Brian William Campbell: Resurrected From the Ruins, Turning to the Past, S. 38. Die Außenstelle Nord umfasste in der Aufteilung der Zuständigkeiten 1953 die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder, Schwerin, Neubrandenburg, Rostock und Berlin. Bereits nach kurzer Zeit wurde jedoch über eine Aufteilung der Zuständigkeiten, ähnlich zu den früheren Strukturen der Landesämter diskutiert, die zu einer kurzzeitigen Aufsplittung der Außenstelle Nord in Nord I (Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder) und Nord II (Bezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock) führten und sich dann als Außenstelle/Arbeitsstelle Potsdam und Außenstelle/Arbeitsstelle Schwerin etablieren sollten.

¹⁸⁴ Ludwig Deiters (23.12.1921–26.04.2018): Architekt. 1957–1960 Denkmalpfleger bzw. Konservator des IfD für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder, 1961–1986 Generalkonservator des IfD.

¹⁸⁵ Vgl. Ludwig Deiters: Das Institut für Denkmalpflege in der DDR. Erinnerungen und Reflexionen, in: Jörg Haspel/Hubert Staroste (Hrsg.): Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke (= Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Bd. 41), Berlin 2014, S. 16–46, hier S. 18.

¹⁸⁶ BArch, DR 1/8023, fol. 187, Protokoll über die am 03.01.1955 um 9.00 Uhr im Institut für Denkmalpflege durchgeführte Betriebsversammlung.

¹⁸⁷ Vgl. ebd.

¹⁸⁸ Ebd., fol. 190.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., fol. 187.

licher Schriftverkehr, der vom Institut herausgeschickt wird, von ihm unterzeichnet“ werden.¹⁹⁰

Böcking nutzte bei diesem Anlass die Möglichkeit zur umfassenden Kritik an den bestehenden Strukturen, ohne jedoch dezidierter auf seine Tätigkeiten als kommissarischer Leiter einzugehen.¹⁹¹ Nach eigener Aussage war Böcking seit September 1953 im Institut tätig und dort für das Referat „Nationale Gedenkstätten“ zuständig. Im Zuge seiner Einstellung am Institut für Denkmalpflege sei ihm zugesichert worden, „daß er innerhalb der Zentrale des Instituts eine vollkommen selbstständige Tätigkeit habe und den Außenstellenleitern gleichgestellt sei“¹⁹².

Obwohl die Suche nach einem „Staatskonservator vorläufig nicht eingestellt“¹⁹³ werden sollte, etablierte sich Gottfried Müller schnell als „Primus inter Pares“ zwischen den anderen Außenstellenleitern des Instituts für Denkmalpflege. Müller hatte sich bereits als Leiter der Außenstelle Nord fachlich bewiesen und sich für die kommissarische Leitung der Zentrale qualifiziert. Max Böcking hatte sich, nach eigener Aussage, vor allem durch seine Mitgliedschaft in der NDPD¹⁹⁴ für das Referat „Nationale Gedenkstätten“ als geeignet verstanden, gleichwohl hatte die Übernahme dieser Funktion innerhalb der Zentrale für ihn letztlich aber eine Degradierung bedeutet – war er doch in Thüringen wenige Jahre zuvor noch Landeskonservator gewesen.

Curt Belz

Zeitgleich mit der Bekanntgabe der Leitungsfunktion von Gottfried Müller auf der Betriebsversammlung im Januar 1955 gab Müller den Anwesenden ebenfalls bekannt, dass Curt Belz, als Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur, die Position eines kommissarischen Direktors übernehmen würde. Belz hatte bereits zuvor bereits in der Staatlichen Kommission für Kunstagelegenheiten, in der Hauptabteilung „Bildende Kunst“, tätig gewesen war.¹⁹⁵ Etwa aus jener Zeit stammt

¹⁹⁰ Vgl. ebd.

¹⁹¹ Katja Wüllner schrieb in ihrer Dissertation, dass Böcking kommissarischer Leiter gewesen sein solle, sie aber keine weiteren Hinweise dazu gefunden hätte. Vgl. Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 83 (Fußnote).

¹⁹² BArch, DR 1/8023, fol. 189.

¹⁹³ Ebd., fol. 187.

¹⁹⁴ Vgl. BArch, DR 1/8023, fol. 189. So betonte Böcking selbst: „[...] [A]ls er seinerzeit das Referat Nationale Gedenkstätten übernahm, war man froh, einen Bearbeiter für dieses Gebiet gefunden zu haben. Seine Einstellung für die Bearbeitung der Nationalen Gedenkstätten wäre auch ganz im Sinne seiner Partei, der NDPD, die er mit großer Hingabe durchführte und auch weiterhin durchführen werde.“

¹⁹⁵ Vgl. BLDAM, L 34/2, o.D., S. 3, Entwicklung des zentralen Instituts für Denkmalpflege.

ein undatiertes Manuskript¹⁹⁶ des MfK zu Entwicklung, Bedeutung und Stand der Denkmalpflege in der DDR. Das Schreiben war jedoch nicht von Curt Belz, sondern von seinem Kollegen Kurt Schifner verfasst worden. Schifner hatte die Hauptabteilung „Bildende Kunst“ in der Staatlichen Kunstkommision (bis zur Einsetzung Ernst Hoffmanns im September 1952) kommissarisch geleitet und war auch nach Gründung des Ministeriums für Kultur weiterhin in der Hauptabteilung „Bildende Kunst“ tätig gewesen. Scheinbar hatte man sich durch diese Art der Stellenbesetzung von Müller und Belz eine Art Doppelspitze erhofft, wobei Müller dem kommissarischen Direktor unterstand. Während Müller, so lässt sich vermuten, vorrangig die operativen Belange innerhalb des Instituts für Denkmalpflege koordinieren sollte, oblag Belz die politisch-administrative Tätigkeit.

Schifner forderte in seinem Manuskript die „anwesenden Mitglieder der Zentralen Denkmalkommission“ dazu auf, für die „umgehende Einrichtung des Instituts für Denkmalpflege in der DDR und die Berufung eines Staatskonservators“ zu sorgen, da dies „die unerlässliche Voraussetzung für eine wirklich erfolgreiche und dem Wohle des Volkes, der Einheit Deutschlands und dem Frieden der Welt dienende Denkmalpflege“ sei.¹⁹⁷ Anhand Schifners Manuskript werden auch die Erwartungen deutlich, die an die Besetzung des Direktorenpostens bzw. die des Staatskonservators geknüpft wurden. So sollte durch einen Staatskonservator zum einen eine „Zusammenfassung der Denkmalpflege“ erfolgen und zum anderen die „gegenwärtige Situation der verschiedenartigen Ausrichtung der Arbeit und ein unzureichender Überblick im Republiksumstab“ überwunden werden.¹⁹⁸

Dass die „verschiedenartigen Ausrichtungen“ innerhalb der Denkmalpflege nicht allein durch die Berufung eines Staatskonservators zu lösen sein würden, sondern von vielen anderen Parametern und letztlich von jedem einzelnen Denkmalpfleger und der Durchsetzungsfähigkeit des Staatskonservators abhängig sein würden, wird noch zu zeigen sein (siehe Kapitel 3.3.2).

Allerdings führte die Forderung Schifners nach einer zeitnahen Besetzung der Position offenbar zu einem Ergebnis (wenngleich nicht davon auszugehen ist, dass die Besetzung allein auf Schifners Forderung zurückzuführen ist): Nach langwieriger Suche konnte noch im selben Jahr (1955) Kurt Lade als erster Direktor der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege gewonnen werden.¹⁹⁹

¹⁹⁶ Campbell datiert das Manuskript auf 1956. Dies ist jedoch, aufgrund der dortigen Beschreibungen zu den Strukturen und Problemen der Denkmalpflege, eher unwahrscheinlich.

¹⁹⁷ Vgl. BArch, DR 1/8028, Bl. 119–127, hier Bl. 127, Manuskript Kollege Schifner.

¹⁹⁸ Vgl. ebd., Bl. 123.

¹⁹⁹ Zum exakten Arbeitsbeginn von Kurt Lade widersprechen sich die Quellen. Während in einigen Schriftwechseln vom 15. Mai 1955 die Rede ist, lässt sich in anderen Quellen ein Arbeitsbeginn im Juni 1955 festhalten.

Gefunden: Kurt Lade

Der Werbegrafiker Kurt Lade war 1929 Mitglied der KPD geworden und hatte ab 1933 in der Illegalität für die Partei und die Gewerkschaft gearbeitet. Nachdem er 1935 kurzzeitig verhaftet worden war, floh er 1936 zunächst in die Tschechoslowakei, bevor er im Frühjahr 1939 nach England emigrierte. In London wurde er Mitglied des Freien Deutschen Kulturbundes (FDKB) und war bis 1941 Sekretär der Sektion „Bildende Künstler“. Von 1945 bis 1947 war er Vorsitzender des Heinrich-Heine-Bundes, der Nachfolgeorganisation des FDKB. Im Frühsommer 1948 kehrte Lade zusammen mit seiner Frau nach Deutschland zurück. Dort ließ Lade sich in Ost-Berlin nieder und war von August 1948 bis Juni 1949 für die Deutsche Verwaltung für Volksbildung tätig. Von 1950 bis 1953 war Lade Stellvertretender Direktor der Deutschen Akademie der Künste (AdK), bevor er im Mai des Jahres 1955 Direktor der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege wurde.²⁰⁰

Bereits vor seiner Einsetzung als Direktor der IfD-Zentrale hatte Lade sich mit dem Berliner Denkmalbestand beschäftigt. So sind beispielsweise Gutachten und Listen aus den Jahren 1952 bis 1953 – aus Lades Zeit als stellvertretender Direktor der AdK – erhalten, die Zustandsbeschreibungen und Vorschläge für die zukünftige Nutzung von Berliner Baudenkmälern enthalten. Eine dieser Listen stammt vom 30. Oktober 1953 und unterteilt die Berliner Baudenkmale in fünf Kategorien. Dabei unterschied Lade zwischen „Erhalten, resp. wieder aufgebaut, angemessener Gebrauchsweck“ (Kategorie I), „Erhalten, resp. wieder aufgebau- te oder minderbeschädigte Gebäude, die einem nicht angemessenen Gebrauch dienen“ (Kategorie II), „Beschädigt oder völlig verwahrlost, jetzt nicht oder ungenügend genutzte Gebäude, die einer Instandsetzung bedürfen und für die eine sinngemäße Nutzung vorzuschlagen ist, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Verwendung“ (Kategorie III), „Stark beschädigte, z. Zt. unbrauchbare Gebäude, deren Wiederaufbau und würdige Nutzung zu erwägen ist“ (Kategorie IV) und „Ruinen, deren Wiederaufbau zu erwägen wäre – (künstlerischer resp. geschichtlicher Rang)“ (Kategorie V). Während zur Kategorie I zum Beispiel das Schloss und der Schlosspark Köpenick oder auch das „Bürgerwohnhaus“ am Märkischen Ufer 8 gehörten, ordnete Lade sowohl die sogenannte „Kommode“²⁰¹ als auch das Graue Kloster²⁰² der Kategorie III zu.²⁰³

²⁰⁰ Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 12, Biografische Angaben aus Lebenslauf.

²⁰¹ Es handelt sich dabei um das Gebäude der ehem. Königlichen Bibliothek am heutigen Bebelplatz, das aktuell die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität beheimatet.

²⁰² Beim Grauen Kloster handelt es sich um ein ehemaliges Franziskanerkloster an der heutigen Klosterstraße. Kloster und Klosterkirche wurden im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt. Die Klosterkirche wurde als Ruine gesichert und wurde wiederholt für kulturelle Zwecke genutzt.

²⁰³ Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 27, Liste vom 30.10.1953.

Zustand und Nutzung standen demnach für Kurt Lade in direkter Abhängigkeit zueinander, wobei zu eruieren wäre, was er unter einer „angemessenen Nutzung“ verstand. Die Frage des Wiederaufbaus eines zerstörten Denkmals stellte sich für ihn hingegen losgelöst vom Zerstörungsgrad bzw. vom Zustand der noch erhaltenen Substanz. Für Lade war das Ausmaß der Zerstörung für die Kategorisierung entscheidend, wobei die jeweilige Kategorie die Wertigkeit bzw. Dringlichkeit des Wiederaufbaus abbildete. Damit war seine Kategorisierung in erster Linie ein auf Zeitlichkeit angelegtes Schema oder Konstrukt, das als Instrument dienen sollte, um den Wiederaufbau von Denkmälern und den Umgang mit Denkmälern beim Aufbau der Städte besser planen, überwachen und kontrollieren zu können. Eine Kategorisierung im Sinne einer Klassifizierung lehnte Lade hingegen ab, wie noch zu zeigen sein wird (vgl. Kapitel 3.3.2). Da sich Kurt Lade also bereits einige Jahre vor seiner Einsetzung als Direktor der IfD-Zentrale eingehend mit der Berliner Denkmallandschaft und zudem mit kulturpolitischen Fragen auseinandergesetzt hatte, überrascht es etwas weniger, dass sich das Ministerium für Kultur für ihn, einen Werbegrafiker, entschieden hat.²⁰⁴

Lades Tätigkeit als Direktor sollte vor allem von Strukturveränderungen sowie von internen Macht- und Kompetenzstreitigkeiten geprägt sein, nicht zuletzt aufgrund des nach wie vor ungeklärten Sonderstatus' Berlins. Bereits im Jahr 1955 versuchte Lade, eine neue bzw. aktualisierte Fassung der *Verordnung zum Schutz und Erhalt der Denkmale der DDR (Denkmalschutz)* auf den Weg zu bringen.²⁰⁵ Ein Schreiben vom 26. Juni 1956 mit dem Betreff „Institut für Denkmalpflege, Zentrale“ verdeutlicht die Tragweite der Unklarheiten und Ungewissheiten, die eine strukturierte bzw. organisierte Arbeitsweise basierend auf klaren Zuständigkeiten schier unmöglich werden ließ. So war offenbar geplant gewesen, von der Zentrale und der Besetzung des Direktor- bzw. Staatskonservatorpostens bereits wieder Abstand zu nehmen, da weder „die Planstelle des Staatskonservators, noch die des Direktors [...] bis zum Juni 1955 besetzt“²⁰⁶ waren. Erst mit der Einsetzung Kurt Lades im Juni 1955 war der „Plan zur Auflösung der Zentrale fallengelassen [worden], mit der Weisung, die Zentrale nach den ursprünglichen Absichten zu festigen und auszubauen“²⁰⁷. Zugleich wurden auch die Aufgaben definiert, für die Lade nun zuständig sein sollte und wofür er schnellstmöglich Lösungsvorschläge erarbeiten sollte. Priorität hatte dabei offenbar „der Auftrag

²⁰⁴ Erstmals namentlich erwähnt wurde Kurt Lade in einem Schreiben vom 08.09.1954 von Fritz Dähn an Alexander Abusch. Darin schlägt Dähn Paul Wengel, Egon Rentzsch oder Kurt Lade als mögliche Kandidaten für die Position des Direktors vor. Vgl. BArch, DR 1/7907, Bl. 518.

²⁰⁵ Vgl. AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 30, o.D., Entwurf Verordnung zum Schutz und Erhalt der Denkmale der DDR (Denkmalschutz).

²⁰⁶ AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben vom 26.06.1956.

²⁰⁷ Ebd.

[... ,] in Verbindung mit dem Ministerium für Kultur, die Denkmalschutzverordnung zu überarbeiten, ein Statut²⁰⁸ sowie einen Arbeitsplan auszuarbeiten²⁰⁹. In Lades Zuständigkeit als Direktor der Zentrale fiel somit die Schaffung künftiger Strukturen, in denen die Denkmalpflege der DDR wirksam werden sollte. Von der Suche nach einem Staatskonservator hatte man mit der Berufung Lades zum Direktor der Zentrale scheinbar Abstand genommen.

Neben den Aufgaben, die vor allem die Schaffung und Umsetzung struktureller Rahmenbedingungen staatlicher Denkmalpflege betrafen, beschäftigte sich Lade auch mit der künftigen inhaltlichen Ausrichtung der Denkmalpflege – insbesondere hinsichtlich der Ausbildung für Denkmalpfleger. Für eine effektive und an der denkmalpflegerischen Praxis ausgerichtete Ausbildung versuchte Kurt Lade zusammen mit M. Seegerbrecht²¹⁰, dem Verwaltungsleiter der IfD-Zentrale, eine Kooperation zu begründen, bei der Otto Englberger (Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar), Emil(?) Schmidt²¹¹ (Dekan der Fakultät Architektur), Hermann Weidhaas (Inhaber des Lehrstuhls für Denkmalpflege an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar) sowie Walter Albrecht (als „in Aussicht genommener Leiter der Außenstelle Weimar – Erfurt“ des IfD) beteiligt sein sollten. Aus einem diesbezüglichen Entwurfsschreiben geht hervor, dass damit der Zweck erfüllt werden sollte, „einen denkmalpflegerischen Arbeitsstil zu entwickeln, dessen Erfolge letztlich jeden nicht Böswilligen von einer Fortschriftlichkeit und Zeitgemäßheit überzeugen“²¹² würden. Dieses Ziel sollte „anlässlich der Errichtung einer Außenstelle des Instituts für Denkmalpflege der DDR für die drei thüringischen Bezirke mit einer besonders engen, planmäßig geregelten Zusammenarbeit zwischen dieser Außenstelle und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar zur Aufgabe gemacht werden“²¹³.

In Form von sechs Punkten stellten die Entwurfsbeteiligten Forderungen an das SED-Zentralkomitee sowie an das Ministerium für Kultur, die aus ihrer Sicht unabdingbar seien, um eine effiziente und sozialistische Denkmalpflege zu etablieren und die Ausbildung von Fachkräften zu sichern. Während in Punkt eins und zwei die absolute Unterstützung der Kooperation und der Zielstellung seitens des ZK sowie des MfK eingefordert wurde (auch, um der „bisher vernachlässigten

208 Lade arbeitete einen Entwurf für ein Statut aus, allerdings wurde dieser nicht verabschiedet.

Erst mit der neuen Denkmalschutzverordnung von 1961 kam es zur Verabschiedung des Statuts des Instituts für Denkmalpflege. Der undatierte Entwurf, der vermutlich aus dem Jahr 1955 oder 1956 stammt, befindet sich in: BLDAM, L 43/1.

209 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Schreiben vom 26.06.1956.

210 Vorname war nicht zu ermitteln.

211 Es konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden, ob es sich hier um Emil Schmidt gehandelt hat.

212 AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Entwurf vom 07.06.1956, S. 2 des Entwurfsschreibens.

213 Ebd.

Denkmalpflege in Thüringen bevorzugt Mittel zur Verfügung“ zu stellen), befass-ten sich die Punkte drei bis fünf vorrangig mit der Personalie Hermann Weidhaas und definierten zugleich dessen zukünftige Schlüsselposition in den Bereichen Lehre, Ausbildung und Popularisierung der Denkmalpflege. Punkt sechs gab ab-schließend darüber Auskunft, dass man keine exklusive Kooperation sein wolle, sondern dass man sich durchaus ähnliche Vereinbarungen mit der Deutschen Bauakademie vorstellen könne.

Mit der Einsetzung Kurt Lades als Direktor der IfD-Zentrale schien die Suche nach der für die institutionelle Denkmalpflege geeigneten Struktur zunächst ab-geschlossen, da Lade damit beauftragt war, in Zusammenarbeit mit dem MfK die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Darüber hinaus versuchte der neue Direktor, eigene Handlungsspielräume zu nutzen, die Denkmalpflege zu prägen (beispielsweise im Hinblick auf die Nachwuchsförderung) und den Aus-tausch zwischen den verschiedenen Institutionen und Akteuren zu intensivieren. Allerdings stieß er bei der Umsetzung seiner Pläne auf Widerstand oder fand bei den übergeordneten staatlichen Stellen für seine Anliegen kein Gehör.

Es überrascht daher nicht, dass das Direktorenamt nicht lange bestehen blieb. Im Zuge der Auflösung der Zentrale und des Instituts für Denkmalpflege wurde bereits zum 31. Dezember 1957 der Einzelvertrag mit Kurt Lade für die Position des Direktors gekündigt.²¹⁴ Interimsweise übernahm daraufhin erneut das MfK die anliegenden Aufgaben im Bereich der Denkmalpflege. Die IfD-Außenstellen wurden autonome Institutionen mit eigener Verantwortlichkeit. Darüber hinaus wurde in Schwerin das Institut für Denkmalpflege (wieder-)gegründet und sollte für die Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg zuständig sein. In regel-mäßig stattfindenden Konservatorenbesprechungen, die durch das MfK einbe-rufen werden sollten, sollten in der Folge denkmalpflegerische Aufgaben bespro-chen und abgestimmt werden.

Erst mit der Verabschiedung der neuen Denkmalschutzverordnung von 1961 und der damit verbundenen Berufung Ludwig Deiters' zum Generalkonservator wurde erneut eine zentrale Leitungsposition für die Denkmalpflege in der DDR installiert, die überregional tätig werden sollte.²¹⁵

²¹⁴ Vgl. BArch, DR 1/7898, Bl. 184, Kündigung Lades aufgrund der Auflösung des Instituts für Denk-malpflege. Schreiben von Alexander Abusch an Kurt Lade vom 06.07.1957.

²¹⁵ Vgl. BLDAM, L34/2, o.D., S. 3, Entwicklung des zentralen Instituts für Denkmalpflege.

Exkurs: Studienreisen nach Polen

Leo Stegmann, Heinz Mansfeld wie auch Kurt Lade unternahmen Studienreisen nach Polen und besuchten dabei nahezu dieselben Orte, lediglich zu unterschiedlichen Zeitpunkten; verschieden waren auch die Bewertungen der gesammelten Eindrücke. Derartige (Ein-)Blicke nach Polen waren damals offenbar omnipräsent²¹⁶ und scheinen für diejenigen, die für einflussreiche Positionen im Bauwesen, in der Denkmalpflege oder innerhalb des Museumswesens vorgesehen waren, eine Art Fortbildungs- bzw. Ausbildungsreise dargestellt zu haben. Im Folgenden werden daher diese Fahrten mit ihren Stationen sowie die Bewertungen durch die genannten drei Reisenden eingehender untersucht.

Leo Stegmann unternahm seine Studienreise bereits im Sommer 1952. Auf Einladung des polnischen Architektenverbandes in Warschau führte sie ihn von Warschau aus nach Krakau, Nowa Huta, Auschwitz und Zakopane. Sein ausführlicher Bericht darüber erschien in der *Deutschen Architektur*. Stegmann erzählte, ganz den politisch-ideologischen Anforderungen entsprechend, vom „Klassizismus Warschaus“, der „typisch nationale Züge“ trüge und, dass die „Wiederherstellung dieser bedeutungsvollen Werke [...] in den Händen der polnischen Denkmalpflege“ läge.²¹⁷ Dabei betonte der Architekt auch die Bedeutung des Wiederaufbaus Gesamtpolens wie auch Warschaus im Einzelnen, da die „Liebe zur Heimat, der Glaube an eine bessere Zukunft und das nationale Bewußtsein des ganzen polnischen Volkes [...] dem polnischen Volk Kraft zum Beginn des Neuaufbaus und zur Überwindung aller Schwierigkeiten [geben werden]“²¹⁸. Interessant ist vor allem Stegmanns Bedeutungszuweisung für die Städte Krakau und Nowa Huta im Hinblick auf die Verwendung bzw. Notwendigkeit von Traditionen einerseits und den Fortschrittoptimismus im Sozialismus andererseits. Die Idee, dass sich die „guten Traditionen“ im Neuen wiederfänden, ist in seiner Argumentation deutlich erkennbar. So definierte Stegmann Krakau nicht nur als „ein Denkmal der Schönheit“, sondern führte außerdem aus, dass den Architekten Polens die Bedeutung Krakaus bewusst sei und sie „die Kulturdenkmale dieser ehrwürdigen Stadt als ein Bildungsmittel für das ganze Volk“ bezeichnen würden.²¹⁹ Laut Leo Stegmann war dies „deshalb so überzeugend, weil Krakau im einzelnen wie im ganzen, in seiner Anlage, in seinen Straßen und Plätzen die Geschichte Polens

²¹⁶ Polen war in Form von Publikationen, Ausstellungen und Filmen omnipräsent wie auch durch die politische Verbundenheit zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR, unter anderem durch Kulturabkommen der beiden Staaten und durch Delegationsreisen, die einen ständigen Austausch gewährleisteten.

²¹⁷ Vgl. Leo Stegmann: Studienfahrt nach Polen, in: Deutsche Architektur (1952), H. 4, S. 184–186, hier S. 184.

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ Ebd.

widerspiegel[n]“²²⁰ würde. Die Auseinandersetzung mit dem baulichen Erbe und den architektonischen Traditionslinien war für Stegmann der Ausgangspunkt für die Schaffung neuer sozialistischer Städte wie Nowa Huta. Um für den „sozialistischen Inhalt der Stadtanlage die entsprechende nationale Form zu finden“, waren für Stegmann die „Vorarbeiten in Warschau und das gewissenhafte Studium des kulturellen Erbes in Krakau“ die Grundlagen, die den Bau einer neuen sozialistischen Stadt ermöglichten.²²¹

Damit verband Stegmann den (Wieder-)Aufbau Polens im Allgemeinen und des polnischen Bauwesens im Besonderen eng mit den sozialistischen Ideen und zeigte zugleich auf, in welcher Weise das bauliche Erbe nach seiner Auffassung in einer noch entstehenden sozialistischen Gesellschaft genutzt und verstanden werden sollte. Denkmalpflegerische Aspekte, Städtebau und aktuelle architektonische Fragestellungen wurden damit auf das Engste miteinander verbunden.

Etwas mehr als ein Jahr später unternahm Heinz Mansfeld ebenfalls eine Studienreise nach Polen, vom 10. bis 27. September 1953, und erstattete im Anschluss daran den zuständigen Behörden Bericht über seine Eindrücke. Seiner Tätigkeit in der DDR entsprechend beschäftigte sich Mansfeld sowohl mit den Museen als auch mit der Denkmalpflege in Polen, wobei seine Berichterstattung über die polnische Museumslandschaft deutlich umfangreicher ausfiel. Gleichwohl betonte Mansfeld in seinen Ausführungen wiederholt die fachliche und organisatorische Nähe, die diese beiden Bereiche in Polen besäßen. Zum einen nannte Mansfeld konkret die örtliche Nähe, da sich „[die Leitung aller Museen der polnischen Volksrepublik [...] im gleichen Hause wie die Zentralverwaltung für Denkmalpflege“²²² befände. Zum anderen betonte er, wie ähnlich sich die Strukturen verschiedener staatlicher Institutionen seien, wobei er den strukturellen Aufbau der Zentralverwaltung mit demjenigen der Hauptabteilungen in der Zentralverwaltung für Denkmalpflege gleichsetzte.²²³

Im Gegensatz zu Leo Stegmann zählte Heinz Mansfeld in seinem Bericht die einzelnen Stationen seiner Reise lediglich unter Angabe einzelner Eckdaten und grober Einschätzungen auf. Laut dieser Auflistung besuchte Mansfeld die Nationalgalerie und das Historische Museum in Warschau, das Nationalmuseum und

²²⁰ Ebd., S. 186.

²²¹ Vgl. ebd.

²²² BArch, DR 1/8028, Bl. 74–86, hier Bl. 74, Studienreise nach Polen, Bericht von Heinz Mansfeld über die Reise vom 10.09.1953 bis 27.09.1953.

²²³ Vgl. ebd. In Mansfelds Bericht heißt es: „Die Zentralverwaltung für Museen hat ungefähr die gleichen Hauptabteilungen wie die Zentralverwaltung für Denkmalpflege, und zwar: Organisation, Planung, Propaganda und Publikationen, Administration, Finanzen, Personal und eine Spezialabteilung für die politischen Museen, darunter Auschwitz als Museum für den Kampf gegen den Faschismus.“

den Wawel in Krakau, das Museum der Stadt Gdańsk, die Nationalgalerie und das Museum für Musikinstrumente in Poznań, das Chopin-Museum in Żelazowa Wola, die Schlösser in Nieborów und Rogalin sowie Auschwitz. In seiner abschließenden Zusammenfassung betonte Mansfeld, dass „[d]ie von mir gegebenen Angaben über die Organisation und praktische Arbeit der Denkmalpflege und der Museen, die Besetzung der Stellenpläne etc. [, die] bei den Gesprächen ermittelt [wurden], [...] naturgemäß aber nicht absolut genau sein [können]“²²⁴. Er empfahl aber nachdrücklich, dass im Rahmen des Kultauraustausches eine „Delegation unserer Fachdenkmalpfleger nach Polen“²²⁵ entsendet werden sollte, wobei dieser „eine größere Zeitspanne eingeräumt werden müsste, damit die wesentlichsten Objekte an Ort und Stelle gründlich studiert werden“²²⁶ könnten.²²⁷

Vergleicht man nun die Studienreisen von Stegmann und Mansfeld miteinander, fällt zunächst die unterschiedliche Quellengattung auf; diese lässt unterschiedliche Rückschlüsse auf die Funktion der Berichterstattung zu, erfordert darüber hinaus aber auch eine divergierende Bewertung der Inhalte. So handelte es sich bei Stegmanns Bericht um einen veröffentlichten Aufsatz in der Fachzeitschrift *Deutsche Architektur*, der entsprechend ideologisch aufgeladen war und (für eine Veröffentlichung) den politischen Leitlinien zu entsprechen hatte. Sowohl die gesellschaftliche Bedeutung des Aufbaus als auch die Besonderheiten des Wiederaufbaus in Polen wurden von Stegmann besonders stark thematisiert und erfuhren eine durchweg positive Bewertung. Mansfelds Ausführungen waren hingegen nicht für eine Veröffentlichung bestimmt, sondern galten als Berichterstattung für die ihm vorgesetzten zuständigen Stellen innerhalb des Staatsapparates. Dieser Bericht ist daher vor allem eine auf das Wesentliche beschränkte inhaltliche Zusammenfassung der einzelnen Reisestationen, in der Mansfeld seine Eindrücke ungeschönt bzw. nichtidealisiert wiedergab. Im Hinblick auf die Funktion und die Bedeutung dieses Textes ist vor allem Mansfelds Zusammenfassung von Interesse, da er dort zwar einerseits eine Empfehlung an die staatlichen Stellen ausspricht, andererseits sich aber rückversichert, dass seine Aussagen nicht als verbindliche Faktendarstellung des Ist-Zustandes in der Volksrepublik Polen verstanden werden dürften, wodurch er versuchte, die Verantwortlichkeit, die ihm eventuell zugeschrieben werden könnte, zu minimieren.

Kurt Lades Studienreise erfolgte mehr als zwei Jahre später, nämlich vom 27. April bis etwa zum 14. Mai 1956. Sie ist in Form eines Reisetagebuchs²²⁸

²²⁴ Ebd., Bl. 86.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Offenbar sah sich Mansfeld nicht zu dieser Gruppe dazugehörig, wohl aber in der Position, den inhaltlichen und strukturellen Rahmen mitbestimmen zu können.

²²⁸ AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 38, Reisetagebuch.

überliefert, worin Lade stichpunktartig seine Eindrücke notierte und zu ausgewählten Objekten Skizzen anfertigte. Neben Warschau besuchte Lade auch Krakau, Poznań, Nowa Huta und Auschwitz. Zu den einzelnen Reisezielen gehörten ebenso wie bei Mansfeld Besichtigungen verschiedener Museen. Neben zahlreichen Zwischenstationen in kleineren Ortschaften, die Lade in seinem Tagebuch erfasste, sind vor allem die Gesprächsnotizen und Bewertungen auffällig, die im Vergleich zu Mansfelds oder Stegmanns Reiseberichten einen dezidierteren Einblick in Lades Gedankenwelt ermöglichen. Beispielsweise besuchte Kurt Lade gleich zu Beginn seiner Reise, am 27. April 1956, den Restaurator Professor Macroni in Warschau. Bei dem Gespräch ging es, laut Lades Notizen, vorrangig um die Organisation der polnischen Denkmalpflege und den Weg der Architektur. Lade vermerkte dazu in Klammern „Übereinstimmung“ und meinte dabei vermutlich die Entwicklung der polnischen Architektur, die – ebenso wie in der DDR – vorrangig auf historische Formelemente zurückgriff.

Auch sind durch Lades Aufzeichnungen Rückschlüsse auf sein denkmalpflegerisches Denken möglich. So notierte er zum Historischen Museum in Warschau nicht nur die Art und Weise der Rekonstruktion der Häuser an der Platzwand des Alten Marktes, die für den Nutzungszweck entkernt und miteinander verbunden worden waren, sondern bewertete dieses Vorgehen als „[e]in gutes Beispiel moderner Nutzung in der äußeren Form rekonstruierter mittelalterlicher Häuser“²²⁹. Für Kurt Lade war, zumindest in Bezug auf Warschau, die Rekonstruktion eines einheitlichen und möglichst historisch-authentischen Stadtbildes bestimmend. Die völlig freie Gestaltung des Innenraums, der schöpferische Umgang im Sinne einer angemessenen Nutzung des Gebäudes bzw. Gebäudekomplexes war für ihn letztlich entscheidend und stellte die Legitimation der Wiederherstellung dar.

Zu einem ehemaligen polnischen Herrensitz in Radziejowice bei Warschau notierte Lade: „Klassizismus, soll restauriert werden und dann als Erholungsheim für Kunsthistoriker dienen.“²³⁰ Auf diese Weise verdeutlichte Lade, dass Denkmale unabhängig von ihrer Bauaufgabe und ihrer früheren Verwendung erhalten werden konnten, wenn eine mögliche zukünftige Nutzung von Beginn an konzipiert wurde.

Auch den polnischen Generalkonservator Jan Zachwatowicz traf Lade auf seiner Reise durch Polen. Zu dem Treffen hielt er fest: „Frage des Nationalismus – bis 1920 gab es praktisch keine Geschichte der polnischen Kunst. Vorher durch Dreiteilung Polens (Deutschland, Österreich, Russland) keine Arbeiten auf Polen (nationale Kunst) bezogen.“²³¹ Mit diesen wenigen Zeilen problematisierte Lade die Fragen nach Identität, Erbe und Nation. Themenfelder, die auch für die DDR – insbesondere in Abgrenzung zur Bundesrepublik – problematisch, wenn nicht

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Ebd.

sogar konfliktreich schienen. Deutlich wird aber auch, dass die Ursachen hierfür völlig verschieden waren und man in der DDR letztlich vor anderen Herausforderungen stand als in der Volksrepublik Polen.

Wie bereits Leo Stegmann besuchte auch Lade Nowa Huta. Hierin sah Letzterer jedoch keine vorbildhafte sozialistische Stadt, die in ihrer Formensprache auf polnische Traditionen rekurrierte, sondern merkte an: „Stadt hat zwei Teile, BA I hat noch menschlichen Maßstab und ist beinah zu vertreten, BA II ist grauenhaft.“²³²

Die drei beschriebenen Studienreisen konnten die Bedeutung Polens als Bezugs- und Orientierungsgröße für die DDR aufzeigen. Neben der Vorbildfunktion der Volksrepublik wird auch der Versuch deutlich, aus Polen ähnliche Strukturen für den Bereich der Denkmalpflege in der DDR zu etablieren und zu übernehmen. Stegmann, Mansfeld und Lade sollten in ihren kulturpolitischen und ideologischen Sichtweisen im Sinne des Sozialismus geschult werden und ihre Eindrücke für den Aufbau der DDR nutzbar machen. So sind ihre jeweiligen Reisen letztlich im Sinne einer „Funktionärsausbildung“ zu deuten und beweisen den hohen politischen Stellenwert, der dem Direktor der IfD-Zentrale beigemessen wurde. Die unterschiedlichen Bewertungen der Reiseeindrücke bilden zum einen die Unterschiede zwischen den drei potenziellen Direktoren ab, liegen aber auch in den unterschiedlichen Quellengattungen begründet.

Beim Vergleichen der drei Reiseberichte wird deutlich, dass Mansfeld im Sinne eines objektiven Berichterstatters agiert und er sich selbst eher in der Position eines Ratgebers gesehen hat. Stegmann hatte hingegen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des (Wieder-)Aufbaus im Blick, was sich auch in seiner Biografie mehrfach widerspiegelt und in der Suche nach einer sinnvollen Tätigkeit für sich selbst evident wird. Lade zeigte sich bei seiner Polenreise durchaus kritischer. Dies liegt zum einen daran, dass es sich bei der überliefernten Quelle um Kurt Lades Reisetagebuch handelt, zum anderen aber auch am zeitlichen Abstand zwischen seiner Reise und denen von Mansfeld und Stegmann. Insbesondere Lades Bewertung Nowa Hutas muss vor dem Hintergrund mehrfacher Kurswechsel innerhalb der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen gesehen werden. Nicht zuletzt zeigt Lades Reisetagebuch die Bedeutung persönlicher Kontakte für die Etablierung von Strukturen und auch die Ausnutzung von Handlungsspielräumen auf.

²³² Ebd.

3.3.2 Konservatorengespräche – Teil 1

Strukturen entstehen nicht zuletzt durch Aushandlungsprozesse. Die Gründung eines Instituts für Denkmalpflege war zwar eine politische Entscheidung gewesen, dennoch waren die Strukturen, innerhalb derer das Institut wirksam werden sollte, über den Zeitraum der 1950er Jahre hinweg zahlreichen Veränderungen unterlegen. Dass mit der Besetzung des Direktorenpostens die Diskussionen zwischen den Denkmalpflegern nicht beendet waren, ist im vergangenen Kapitel bereits angedeutet worden und soll nun im Zentrum der Betrachtung stehen.

Anhand der überlieferten Protokolle der Konservatorentagungen können Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit, Probleme und Diskussionen ebenso wie Überlegungen und Strategien der Denkmalpfleger der Institute aufgezeigt werden. Ebenso zeichnen sie ein Bild der leitenden Denkmalpfleger, ihrer Interessen sowie ihrer Blickwinkel auf ihre eigenen Institute, die zunächst (1952) von Landesämtern zu Außenstellen degradiert und letztlich (1957) wieder zu eigenständige Instituten werden sollten. Die Protokolle geben Aufschluss über die jeweils herrschende Beziehung zur Zentrale bzw. zum Berliner Institut wie auch zum Ministerium für Kultur, dem die Denkmalpflege unterstand. Die im Folgenden untersuchten Besprechungen der Konservatoren²³³ bilden einen ersten Teil, während die ebenfalls analysierten Gespräche des späteren Untersuchungszeitraumes als zweiter Teil der Konservatorengespräche verhandelt werden (vgl. Kapitel 5.3.1).

Dabei ist es nicht das Ziel dieses Kapitels, die Diskussionen in ihrer Vollständigkeit abzubilden, sondern es geht darum, Handlungsspielräume und Diskussionsfelder exemplarisch aufzuzeigen; dadurch kann das Austesten, Ausreizen und Ausdifferenzieren der Protagonisten von Chancen und Möglichkeiten für ihre denkmalpflegerischen Ziele herausgearbeitet werden.

Den Ausgangspunkt bilden die zahlreichen Diskussionen um mögliche Strukturveränderungen, die vor der Besetzung des Direktorenpostens beginnen, sich mit der Einsetzung Kurt Lades fortsetzen und mit der Auflösung der Zentrale erneut geführt werden. Im Anschluss daran sollen Überlegungen und Pläne zur inhaltlichen Ausrichtung der Denkmalpflege in der DDR betrachtet werden, die sich im Einzelnen mit dem zehnjährigen Staatsjubiläum, der Idee einer Klassifizierung des Denkmalbestandes sowie der möglichen Einbindung des Heimatschutzes beschäftigen. Dieser schlaglichtartige Überblick soll die Vielfalt der Themenfelder ebenso widerspiegeln wie die Diversität der Kontroversen und Protagonisten selbst.

²³³ Bei den Konservatoren handelte es sich zumeist um die Leiter bzw. die stellvertretenden Leiter der Arbeitsstellen bzw. Institute für Denkmalpflege.

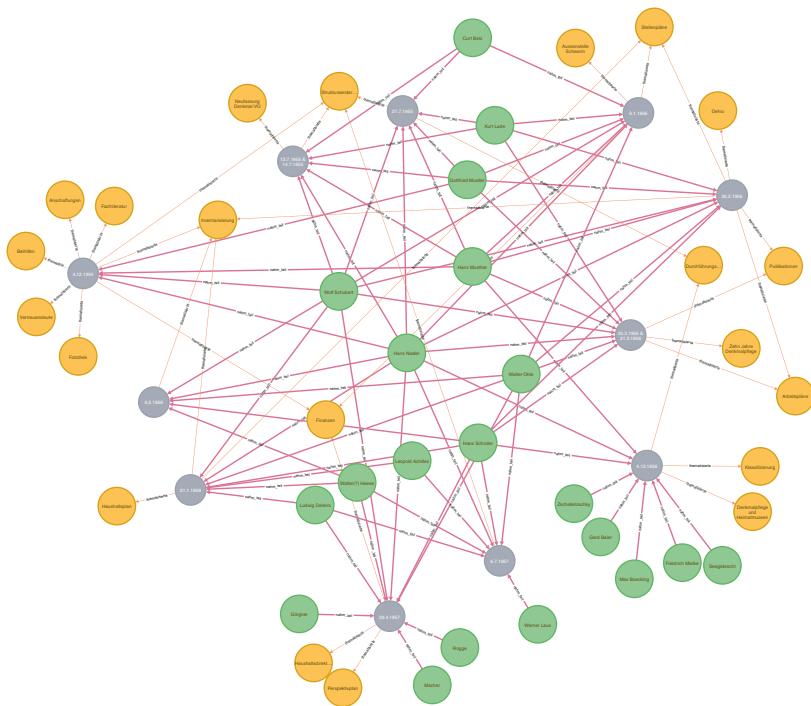


Abb. 9: Ergebnis der Abfrage nach Themen der Konservatorengespräche in Neo4j.
 MATCH (t:Thema)<—[:thematisierte]-(m:Besprechung)<—[:nahm_teil]-
 (p:Person) RETURN t,m,p

Für die Analyse der Konservatorengespräche wurden die vorhandenen Protokolle nicht nur manuell ausgewertet, sondern auch in der Graphdatenbank Neo4j erfasst. Da die Quellen nicht als Digitalisate vorliegen, bestand der erste Schritt in der Auszeichnung bzw. Klassifizierung der jeweiligen analogen Quellen. Erfasst bzw. klassifiziert wurden die Sitzungstermine und die Personen, die an den Besprechungen teilgenommen haben, sowie die Themen, die besprochen und diskutiert wurden. Letztere wurden dann als Knoten in der Datenbank erfasst und davon ausgehend die entsprechenden Beziehungen zueinander angelegt. Neben den offensichtlich aus den Protokollen übernommenen Beziehungen, die sich aus der Teilnahme an der Besprechung oder aus den diskutierten Themen ergeben, besteht auch die Möglichkeit, weitere Verknüpfungen hinzuzufügen, beispielsweise Institutszugehörigkeiten, Beziehungen zwischen den Personen oder Verweise auf konkrete Objekte. Auf diese Weise lassen sich ausgehend von einem Datenmodell in Graphdatenbanken flexible Möglichkeiten zur Informationserfassung finden. Die Auswertung der in Neo4j angelegten Daten, die aus den analogen Protokollen

t	Anzahl
{Thema:Inventarisierung}	4
{Thema:Strukturaenderung}	4
{Thema:Finanzen}	3
{Thema:Stellenpläne}	3
{Thema:Durchführungsbestimmung Denkmal-VO}	2
{Thema:Arbeitspläne}	2
{Thema:Publikationen}	2
{Thema:Fotothek}	1
{Thema:Fachliteratur}	1
{Thema:Vertrauensleute}	1
{Thema:Anschaffungen}	1
{Thema:Beihilfen}	1
{Thema:Neufassung Denkmal-VO}	1
{Thema:Aussenstelle Schwerin}	1
{Thema:Dehio}	1
{Thema:Zehn Jahre Denkmalpflege}	1
{Thema:Denkmalpflege und Heimatmuseen}	1
{Thema:Klassifizierung}	1
{Thema:Haushaltsdirektive}	1
{Thema:Perspektivplan}	1
{Thema:Haushaltsplan}	1

Abb. 10: Ergebnis der Abfrage nach Themen der Konservatorengespräche in Neo4j.

```
MATCH (t:Thema)---[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t, count(*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC
```

extrahiert wurden, zeigt zunächst, dass an relativ wenig Terminen eine Vielzahl von Themen verhandelt werden musste (Abb. 9 sowie auf folgender Seite Abb. 10).

Eine Abfrage zur Frequenz der diskutierten Themen zeigt, dass bei den Besprechungen am häufigsten über Inventarisierung (inkl. Klassifizierung) und Strukturänderungen diskutiert wurde, weshalb diese Themen im Weiteren eingehender betrachtet werden sollen. Die Abfrage verdeutlicht zudem, dass eine Vielzahl der Themen lediglich ein einziges Mal verhandelt wurde, wobei hier auch Schnittmengen zwischen den Themen bestehen, die bei der ersten Betrachtung der Analyseergebnisse aufgrund der starken Formalisierung nicht zu erkennen sind. Bei näherer Betrachtung der Protokolle zeigt sich, dass einige der Themen unter einem anderen Tagesordnungspunkt oder sogar unter einem völlig anderen Titel erneut zur Sprache kamen oder dass sie einen anderen Aspekt des übergeordneten Bereichs beinhalteten. Aufgrund dessen sollen die zwei scheinbaren Einzelthemen „Zehn Jahre Denkmalpflege“ sowie „Denkmalpflege und Heimschutz“ ebenfalls eingehender betrachtet werden. Zum einen wird dadurch in diesem Kapitel die Themenvielfalt der institutionellen Denkmalpflege aufgezeigt und zum anderen werden Chancen und Grenzen der technologischen Unterstützung durch die Graphdatenbank erkennbar. Im Folgenden wird zunächst das am

häufigsten thematisierte Problem betrachtet: die Suche nach einer geeigneten Struktur.

Strukturfragen

Die Diskussionen um eine geeignete Struktur der institutionellen Denkmalpflege erscheinen retrospektiv als nicht enden wollende Kämpfe verschiedener Interessensgruppen mit wechselnden Akteuren. Gerd Meyer stellte in seinem Studienbuch über „Sozialistische Systeme“ heraus, dass „im Blick auf die Herausbildung staatlicher Strukturen [in sozialistischen Systemen] der Druck von innen und von außen nicht zu trennen [ist], [er] kumuliert [...] sich vielmehr, ist Ergebnis ineinander greifender Widersprüche und treibt neue hervor“²³⁴. Mit Blick auf den – ebenfalls immer wieder in der Kritik stehenden – Verwaltungsapparat der DDR schrieb Meyer, dass die „Expansion der Verwaltung [...] als unproduktiver Ballast“ erscheine, sie zugleich aber notwendig gewesen sei, „um die Kontrolle aufrechtzuerhalten“²³⁵. Die große Bedeutung von Strukturen in sozialistischen Systemen im Allgemeinen und der Verwaltung im Besonderen zeigt den Anspruch des Staates, das gesamte Leben politisch-ideologisch zu durchdringen, und erklärt darüber hinaus die Intensität, mit der über die sich entwickelnden und sich wandelnden Strukturen diskutiert worden ist.

Die Arbeitsbesprechung der Konservatoren vom 4. Dezember 1954 in Halle/Saale stand im Zeichen der weiteren Umstrukturierung der Denkmalpflege, die nach der Auflösung der ehemaligen Landesämter und vor der Besetzung der Zentrale mit einem Direktor nach wie vor ungeklärt zu sein schien.²³⁶ Zu den teilnehmenden Konservatoren des IfD gehörten Gottfried Müller (Arbeitsstelle Nord mit Sitz in Berlin), Hans Nadler (Dresden), Hans Müther (Zentrale) sowie Wolf Schubert (Halle/Saale). Eingeladen war zudem der Leiter der Hauptabteilung „Bildende Künste“ des MfK, Bruno Voigt, welcher jedoch „aus dienstlichen Gründen verhindert“ war und deshalb der Besprechung fernblieb.

Zunächst berichtete Wolf Schubert über den Stand der Verhandlungen zur geplanten Strukturänderung der Denkmalpflege mit Staatssekretär Fritz Apelt, Hauptabteilungsleiter Fritz Dähn und Abteilungsleiter Bruno Voigt sowie der Stellenplankommission. Obwohl das Ministerium für Kultur den angedachten Veränderungen bereits zugestimmt hatte, stand die Bewilligung seitens der Stellenplankommission noch aus, sodass die Arbeitsfähigkeit der IfD-Zentrale zum 1. Januar 1955 nicht gewährleistet werden konnte.

²³⁴ Gerd Meyer: Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse. Ein Studienhandbuch, Opladen 1979, S. 124.

²³⁵ Vgl. ebd.

²³⁶ Vgl. BLDAM, L 43/2, Arbeitsbesprechung der Konservatoren im Institut für Denkmalpflege – Außenstelle Halle vom 04.12.1954.

Denn im Mittelpunkt der Diskussionen und der Strukturveränderungen stand vor allem der Aufbau des zentralen Instituts. Aus dem Teilnehmerkreis dieser Besprechung lässt sich zum einen die zu diesem Zeitpunkt bestehende Struktur der staatlichen Denkmalpflege ablesen und zum anderen aufzeigen, welche Personen zu den Protagonisten der staatlichen Denkmalpflege gehörten: So waren mit Müller und Müther zwei Denkmalpfleger aus Berlin (Außenstelle Nord/Zentrale), mit Nadler die Außenstelle Südost (Dresden) und mit Schubert die Außenstelle Südwest (Halle) vertreten.

Nicht nur die Konservatorengruppe, sondern auch das Ministerium für Kultur hatte zur „gegenwärtigen Situation in der Denkmalpflege“ Stellung genommen und festgestellt, dass „[d]ie Arbeit der Denkmalpflege auf dem gesamten Gebiet der Republik [...] noch unter dem Fehlen einer zentralen wissenschaftlichen Leitung“ leide und, dass „[d]iese notwendige Leitung und die der Lösung der neuen Aufgaben besonders förderliche Zusammenfassung der Denkmalpflege von einer Stelle aus, [...] nur in dem geplanten Institut für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen“ könne.²³⁷

Dass die Auflösung der ehemaligen Landesämter die künftige Zusammenarbeit der neu eingerichteten IfD-Zentrale mit den sogenannten Außenstellen belasten würde, ist an den damals noch ausstehenden und heftig diskutierten personellen Entscheidungen ablesbar. So wurde während der genannten Arbeitsbesprechung „[n]ochmals [...] betont, daß alle jetzigen Mitarbeiter der Zentrale ohne Mitwirkung der Denkmalpflege eingestellt“²³⁸ worden waren. Mit dieser Aussage machten die Denkmalpfleger selbst darauf aufmerksam, dass zwischen ihnen, also den „alten“ Konservatoren, und den neuen Mitarbeitern keine Zusammenarbeit, sondern vielmehr ein Bruch bestünde und dass man die derzeitigen Entwicklungen und Strukturveränderungen nicht mittrage und auch nicht länger hinnehmen werde. Sie wurden dabei in ihren Forderungen sehr deutlich und appellierten an das Ministerium, die betreffenden Neueinstellungen durch Kündigungen rückgängig zu machen. Die Denkmalpfleger begründeten das damit, dass „es sich um eine generelle Strukturänderung“ handeln würde, aufgrund derer „zunächst sämtliche jetzigen Mitarbeiter der Zentrale zu entlassen [sind]“²³⁹. Zugleich boten sie eine Art Kompromiss an, denn sie verwiesen auf den neuen Stellenplan, bei dem die Möglichkeit bestünde, „nach Eignung und Bedarf

²³⁷ Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 119–127, hier fol. 123, Abschrift eines Manuskriptes des Kollegen Schifner [o.D.], Titel: „Die gegenwärtige Situation in der Denkmalpflege“ [Rede vor Mitgliedern der Zentralen Denkmalkommission].

²³⁸ BL DAM, L 43/2, Arbeitsbesprechung der Konservatoren im Institut für Denkmalpflege – Außenstelle Halle vom 04.12.1954, erste Seite des Protokolls ohne Paginierung.

²³⁹ Ebd., zweite Seite des Protokolls ohne Paginierung.

einzelne von ihnen neu einzustellen“²⁴⁰. Vermutlich wollten die Konservatoren selbst, nach eigenem Ermessen und eigener Auswahl, neues Personal einstellen. Der Bedarf an geeigneten Fachkräften wird vermutlich groß gewesen sein. Die Formulierung der Forderung zeigt aber, dass keine beliebigen Mitarbeiter gewünscht wurden und dass der Mitarbeiterstab nicht mit – aus Sicht der bisherigen Konservatoren – ungeeigneten Kräften „aufgefüllt“ werden sollte. Die Ablehnung gegenüber den neu eingestellten Mitarbeitern der Zentrale, die nicht aus dem Personalbestand der ehemaligen Landesämter für Denkmalpflege stammten, tritt in diesen Aussagen offenkundig zu Tage. Ob diese aus politisch-ideologischen oder doch vorrangig aus fachlichen Gründen erfolgte, lässt sich hingegen nicht schlussfolgern.

Auch die Zuständigkeiten und Handlungskompetenzen innerhalb der Zentrale ebenso wie innerhalb des Ministeriums für Kultur schienen ungeklärt und blockierten sich wechselseitig (vgl. Kapitel 3.3.1):

„Dr. Müller wies darauf hin, daß die mit dem Ministerium für Kultur getroffene Vereinbarung der Unterschriftsleistung für die Zentrale durch Verfügung der Hauptabteilung Bildende Kunst (im Ministerium für Kultur) vom 23. November 1954 wieder hinfällig geworden sei. Die HA Bildende Kunst teilte ihm schriftlich mit, daß er ‚mit der fachlichen Leitung des Instituts für Denkmalpflege bis zur vollzogenen Strukturänderung betraut‘ sei. Der Dienstbetrieb in der Zentrale läuft nach wie vor unter der gemeinsamen Leitung des Referenten Böcking und des Verwaltungschefers Seegerbrecht, die Anweisungen geben und Unterschriften leisten wie bisher. Die Konservatoren müssen unter diesen Umständen die Verantwortung für das Geschäftsgebaren des Zentralen Instituts ablehnen und bitten das Ministerium für Kultur erneut um Durchführung der mit ihm getroffenen Vereinbarung.“²⁴¹

Ein halbes Jahr nach dieser Arbeitsbesprechung hatte sich die Struktur dahingehend verändert, dass die Zentrale mit einem Direktor (Kurt Lade) besetzt war und somit die Leitungsfunktion aus personeller Sicht gewährleistet werden konnte. Darüber hinaus hatte sich jedoch an der Struktur nur wenig verändert.

Am 13. und 14. Juli 1955 fand eine Arbeitsbesprechung statt, an der neben Kurt Lade auch wieder Gottfried Müller, Hans Nadler, Wolf Schubert und Hans Müther teilnahmen, hinzukam noch Curt Belz²⁴² als Vertreter der MfK-Hauptabteilung „Bildende Kunst“. Aus den diesbezüglichen Tagesordnungspunkten geht hervor,

240 Ebd.

241 Ebd.

242 Curt Belz war während der Zeit des Bestehens der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten Hauptreferent für Gegenwartskunst. Vgl. Hartmut Pätzke: Von „Auftragskunst“ bis „Zentrum für Kunstausstellungen“. Lexikon zur Kunst und Kunspolitik in der DDR, in: Eugen

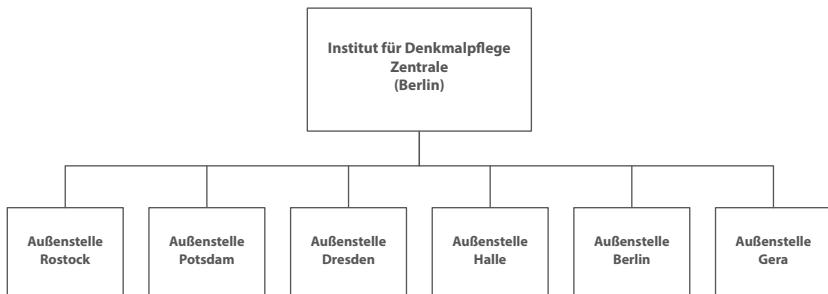


Abb. 11: Strukturplanentwurf von Kurt Lade zur Neuordnung der institutionellen Denkmalpflege, 1955

dass sowohl die Struktur der Zentrale selbst als auch die Gesamtstruktur der staatlichen Denkmalpflege nach wie vor zur Diskussion standen.

Der zweite Tagesordnungspunkt betraf die Gesamtstruktur des Instituts für Denkmalpflege bzw. dessen „Reorganisation“ (Abb. 11).²⁴³ Kurt Lade stellte dazu einen Entwurf vor, der eine Neugliederung und Erweiterung der Außenstellen von drei auf sechs vorsah, wobei zuerst die Gründung einer weiteren Außenstelle für die Bezirke Gera und Suhl umgesetzt werden sollte. Der Plan sah vor, dass die beiden genannten Bezirke bis Ende des Jahres 1955 noch von der Außenstelle Halle/Saale betreut und auf die Arbeit einer eigenständigen Außenstelle vorbereitet werden sollten. Es wurde auch bereits zur Diskussion gestellt, wer die Leitung dieser künftigen Außenstelle Gera/Suhl übernehmen sollte. Lade und Belz schlugen den ehemaligen Referenten für Gegenwartskunst und damaligen MfK-Mitarbeiter, Walter Albrecht, vor. Nach den Vorstellungen Schuberts hingegen sollte ein Konservator aus den eigenen Reihen die noch zu gründende Außenstelle leiten, weshalb er den Kollegen Wolfgang Stier ins Gespräch brachte.

Anhand dieser vorgeschlagenen Kandidaten wird bereits die herrschende unterschiedliche Sicht auf die Denkmalpflege und ihre künftige inhaltliche Ausrichtung deutlich. Lade (der bis 1941 Sekretär der Sektion der bildenden Künstler im Freien Deutschen Kulturbund im englischen Exil gewesen war) und Belz sahen in Albrecht vermutlich vor allem einen potenziellen Mitarbeiter, der die Denkmalpflege auf die Gegenwart ausrichten, die Schaffung und Betreuung nationaler Gedenkstätten umsetzen und darüber hinaus – als Mitarbeiter des MfK – die

Blume/Roland März (Hrsg.): Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie, Berlin 2003, S. 327.

243 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 158–159, Arbeitsbesprechung vom 13.07.1955 und 14.07.1955. Vgl. ebenso: Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 34–36.

politisch-ideologischen Anforderungen erfüllen würde. Schuberts Vorschlag hin- gegen sollte die inhaltliche und fachliche Arbeit der Konservatoren fördern und wahrscheinlich (angesichts der häufigen Auseinandersetzungen zwischen Schubert und den jeweiligen staatlichen Stellen) die politische Kontrolle und ideologische Durchdringung der denkmalpflegerischen Praxis mindern oder diese zu- mindest nicht stärken.

Für die Außenstelle Nord machten sich die anwesenden Außenstellenleiter für Walter Ohle stark und unterstützten einen Verbleib bzw. eine Neugründung der Außenstelle Nord in Schwerin statt Rostock, wie im Entwurf vorgesehen.

Dass die Außenstellenleiter vor allem ihre inhaltliche Arbeit in Gefahr sahen und die Handlungs- und Entscheidungshoheit nicht der Zentrale überlassen wollten, wird auch dadurch ersichtlich, dass sie sich gegen eine Zentralisierung der jeweiligen Fachgebiete aussprachen und den Verbleib der Fachgebiete in ihren jeweiligen Außenstellen einforderten. Strittig war vor allem die Handhabung der Bereiche Technische Denkmale sowie Schloss- und Parkanlagen. Demgegenüber bestand jedoch Einigkeit hinsichtlich der Arbeitsfelder Nationale Gedenkstätten, Gedenkstätten der Arbeiterbewegung und Publikationen; diese sollten von der Zentrale wahrgenommen werden.

Ungeachtet der vielen offenen Fragestellungen waren anscheinend alle Beteiligten derselben Meinung, dass die 1952 in Kraft getretene Denkmalschutzverordnung den aktuellen Anforderungen nicht mehr Rechnung trug und diese entsprechend neugefasst werden müsse. Das schlug sich auch als thematisierter Tagesordnungspunkt der Besprechung nieder. Die bestehende Denkmalschutzverordnung sollte für die Neufassung als Grundlage dienen, dabei aber vor allem die strukturellen Änderungen berücksichtigen. Allerdings war bereits eine Woche später, am 21. Juli 1955, von einer Neufassung der Verordnung keine Rede mehr, sondern nur noch von einer Durchführungsbestimmung; diese wurde von Hans Nadler ausgearbeitet, sollte aber weder zur Verabschiedung noch zur Ausführung kommen.²⁴⁴

Sowohl die Themenvielfalt als auch das Tempo, in dem man diskutierte und Entscheidungen traf, zeigen die Schnelllebigkeit und den steten Wandel der Strukturen und Rahmenbedingungen. An eine Form von Routine oder an eine gewisse Planbarkeit war im Arbeitsalltag der Konservatoren kaum zu denken.

Einerseits konkretisierten sich in der Folge die Strukturen, da insbesondere für die Außenstellen die „Planstellenaufgliederung“²⁴⁵ realisiert wurde und damit die Stellenanzahl und Besetzung festgesetzt werden konnten. Andererseits

244 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 160–161, Protokoll vom 21.07.1955.

245 In den Außenstellen Rostock, Potsdam und Berlin sollten jeweils vier Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden, in Dresden und in der Zentrale je sechs, in Halle sieben und in Gera drei Mitarbeiterstellen. Darüber hinaus sollte jede Außenstelle durch eine wissenschaftliche Hilfs- bzw. Nachwuchskraft verstärkt werden.

wurden die Konservatoren weiterhin von Strukturveränderungen, die durch das Ministerium für Kultur erfolgten, überrascht. So teilte Curt Belz den anwesenden Konservatoren in der Arbeitsbesprechung vom 21. Juli 1955 mit, dass die Leitung der Zentrale zukünftig durch ein Kuratorium erfolgen sollte, bestehend aus dem Direktor der Zentrale sowie aus zwei oder drei weiteren Persönlichkeiten aus der Denkmalpflege, die nicht notwendigerweise dem IfD angehören mussten. Dem Sitzungsprotokoll lässt sich entnehmen, dass „nach lebhafter Diskussion [...] von Herrn Schubert der Antrag gestellt [wurde], die Frage der Veränderung der Leitung des Instituts nochmals durch den Direktor des Instituts beim Ministerium vorzutragen, da die Außenstellenleiter durch die Mitteilung des Ministeriums vor eine vollendete Tatsache gestellt seien, ohne vorher gehört worden zu sein“²⁴⁶. Nicht nur die überraschende Veränderung der Leitung wird bei den Konservatoren für Kritik gesorgt haben, sondern auch die – mit der Einrichtung des Kuratoriums zu vermutende – erneute Unterordnung der Außenstellen. Die Beanstandungen seitens der IfD-Denkmalpfleger waren also naheliegend, da dem Kuratorium kein Vertreter ihrerseits angehören musste und somit von ihnen losgelöst und über ihre Interessen und Meinungen hinweg Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden konnten.

Heftige Kritik löste auch der von der Zentrale aufgestellte Arbeitsplan aus dem Jahr 1956 aus, wie aus einer „kritischen Stellungnahme“ Walter Ohles vom 19. Juni 1956 hervorgeht. Die Missbilligung richtete sich jedoch weniger gegen den Arbeitsplan im Allgemeinen, sondern stellte einen Ausgangspunkt dar für eine umfassende Kritik an der Leitung der Zentrale; diese überschritt aus Ohles Sicht ihre Kompetenzen weit (wie bereits in Kapitel 3.2 angedeutet worden ist). So resümierte Ohle in seiner Stellungnahme zum Arbeitsplan:

„Der tiefste Grund für das Mißverhältnis dürfte darin liegen, daß die Leitung der Zentrale ihre Position falsch auffaßt und bemüht ist, das Gremium der Konservatoren aus der Leitung des Instituts auszuschalten und diesen Zustand unter Mißachtung von Entscheidungen des Ministeriums wie des Gremiums der Konservatoren durch eigenmächtige Schaffung vollendeter Tatsachen zu festigen.“²⁴⁷

Das „Mißverhältnis“ von dem Ohle schrieb, lag vor allem darin begründet, dass Lade als Direktor der Zentrale und nicht als Staatskonservator eingesetzt worden war und dass zunächst auch nicht weiter nach Letzterem gesucht wurde; Lade war deshalb die Führung der Zentrale übertragen worden. Damit war allerdings noch nicht geklärt, wie umfassend Lades Aufgaben- und Zuständigkeitspektrum sein

²⁴⁶ BArch, DR 1/8028, fol. 161.

²⁴⁷ AdK-Archiv, Kurt-Lade-Archiv 31, Kritische Stellungnahme zum Arbeitsplan 1956 der Zentrale des Instituts für Denkmalpflege vom 19.06.1956 von Walter Ohle.

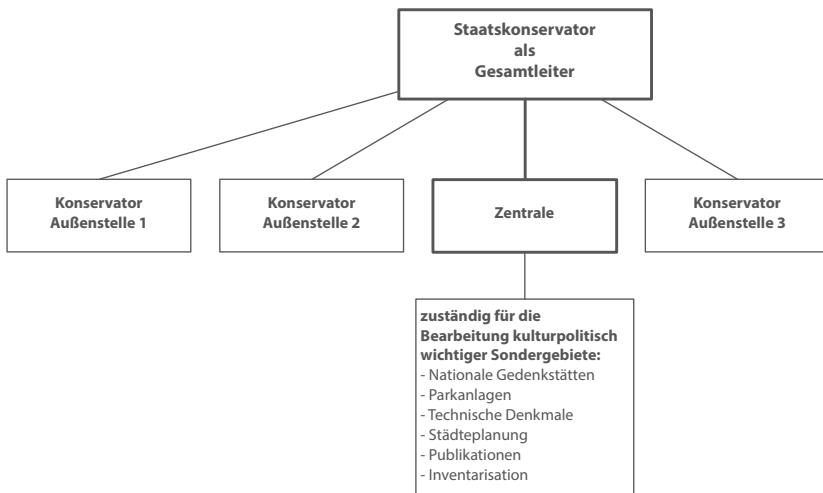


Abb. 12: Zunächst angedachte Struktur der institutionellen Denkmalpflege (1952), nach Walter Ohle

sollte. Sollte seine Zuständigkeit nur die Zentrale umfassen oder sollte er auch die Außenstellen leiten, das heißt diese koordinieren und kontrollieren und damit auch weisungsbefugt gegenüber den Leitern der Außenstellen sein? Man hatte zwar, so Ohle, zunächst geplant gehabt, einen Staatskonservator einzusetzen, der sowohl gegenüber der Zentrale als auch gegenüber den Außenstellen weisungsbefugt gewesen wäre, aber man habe sich dann für die Einsetzung eines Direktors entschieden, der die Zentrale führe, ohne den Außenstellen gegenüber weitere Befugnisse zu haben (Abb. 12 sowie auf folgender Seite Abb. 13). Ohles Meinung nach, fasste „die Leitung der Zentrale ihre Position falsch“²⁴⁸ auf. Diese Sichtweise lag jedoch nicht allein an dem von Ohle beschriebenen Missverhältnis, sondern war zugleich Ausdruck mangelnder Akzeptanz Lades als Direktor. Insbesondere die Unterstellung, dass die Leitung „bemüht [ist], das Gremium der Konservatoren [...] auszuschalten“²⁴⁹, verdeutlicht dies. Zugleich suggerierte Ohle, dass das „Gremium der Konservatoren“ eine feste Größe oder zumindest eine mit umfassenden Befugnissen ausgestattete denkmalpflegerische Instanz oder Institution sei, deren Arbeit und Entscheidungsbefugnis über derjenigen des Direktors der Zentrale anzusiedeln sei oder ihr zumindest gleichrangig gegenüberstehen würde. Tatsächlich aber hatte sich das Gremium während der Zeit, als nach einem Direktor bzw. Staatskonservator gesucht worden war, etabliert, da die Leitung bis

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Ebd.

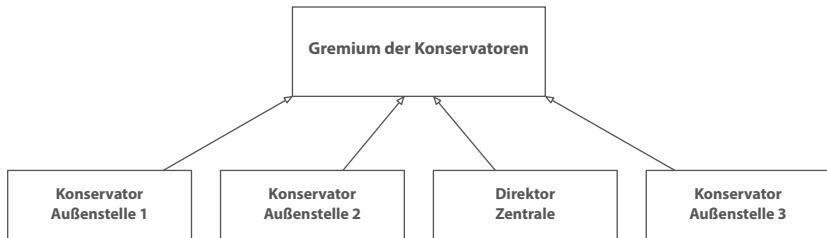


Abb. 13: Angepasste Struktur der institutionellen Denkmalpflege (1954), nach Walter Ohle

dahin immer nur kommissarisch und häufig wechselnd wahrgenommen worden war.²⁵⁰ Die „Mißachtung von Entscheidungen“, die Ohle der Leitung der Zentrale vorwarf, ist aus seiner Sicht durchaus nachvollziehbar, vor allem in Bezug auf den Streit zum Standort der „Außenstelle Nord II“, von dem Ohle direkt betroffen war. Die dem Vorwurf implizierte Forderung nach Konsequenzen für die Leitung der Zentrale war jedoch unrealistisch, da Lade letztlich auch nur die Weisungen ausführte, die ihm aufgetragen worden sind.

Wie unter anderem bereits Katja Wüllner in ihrer Dissertation ausführte, bemühte man sich während der Schaffung geeigneter Strukturen für die institutionelle Denkmalpflege auch um eine verbesserte Rechtsgrundlage für Denkmalschutz und Denkmalpflege in der DDR.²⁵¹ Laut Wüllner wurde basierend auf dem *Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht* vom 18. Januar 1957 der Vorschlag eingereicht, das Institut für Denkmalpflege aufzulösen und Bezirksbeauftragte für Denkmalpflege in das System der institutionellen Denkmalpflege zu installieren.²⁵² Von wem dieser Vorschlag eingereicht wurde und welcher Bezug kon-

²⁵⁰ Zugleich hatte es auch die in der Denkmalschutzverordnung von 1952 benannte Zentrale Kommission für Denkmalpflege gegeben, die sich aus Vertretern des Instituts für Denkmalpflege, der Deutschen Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Künste, der Bauakademie, der Humboldt-Universität, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Staatlichen Museen zu Berlin, der Technischen Hochschule Dresden, der Wartburg, des Museums für Deutsche Geschichte, des Kulturbundes und dem Chefarchitekten von Berlin zusammensetzte. Obwohl diese Kommission beispielsweise 1954 über die Leitungspositionen der IfD-Außenstellen beriet, war die Arbeitsweise der Kommission selbst nicht sonderlich effizient. So hieß es auf der Kommissionssitzung vom 24. und 25. Februar 1954: „Nach der Bildung des Ministeriums für Kultur und der neuen Aufgabenstellung auf kulturellem Gebiet ergibt sich die Notwendigkeit, die Zentrale Kommission für Denkmalpflege arbeitsfähiger als bisher zu machen.“ BArch, DR 1/7907, Bl. 522.

²⁵¹ Vgl. Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 36.

²⁵² Vgl. ebd., S. 37.

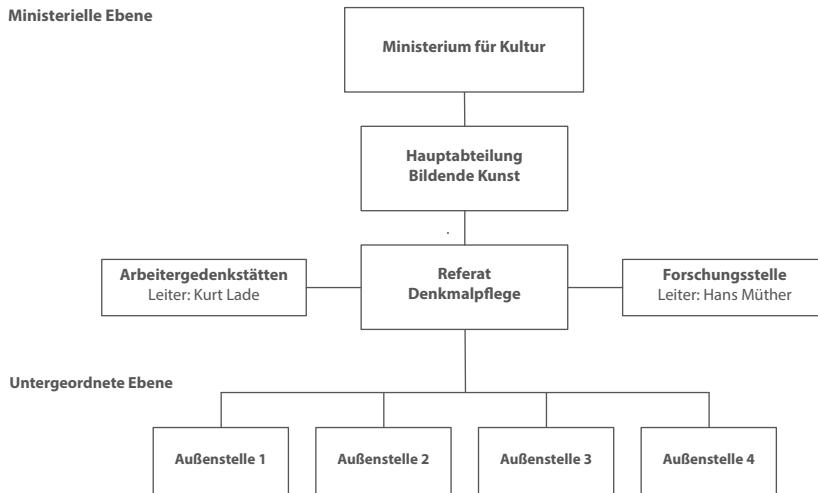


Abb. 14: Strukturentwurf für die Zeit nach der Auflösung der Zentrale (1956)

kret zum Gesetz bestand, bleibt in Wüllners Ausführungen leider unklar. Wüllner verweist lediglich auf die in § 6 Abs. 2 des genannten Gesetzes aufzufindende Aussage, dass den örtlichen Vertretungen die Aufgabe der Entwicklung des Schul-, Kultur- und Bildungswesens zukomme. Das Gesetz selbst themisierte weder die Denkmalpflege noch den Denkmalschutz der DDR.²⁵³

Die anhaltenden Diskussionen über die Struktur der institutionellen Denkmalpflege führten schließlich zum Beschluss der zentralen Demokratisierungskommission, die Zentrale des Instituts für Denkmalpflege zum 30. Juni 1957 aufzulösen.²⁵⁴ Dabei sah die „Konzeption zur Liquidierung der Zentrale“ vom 21. März 1957 die Weiterführung der Abteilungen „Nationale Gedenkstätten“ und „Inventarisierung“ vor, die bis dato zur Zentrale gehört hatten. Während die Abteilung „Nationale Gedenkstätten“ im Ministerium für Kultur der Abteilung „Kulturelle Massenarbeit“ angegliedert werden sollte, war für die „Inventarisierung“ eine An gliederung an die Außenstelle Potsdam vorgesehen, die ihren Sitz in Berlin beibehalten sollte.²⁵⁵ Ein Entwurf der MfK-Hauptabteilung „Bildende Kunst“ hatte im Januar 1957 noch vorgesehen, dass nach der Liquidierung zunächst vier Außenstellen bestehen bleiben sollten und es darüber hinaus ein Referat „Arbeitergedenkstätten“

253 Vgl. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Vom 18. Januar 1957, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8 vom 26. Januar 1957, S. 65–72.

254 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 29. Sowie: BArch, DR 1/7907, Bl. 139, Konzeption zur Liquidierung der Zentrale des IfD vom 21.03.1957.

255 Vgl. BArch, DR 1/7907, Bl. 139, Konzeption zur Liquidierung der Zentrale des IfD vom 21.03.1957.

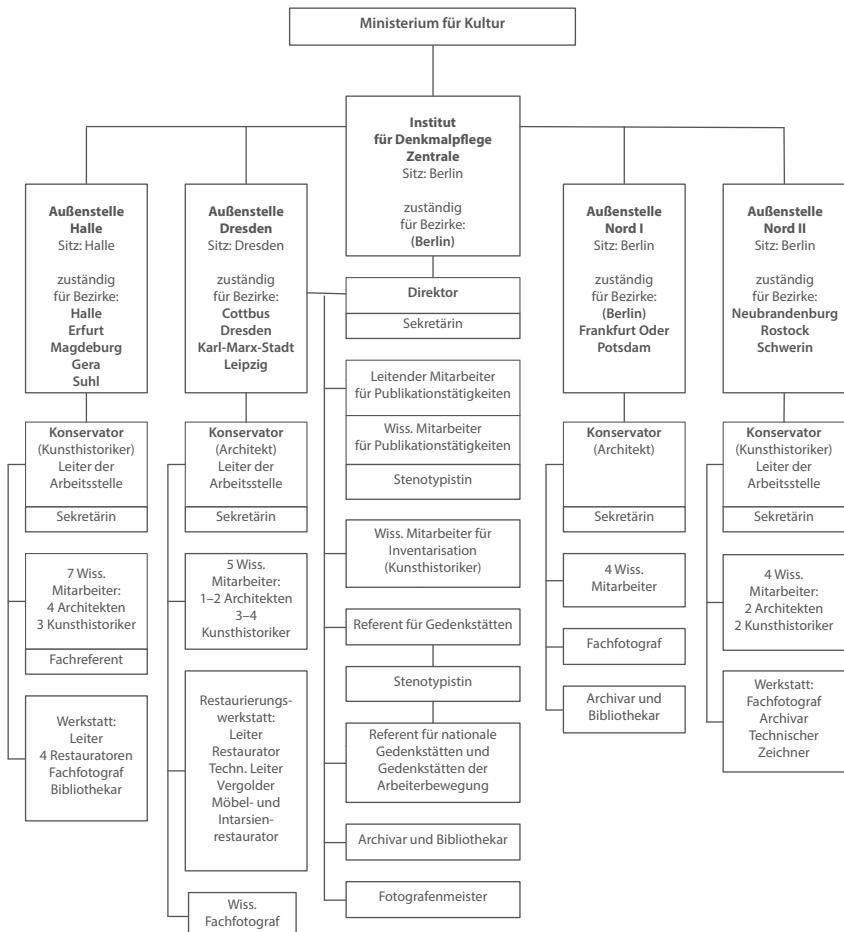


Abb. 15: Organigramm nach der Stellenplanstruktur um circa 1956/57

unter der Leitung von Kurt Lade sowie eine Forschungsstelle unter der Leitung von Hans Müther geben sollte (Abb. 14 sowie auf folgender Seite Abb. 15).²⁵⁶

Die schnelle Abfolge verschiedener Strukturentwürfe für die Zeit nach der Auflösung der IfD-Zentrale zeigt, dass es trotz der gefallenen Entscheidung noch keine konkrete Vorstellung darüber gab, in welchen Strukturen sich die Denkmalpflege in der DDR etablieren sollte, und dass man noch immer auf der Suche nach einem geeigneten strukturellen Rahmen war.

²⁵⁶ Vgl. BArch, DR 1/8026, fol. 15.

Die Stärkung der örtlichen Organe durch das im Januar 1957 verabschiedete Gesetz führte letztlich zu vermehrten Diskursen über eine mögliche Struktur, innerhalb derer sich die Denkmalpflege etablieren sollte. Hierzu gehörte auch die Diskussion um Bezirksbeauftragte für Denkmalpflege.²⁵⁷ Während Wüllner in ihrer Dissertation zu dem Schluss kommt, dass die Bezirksbeauftragten die institutionelle Denkmalpflege ersetzen sollten, erscheint es tatsächlich vielmehr so, dass die Einsetzung von Bezirksbeauftragten zunächst zwar mit der Übernahme der Denkmalpflege seitens örtlicher Räte verbunden werden sollte, dass aber die Einsetzung der Bezirksbeauftragten bei den Konservatoren nicht grundsätzlich auf Ablehnung stieß. Auf der Besprechung vom 6. Juli 1957 wurde zum einen eine „neue Denkmalschutzverordnung“²⁵⁸ diskutiert, die eine Neuordnung der Denkmalpflege im Sinne einer Stärkung der örtlichen Organe vorsah, und zum anderen wurden die Einbindung und Bedeutung von Bezirksbeauftragten in das bestehende Verhältnis der institutionellen Denkmalpflege abgewogen. Eine neue Denkmalschutzverordnung hatte es 1957 jedoch nicht gegeben; erst 1961 sollte eine neue Denkmalschutzverordnung verabschiedet werden, die dann die lange diskutierten Strukturen festschrieb.

Hinsichtlich der Bezirksbeauftragten diskutierten die Konservatoren Hans Nadler, Walter Ohle und Ludwig Deiters darüber, dass die Bezirksbeauftragten nicht aus den verbliebenen Instituten gestellt werden könnten, da aktuell bereits Personalmangel herrschte und für die vier Institute insgesamt 24 Mitarbeiter zur Verfügung stünden. Als eine Art Gegenvorschlag hielten die Konservatoren in ihrem Sitzungsprotokoll fest, dass „erreicht werden [soll], daß der Bezirksbeauftragte nach wie vor in fachlichen Fragen von zentraler Bedeutung dem Institut untergeordnet bleibt und der Bezirk nur die örtliche Denkmalpflege und den örtlichen Denkmalschutz zu bearbeiten hat“²⁵⁹. Weiter wurde ausgeführt, dass „diese Regelung in der Perspektive nicht nur für die Bezirke zu belassen [ist], sondern auch auf die größeren Städte auszudehnen [ist], damit die Denkmalpflege mehr und mehr weiteren Boden gewinn[t] und somit ihre berechtigten Forderungen besser durchsetzen [kann]“²⁶⁰. Somit wird abschließend deutlich, dass das Konzept, Bezirksbeauftragte einzusetzen, bei den Konservatoren durchaus auf Zustimmung stieß, wenngleich in anderer Form als es sich die örtlichen Organe vorgestellt hatten.

²⁵⁷ Vgl. Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 38.

²⁵⁸ BArch, DR 1/8028, Bl. 92r/v, hier Bl. 92v.

²⁵⁹ BArch, DR 1/8028, Bl. 92r.

²⁶⁰ Ebd.

Klassifizierung von Denkmälern

Am 31. Oktober 1956 richtete sich der Kunsthistoriker und damalige Direktor des Instituts für Geschichte und Theorie der Baukunst der Bauakademie, Gerhard Strauss, mit einem Schreiben betreffend der „Sicherung wertvoller historischer Substanz“ an den Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der DDR.²⁶¹

Dem Betreff entsprechend setzte sich Strauss in seinem Schreiben zunächst mit dem Problem der Sicherung diverser Objekte auseinander, deren Existenz unmittelbar bedroht sei, und betonte dabei, dass er diese Informationen von unterschiedlichen Fachleuten auf der Erfurter Konferenz „Siedlungsgeschichte und Urbanistik“ bekommen habe. Obwohl Gerhard Strauss für den Bereich Denkmalpflege keine direkte Zuständigkeit geltend machen konnte, unternahm er den Versuch, über den Beirat für Bauwesen seinen Kompetenzbereich auszuweiten. Er hätte es als Nickerfüllung seiner Pflichten als Beiratsmitglied angesehen, wenn er seinen „Standpunkt nicht auch in diesem Rahmen vertreten“²⁶² hätte. Allerdings war es nicht sein Ziel, den Beirat auf einzelne gefährdete Objekte aufmerksam zu machen, sondern diesem vielmehr weitreichende Entscheidungsbefugnisse einzuräumen, „um endlich eine planvolle Arbeit der Baudenkmalpflege zu garantieren“²⁶³. Die Garantie hierfür sah Strauss durch eine Klassifizierung der Denkmäler in fünf Kategorien gewährleistet, wobei in Kategorie I Denkmäler verzeichnet werden sollten, die als „besonders wertvoll“ galten und „deshalb vordringlich zu sichern [sind] zwecks späterer Rekonstruktion oder Regeneration“. Kategorie V sollte hingegen Objekte umfassen, „deren Erhaltung nicht vordringlich, jedoch notwendig ist“, da sie über „normale historische Substanz“ verfügten und nach Strauss’ Vorstellungen „im gegenwärtigen Zustand belassen werden“ könnten.²⁶⁴

261 Die Klassifizierung von Denkmälern in der DDR wurde bereits in einem Aufsatz von 2017 in einem anderen thematischen Kontext verhandelt: Darin wurde die Debatte als „Klassifizierungsstreit“ bezüglich Klassifizierungen und Kategorisierungen im europäischen Ausland betrachtet und die Diskussionen und Positionen in der DDR wurden in einen überregionalen Kontext eingebettet. Vgl. Franziska Klemstein: Der „Klassifizierungsstreit“ von 1956. Zuständigkeiten, Kompetenzen und die Suche nach Struktur, in: Tino Mager/Bianka Trötschel-Daniels (Hrsg.): Beton-Salon. Neue Positionen zur Architektur der späten Moderne, Berlin 2017, S. 113–126.

262 BArch, DH 1/39056, o. Pag., Stellungnahme von Gerhard Strauss an den Beirat für Bauwesen vom 31.10.1956, zweite Seite der Stellungnahme.

263 Ebd.

264 Vgl. ebd. Die fünf Kategorien setzten sich zusammen aus: „I. Besonders wertvoll (als Geschichtsdenkmal, als Heimattdenkmal, als künstlerischer oder wissenschaftlicher Wert), deshalb vordringlich zu sichern zwecks späterer Rekonstruktion oder Regeneration; II. Wertvoll (nach Kriterien von I.), deshalb ebenfalls zu sichern, sobald die unter I. genannten Objekte gesichert worden sind. Spätere endgültige Wiederherstellung usw. wie bei I.; III. Besonders wertvoll und wertvoll aber stark zerstört, deshalb Sicherung zum dauernden Verbleib als Ruine;

Auch die Rahmenbedingungen, um die Kategorisierung und Klassifizierung der Denkmäler umsetzen zu können, hatte Strauss bereits durchdacht. So sollte das Institut für Denkmalpflege für die „wissenschaftlich begründete Klassifikation“ entsprechend der von Strauss definierten Kategorien zuständig sein, die Entscheidung über die Klassifikationsvorschläge sollte hingegen einem noch zu gründenden Gremium obliegen; dieses sollte sich aus „Vertretern des Ministeriums für Kultur (Denkmalpflege), des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat, der Deutschen Bauakademie und der Deutschen Akademie der Wissenschaften unter Heranziehung einiger Spezialisten der Hochschulen“²⁶⁵ zusammensetzen. Obwohl das entscheidende Gremium erst noch hätte gebildet werden müssen – im Falle, dass der Klassifizierungsvorschlag angenommen werden sollte –, war Strauss überraschenderweise der Ansicht, dass die Erstellung der Klassifikation in den Aufbaustädten und an „anderen Orten intensiver Bautätigkeit“²⁶⁶ bereits im Dezember 1957 abgeschlossen sein sollte.

Das Strauss'sche Klassifizierungskonzept und dessen Unterteilung in fünf Kategorien lässt zum einen Rückschlüsse auf den von Gerhard Strauss vertretenen Denkmalpflegebegriff zu und zum anderen werden dabei auch grundsätzliche Differenzen zwischen der Bauakademie und dem Institut für Denkmalpflege evident.

Nach Strauss sollten nur Objekte der Kategorie I und II zu einem späteren Zeitpunkt rekonstruiert werden, falls sie nicht zu stark zerstört waren (Kategorie III) und daher als Ruine erhalten werden sollten. Bereits die Bezeichnung der Kategorie IV mit „normale historische Substanz“ lässt völlig offen, welche Objekte hierunter verzeichnet werden können; weder eine Definition noch eine Beschreibung sind bei Strauss' Stellungnahme zu finden. Bei weitem aufschlussreicher als diese deutungsoffene Kategorisierung ist jedoch die von Strauss vorgeschlagene Vorgehensweise zur Umsetzung der Klassifizierung.

So schlug Strauss vor, die Klassifizierung lediglich in den Aufbaustädten und Orten mit intensiver Bautätigkeit anzuwenden. Obwohl er das Ministerium für Kultur und auch den Bereich der Denkmalpflege innerhalb des Ministeriums angab, unterließ er es doch, direkt das Institut für Denkmalpflege zu nennen. Auffällig ist auch, dass Strauss selbst mittelbar durch zwei der von ihm genannten Institutionen an Entscheidungen beteiligt gewesen wäre, da er Mitglied des Beirates für Bauwesen und zugleich Direktor des Instituts für Geschichte und

IV. Normale historische Substanz, deren Erhaltung nicht vordringlich, jedoch notwendig ist. Entsprechende Objekte können einstweilen im gegenwärtigen Zustand belassen werden [sowie] V. Substanz ohne besonderen Wert, die nach wissenschaftlicher Erfassung zum Abbruch freigegeben werden kann, sofern nicht ein Ausbau dieser Substanz auf ökonomisch vorteilhafte Weise neuen Nutzraum gewinnen lässt.“

265 Ebd., dritte Seite der Stellungnahme.

266 Ebd.

Theorie der Baukunst der Bauakademie war. Auch auf welche Weise die Auswahl der Hochschulspezialisten hätte erfolgen sollen, blieb offen, sodass auch hier eine Einflussnahme einzelner Personen möglich gewesen wäre.

Am 23. November 1956 reagierte Kurt Lade als Direktor der IfD-Zentrale auf die Stellungnahme von Strauss, die Lade in Form einer Abschrift zugesandt worden war, indem er sich ebenfalls an den Vorsitzenden des Beirates wandte.²⁶⁷ Obwohl Lade in diesem kurzgehaltenen Schreiben ohnehin seine Einstellung zu Strauss' Klassifizierungsvorschlägen zum Ausdruck brachte, bat er zudem den Vorsitzenden Collein darum, die „Diskussion im Beirat über die Frage der Klassifizierung von Kunst- und Baudenkmälern [...] zurückzustellen, [um] eine ausführliche Stellungnahme“²⁶⁸ anfertigen zu können. Lade bereitete zusammen mit den Konservatoren der Außenstellen eine ausführliche Stellungnahme vor, die aufgrund der dazu erfolgten gemeinsamen Diskussion erst am 12. Dezember 1956 vorgelegt wurde; fast sechs Wochen, nachdem die Diskussion beim Beirat für Bauwesen entfacht worden war.

Obwohl die Forderung nach dem Erhalt historischer Substanz beim Institut für Denkmalpflege grundsätzlich positiv gewertet wurde, wird schnell deutlich, dass die beiden Kontrahenten Strauss und Lade kaum unterschiedlichere Auffassungen von der Umsetzung denkmalpflegerischer Belange hätten haben können. Aus Lades Sicht nannte Strauss nur einen einzigen Aspekt der Denkmalpflege: die Erhaltung historischer Substanz. Das Tätigkeitsfeld der Denkmalpflege in der DDR war jedoch nach Auffassung Kurt Lades weitaus umfassender, was er in der Denkmalschutzverordnung von 1952 begründet sah. Darüber hinaus argumentierte Lade, dass die Erhaltung eines Denkmals letztlich „im öffentlichen Interesse“ läge und dies „endgültig durch das Institut für Denkmalpflege festgestellt“²⁶⁹ werden müsse.

Die von Strauss vorgeschlagene Klassifizierung hielt Lade für die falsche Verfahrensweise, da „sie dem relativen Wert der Objekte nicht gerecht“ werde, was er mit einem Blick auf die französische Denkmalpflege untermauerte, die seiner Ansicht nach die Unzulänglichkeit einer Klassifizierung beweise.²⁷⁰ Lade war zudem bewusst, dass es bei Strauss' Stellungnahme nicht nur um die Artikulation eines Vorschlags ging, sondern auch um die Ausweitung von Strauss' Kompetenzen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Denkmalbestandes in der DDR; er bewertete die

²⁶⁷ Vgl. BArch, DH 1/39056, o. Pag., Schreiben von Lade an den Vorsitzenden des Beirats für Bauwesen vom 23.11.1956.

²⁶⁸ Ebd.

²⁶⁹ BArch, DH 1/39056, o. Pag., Schreiben von Lade an den Vorsitzenden des Beirats für Bauwesen vom 12.12.1956, zweite Seite des Schreibens.

²⁷⁰ Vgl. ebd.

Vorgehensweise von Strauss als eine klare Überschreitung seiner Kompetenzen.²⁷¹ Es überrascht daher kaum, dass Lade zufolge der Klassifizierungsvorschlag „in der praktischen Arbeit weder für den Städtebau noch für die Denkmalpflege Anwendung“²⁷² würde finden können. Zudem würde, so Lade, eine Klassifizierung zu einer Schematisierung der Objekte führen, die der Individualität eines jeden Denkmals und seiner lokalen Besonderheiten widersprechen würde.²⁷³

Die Frage nach der Notwendigkeit einer Klassifizierung bzw. Kategorisierung der Denkmale war allerdings auch in der DDR nicht neu. Bereits 1953 hatte sich das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst der Bauakademie innerhalb einer Haushaltsaufgabe (vgl. Kapitel 3.2) unter anderem mit der Notwendigkeit einer Denkmalklassifizierung zur „Verbesserung der Pflege von Baudenkmälern“²⁷⁴ beschäftigt. Hans Müther, der Verfasser der Haushaltsaufgabe, hatte hierbei zunächst die Entwicklung der Denkmalpflege bis 1945 beschrieben, daran anschließend die Denkmalpflege in der DDR bis 1953 analysiert und dann Vorschläge zur Verbesserung unterbreitet. Zu diesen Vorschlägen zählte unter anderem die Klassifizierung des Denkmalbestandes in fünf Kategorien. Obwohl man zunächst meinen könnte, der Vorschlag von Strauss rekurrierte auf die Haushaltsaufgabe Müthers von 1953, lassen sich doch grundlegende inhaltliche Unterschiede aufzeigen. Beispielsweise unterschied Müther nicht zwischen „wertvollen“ und „normalen“ Objekten, sondern erstellte seine Kategorien anhand des Erhaltungszustandes des jeweiligen Denkmals. Für Objekte, die als nicht wiederherstellbar einzustufen seien, schlug Müther zwei Verfahrensweisen vor, die es abzuwägen gelte: entweder der Erhalt als Ruine oder die Rekonstruktion nach vorhandenen Unterlagen. Offenbar empfand Müther selbst seine eigene Klassifizierung als schwierig, da er im Anschluss an seine Kategoriennauflistung anmahnte, dass diese Vorgehensweise für jeden Fall separat diskutiert und die gesellschaftliche Stellung des jeweiligen Objektes individuell hinterfragt werden müsse. Müther vertrat hierbei nicht nur eine relativ moderne Sicht auf denkmalpflegerische Fragestellungen, sondern auch einen durchaus demokratischen Ansatz, indem er schrieb und zugleich zusammenfasste: „Dem ganzen Volke steht hierbei die letzte Entscheidung zu.“²⁷⁵

Auch Kurt Lade hatte vor seinem Amtsantritt als Direktor versucht, eine Kategorisierung vorzunehmen, deren Ziel war jedoch vorrangig die möglichst rasche Nutzbarmachung der Objekte gewesen.

²⁷¹ Vgl. ebd., zweite und dritte Seite des Schreibens.

²⁷² Ebd., fünfte Seite des Schreibens.

²⁷³ Vgl. ebd.

²⁷⁴ BArch, DH 2/21188, Haushaltsaufgabe.

²⁷⁵ Ebd., S. 47–48.

Die verschiedenen diskutierten Klassifizierungs- oder Kategorisierungsvorschläge bringen weniger eine denkmalpflegerische Bewertung zum Ausdruck als vielmehr die ökonomischen Bedingungen, unter denen Denkmalpflege und Denkmalschutz ermöglicht werden sollten. So wurde nicht über die Bedeutung eines Denkmals diskutiert, sondern über dessen Erhaltungszustand sowie über Nutzungsmöglichkeiten, die die Bewertung stark beeinflussten.

Zehn Jahre Denkmalpflege

Bereits im Frühjahr 1956 wurde auf der Arbeitsbesprechung der Konservatoren (am 20. und 21. März 1956) das Vorgehen für das zehnjährige Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR im Jahr 1959 diskutiert.²⁷⁶ Obwohl die Umstrukturierungen sowie die Etablierung der staatlichen Denkmalpflege weder beendet noch vollständig umgesetzt waren, zeigt die Planung des Jubiläums im Frühjahr 1956, dass man sich relativ sicher gewesen zu sein schien, dass nun, mit der Besetzung der IfD-Direktorenstelle, der Schaffung der Außenstelle Nord II sowie der geplanten Einrichtung einer weiteren Außenstelle für die Bezirke Gera und Suhl, eine gewisse Festigkeit der Strukturen erreicht wäre. An der Arbeitsbesprechung – und somit auch an der Planung des Jubiläums – nahmen Kurt Lade (Direktor der Zentrale), Hans Nadler (Außenstelle Dresden), Gottfried Müller (Außenstelle Nord I), Hans Müther (Zentrale) und Walter Ohle (Außenstelle Nord II) sowie Hans Schoder für die Hauptabteilung „Bildende Kunst“ des Ministeriums für Kultur teil. Das für die Denkmalpflege der DDR geplante zehnjährige Jubiläum stand in direktem Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag des DDR-Bestehens und bezog sich damit explizit auf das Jahr 1949 und nicht auf die gemeinsamen Anfänge von Ost und West nach dem Kriegsende.

Obwohl der Austausch über die Planung des Jubiläums darin nicht im Einzelnen wiedergegeben wurde, lässt sich dem Protokoll entnehmen, dass über das Thema „eingehend diskutiert“ worden ist.²⁷⁷ Zur Diskussion stand zunächst die Konzipierung einer groß angelegten Ausstellung, die über die Maßnahmen und Erfolge der Denkmalpflege im gesamten Gebiet der DDR berichten sollte. Von dieser Idee nahmen die Konservatoren jedoch wieder Abstand, da Müther „aus finanz- und kulturpolitischen Erwägungen heraus den Vorschlag [unterbreitete], von der Ausstellung abzusehen und eine Publikation ‚10 Jahre Denkmalpflege‘ herauszubringen als Jahrbücher der einzelnen Außenstellen“²⁷⁸. Offenbar war Hans Müther der Ansicht, dass die finanziellen Mittel im Bereich der Denkmalpflege

²⁷⁶ Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 141–143, Protokoll vom 20. und 21.03.1956.

²⁷⁷ Interessant im Hinblick auf den Bedeutungsgrad der Diskussion ist auch, dass das Thema als erster Tagesordnungspunkt besprochen wurde und es nur zwei weitere Punkte während der Besprechung gab, nämlich: „Fragen der Publikation“ und den „Arbeitsplan. 1956“.

²⁷⁸ BArch, DR 1/8028, fol. 141.

für ein solches Vorhaben nicht ausreichen würden und es vermutlich auch schwierig werden könnte, die DDR-Denkmalpflege als absolute kulturpolitische Erfolgsgeschichte darzustellen. Ganz verzichten wollte man darauf jedoch – trotz Müthers Einwand – nicht, sodass kleinere regionale Ausstellungen realisiert werden sollten, die zu einem späteren Zeitpunkt in einer Gesamtschau gezeigt werden könnten.

Neben der dargestellten Kompromissfindung ist im Hinblick auf das Zusammenspiel von Zentrale und Außenstellen interessant, dass sowohl Müthers Vorschlag als auch die Idee, einzelne regionale Ausstellungen umzusetzen, die Dezentralität der Denkmalpflege in der DDR widerspiegeln würden, da jeweils die einzelnen Regionen in ihrem Tätigkeitsfeld die Möglichkeit bekämen, sich und ihre Arbeitsweise abzubilden und lediglich unter dem Publikationstitel „10 Jahre Denkmalpflege“ bzw. im Rahmen der späteren Gesamtschau wieder zusammengefasst werden würden.

Vermutlich sah man sich in gewisser Weise zu einer Veröffentlichung bzw. zu einem Öffentlichmachen der denkmalpflegerischen Tätigkeiten in der DDR gezwungen. Denn zuvor waren bereits ein von Paul Ortwin Rave vorgelegter Bericht, „Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin“²⁷⁹ (1952), sowie ein Zeitungsartikel von Hinnerk Schepers im *Tagesspiegel* mit dem Titel „Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin“²⁸⁰ (1955) erschienen, die aus der Sicht West-Berlins die denkmalpflegerischen Entwicklungen seit 1945 zu erfassen versuchten und den jeweiligen Stand – auch in Abgrenzung zur Denkmalpflege in der DDR – darlegen wollten. Raves Bericht zeichnete in erster Linie die Entwicklungen der Denkmalpflege seit 1945 nach, betonte die gemeinsamen Anfänge und beschrieb „Hemmungen und Hilfen“, geschuldet vor allem der großen Kriegsnot, angesichts derer denkmalpflegerische Zielsetzungen und Fragestellungen zunächst belanglos erschienen waren. Rave bezog sich bei seiner Situationsbeschreibung auf das „erste Berlin-Buch nach dem Krieg“²⁸¹, das Berlin anhand von Abbildungen zeigt, die von Otto Hagemann vor den Kriegszerstörungen aufgenommen worden waren und die für die Veröffentlichung von Rave selbst mit Beschreibungen ergänzt worden sind. Daran anschließend berichtete Letzterer von den Hemmnissen aufgrund der Teilung der Stadt in vier Sektoren und von der besonderen Bedeutung der Denkmalpflege in allen

279 Paul Ortwin Rave: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege (1952). Jg. 10, S. 120–124.

280 Hinnerk Schepers: Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Jg. 15 (1957), S. 56–60 [Zuerst erschienen im Tagesspiegel, 1955. Nochmals abgedruckt 1957 anlässlich des Todes von Hinnerk Schepers].

281 Paul Ortwin Rave: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, S. 120. Sowie: Otto Hagemann/Paul Ortwin Rave: Berlin. Vor der Zerstörung aufgenommen von Otto Hagemann, beschrieben von Paul Ortwin Rave, Berlin 1948. Eine zweite Auflage folgte 1949, eine dritte Auflage 1952.

Sektoren: „Und gerade bei den Denkmälern war man erfüllt von dem Willen zur Umerziehung des deutschen Volkes, hier in der alten preußischen Landeshauptstadt besonders genau.“²⁸² Deutlich wird bei Rave auch, dass kirchliche Bauwerke bei ihm von vornherein über einen Sonderstatus verfügten, da „unveränderter Besitzstand und Zweck die Aufgabe des Denkmalpflegers erleichtern“²⁸³. In der Spaltung Deutschlands im Allgemeinen und Berlins im Besonderen sah Rave eine außergewöhnlich schwerwiegende Entwicklung, die für die Denkmalpflege weitreichende Konsequenzen mit sich bringe: „Ost-Berlin, das mit dem Bezirk Mitte [...] den Löwenanteil an denkmalpflegerisch wichtigen Objekten besaß, war mehr und mehr sich selbst überlassen [...]. Auch wechselten die Zuständigkeiten.“²⁸⁴ Vor allem die Frage nach Zuständigkeiten und Kompetenzen erschien aus West-Berliner Sicht auf die DDR-Denkmalpflege schwer erschließbar zu sein, weshalb Rave letztlich resümierte: „Es muss einer späteren Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben, die Fragen der Verantwortung im Bereich der Denkmalpflege Ost-Berlins zu klären, die vom Politischen nicht zu trennen sind.“²⁸⁵ Obwohl Rave die umfangreichen denkmalpflegerischen Tätigkeiten des Senats darzustellen versuchte, ließ er nicht unerwähnt, dass „für die Anliegen in Ost-Berlin Mittel neuerdings ausgiebig zur Verfügung zu stehen scheinen“, obgleich er diese Feststellung wiederum zu schmälern versuchte, da „die Denkmalpflege beim Ost-Magistrat durch keinen Fachmann ausgeübt wird, [...] sich der West-Berliner Senat [hingegen] eines eigenen, wenn auch überbeschäftigte Amtes“ erfreuen könne, welches von Hinnerk Schepers geleitet wurde.²⁸⁶

Auch Schepers Berichterstattung zu „Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin“ beginnt mit einer Beschreibung der Ausgangssituation im Jahr 1945. Schepers spricht von einer damaligen „Entscheidung für das Morgen“²⁸⁷, die den Erhalt verschiedenster Denkmalobjekte in größter Not ermöglicht habe, nachdem er von Hans Scharoun, dem damaligen Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen, als Konservator von Berlin eingesetzt worden war. Am Beispiel der Nikolaikirchen von Spandau und Mitte erläuterte Schepers die „verschiedene Einstellung der Alliierten“²⁸⁸, von der auch denkmalpflegerische Fragestellungen nachdrücklich beeinflusst worden seien. Den Umgang mit dem baulichen Erbe der Nazi-Zeit thematisierte Schepers in seinem Bericht ebenso. Darin unterschied er „Kultur-Taten von Kultur-Untaten“ und schlussfolgerte, dass man sich so gesehen „ohne Bedauern

²⁸² Paul Ortwin Rave: Sieben Jahre Denkmalpflege in Berlin, S. 121.

²⁸³ Ebd., S. 122.

²⁸⁴ Ebd., S. 123.

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Vgl. ebd.

²⁸⁷ Hinnerk Schepers: Zehn Jahre Denkmalpflege in Berlin, S. 56.

²⁸⁸ Ebd., S. 57.

von der schwer beschädigten Siegesallee“ trennen könne.²⁸⁹ Gleichwohl war es ihm als Konservator wichtig, „die Jahresringe des Wachstums unserer Stadt nicht zu verletzen und ihre einzelnen Entwicklungsphasen in sichtbaren Zeugnissen zu erhalten“²⁹⁰. Bevor Scheper im Anschluss an seine Ausführungen die wiederhergestellten bzw. in Wiederherstellung befindlichen Objekte auflistete, beschrieb er ausführlich die Aufgabe, Funktionsweise und strukturelle Anbindung des Amtes für Denkmalpflege – sicherlich auch in Abgrenzung zur Denkmalpflege der DDR, die sich noch immer auf der Suche nach einer funktionsfähigen Struktur befand. Hierbei betonte er die Vorzüge einer Anbindung des Amtes für Denkmalpflege an das Amt für Bau- und Wohnungswesen. Die Auflistung der denkmalpflegerischen Objekte unterteilte Scheper in fünf Kategorien, wobei sich die ersten beiden den Kirchen widmeten (mit Unterscheidung in Stadt- und Dorfkirchen); die dritte Kategorie beinhaltete die Schlösser, Kategorie vier Parkbauten sowie andere Architekturen und die fünfte Kategorie umfasste Denkmäler im engeren Sinne (Skulpturen im Stadtraum).

Sowohl Rave als auch Scheper nahmen das Ende des Zweiten Weltkriegs zum Ausgangspunkt ihrer Ausführungen und bezogen sich bereits in ihrem jeweiligen Titel auf das Jahr 1945 und die Anfänge der Denkmalpflege nach Beendigung der Kampfhandlungen. Unabhängig von Jubiläen sind die beiden Darstellungen Situationsberichte, die Ergebnisse präsentieren, wenngleich auch immer mit Blick auf die Entwicklungen in der DDR.

Pünktlich zum Staatsjubiläum im Jahr 1959 erschien schließlich die geplante Publikation zum zehnjährigen Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR. Gänzlich anders als im Falle der beschriebenen Berichte von Rave und Scheper handelte es sich dabei um eine Art Prachtband, versehen mit einem Grußwort des Stellvertreters des Ministers für Kultur, Hans Pischner, sowie mit einem vergleichsweise ausführlichen Vorwort von Leopold Achilles, dem ehemaligen Hauptreferenten der Abteilung „Kunstsammlungen und Denkmalpflege“ der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Kultur und Erziehung“ der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle.

Betonte Hans Pischner vor allem die Verbindung von Staat und Denkmalpflege, versuchte Leopold Achilles in erster Linie die Entwicklung seit 1945 abzubilden sowie die kommenden Aufgaben und die Funktion der Denkmalpflege in seiner ideologisch-erzieherischen Wirkung für die breite Bevölkerung zu erläutern.²⁹¹

289 Vgl. ebd., S. 58.

290 Ebd.

291 Bei Achilles heißt es: „Unser Buch soll ferner die Aufgabe der Denkmalpflege gerade in unserem Staate verdeutlichen. In der Arbeit der letzten Jahre, mit der zunehmenden Festigung unseres Staates ist klar geworden, daß der Bereich der Denkmalpflege ein umfassenderer

Daran anschließend ging Achilles auf die Denkmalschutzverordnung und deren besondere Bedeutung für die technischen Denkmale sowie für die Denkmale der Arbeiterbewegung ein, wodurch er die Denkmalpflege der DDR von der Bundesrepublik abgrenzte und zugleich betonte, dass der Denkmalbegriff in der DDR dem sozialistischen Verständnis nach vielschichtiger geworden sei. Zudem verwies er am Beispiel von Görlitz auf die Bedeutung der Altstadtsanierung zur Minderung der Wohnungsnot bei gleichzeitigem Erhalt historischer Kulturwerte und präsentierte damit ein Arbeitsfeld der Denkmalpflege, das als solches – im gesamten europäischen Raum – erst in den 1970er Jahren in den Fokus rücken würde.

Nach Achilles Vorwort beginnt der Hauptteil der Publikation, der in großformatigen Abbildungen Denkmale der gesamten Republik präsentiert, denen sich die Denkmalpflege gewidmet hat. Auch hier wird der Görlitzer Altstadtsanierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt, indem der erste Teil ausschließlich Bildern und Plänen der Altstadt von Görlitz gewidmet ist und dabei versucht, auch das methodische Vorgehen der Sanierung abzubilden. Anhand der gezeigten Pläne wird vor allem ersichtlich, dass der Baubestand zwischen 1800 und 1900 für die Denkmalpfleger nicht von besonderem Interesse gewesen war und man vorrangig versucht hatte, Bebauungen der Innenhöfe rückgängig zu machen, um für bessere Wohnverhältnisse zu sorgen.

Nachfolgend thematisieren die nächsten beiden Kapitel die „Große Kunstwerke“ sowie die „Gedenkstätten“ in der gesamten DDR. Hierbei sollte, dem Vorwort nach, eine Gegenüberstellung von Denkmälern bei Kriegsende und ihres jeweiligen Zustandes nach der Wiederherstellung gezeigt werden. An diesem Konzept wurde jedoch nicht stringent festgehalten, weshalb zahlreiche Denkmale lediglich in ihrem wiederherstellten Zustand erfasst wurden.

Der letzte Abschnitt des Buches besteht aus einem Verzeichnis der Bildtafeln, bei dem nicht nur die Abbildungen genannt werden, sondern zusätzlich die Objekte durch eine Kurzbeschreibung in ihrem jeweiligen Zustand erfasst werden. Ebenfalls Erwähnung finden Restaurierungsarbeiten sowie weitere, noch austehende, Arbeiten an den einzelnen Objekten. Es ist auffallend, dass, wie bereits in den vorhergehenden Kapiteln der Publikation, auch hier weder Konservatoren noch Institute benannt werden, obwohl es deren denkmalpflegerische Arbeit, deren bisherige Leistungen wie auch deren Vorhaben waren, die beschrieben werden. Gleichwohl kann dies nicht als Geringschätzung der institutionellen Denkmalpfleger bewertet werden, da üblicherweise auch Architekten bei Bauprojekten und Wettbewerben selten benannt wurden, sondern als Kollektiv Erwähnung fanden.

Im Gegensatz zu den Berichten von Rave und Scheper war der Jubiläumsband zur Denkmalpflege in der DDR eine Werkschau, die weniger eine objektive Si-

geworden ist.“ Vgl. Ministerium für Kultur/Leopold Achilles (Hrsg.): *Zehn Jahre Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig 1959, S. 8.

tuationsbeschreibung sein sollte, als vielmehr die Präsentation bisheriger Erfolge, die insbesondere durch die Darstellung von Vorher-Nachher-Zuständen und durch die großformatigen Abbildungen untermauert wurden. Die ausbleibende Nennung der Denkmalpfleger zeigt ebenso wie der Verzicht darauf, die Struktur der staatlichen Denkmalpflege sowie des Netzwerkes der weiteren Akteure, die sich dem Denkmalbestand in der DDR annahmen, zu beschreiben, dass die Publikation für eine gezielte Außenwerbung gedacht war und nicht der Wertschätzung der Denkmalpfleger gewidmet war. Ein weiteres Motiv für den Verzicht – doch lässt sich dieses nur vermuten – könnte der andauernde Strukturwechsel gewesen sein, der auch mit personellen Veränderungen einherging.

Dass jedoch die politisch-ideologischen Ziele der DDR-Regierung mithilfe einer solchen Publikation durchaus beworben werden konnten und damit die Denkmalpflege im ideologische Sinne nutzbar gemacht werden konnte, wurde 1961 ersichtlich. In der Tageszeitung *Neue Zeit* erschien am 13. September 1961 – exakt einen Monat nach dem Bau der Mauer – unter dem Titel „Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik“ ein Artikel, der sich dem Prachtband zum zehnjährigen Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR widmete und die „unschätzbare Arbeit [der Denkmalpfleger] für den Kulturbestand unseres Volkes“²⁹² betonte.

Denkmalpflege und Heimatschutz

Die Verbindung zwischen Heimatschutz und Denkmalpflege baute auf eine lange Tradition auf, die bereits seit den Anfängen der Heimatschutzbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb diese Verbindung bestehen und wurde mit den sogenannten Natur- und Heimatfreunden innerhalb des Kulturbundes in neuer Form fortgeführt. Die Frage nach der Art und nach dem Grad der Einbindung des Heimatschutzes in die Denkmalpflege bzw. die Positionierung der Denkmalpflege zum Heimatschutz beschäftigte die Konservatoren besonders auf ihrer Besprechung vom 4. Dezember 1956²⁹³.

Anlass hierfür war die Publikation von Heinz Arno Knorr²⁹⁴ über die „Inventarisation und Sammlung in den Heimatmuseen“. Diese beschränkte sich nicht allein auf den musealen Raum, sondern themisierte auch die Heimatforschung

292 Elmar Jansen: Städte und Kirchen in gute Obhut genommen. Die Leistungen der staatlichen Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Neue Zeit* vom 13.09.1961, S. 3.

293 Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 128–134, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 04.12.1956.

294 Heinz Arno Knorr (1909–1996): Prähistoriker. 1951–1954 Leiter der Landesfachkommission der Natur- und Heimatfreunde, 1954 Direktor der Zentralen Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur, 1957 Lehrbeauftragter an der Universität Halle/Saale für Urgeschichte, Museumskunde und Kulturgeschichte, 1958–1961 Chefredakteur der Zeitschrift *Neue*

und damit Grenzbereiche der Denkmalpflege. Das betreffende Kapitel, das zunächst „Heimatkundlicher Kreiskatalog“ heißen sollte, lag den Konservatoren vor und sollte nun gemeinschaftlich beraten werden. Der Beratung war jedoch bereits eine Vorarbeit seitens der Zentrale vorausgegangen, da auf der Konservatorenbesprechung „die Vorschläge, die in einer früheren Beratung der Mitarbeiter der Zentrale auf Grund der Stellungnahmen der Kollegen Boecking und Dr. Müther ausgearbeitet worden waren“, nun zur Diskussion gestellt wurden.²⁹⁵

Knorr hatte den Denkmalpflegern sein Manuskript mit der Bitte um eine Stellungnahme zugesandt. Diese sahen sich nun mit der Situation konfrontiert, möglichst schnell auf ein Dokument reagieren zu müssen, das in Kürze veröffentlicht werden sollte. Die Publikation sollte auch eine methodische Anleitung beinhalten, was einen Eingriff in die Arbeit der Denkmalpfleger bedeutet hätte. Knorr ging es in seinem Werk vorrangig um die Inventarisierung der heimatkundlichen Bestände und um die Formulierung von Standards, die eine effizientere sowie eine qualitativ höherwertige Sammlung und Sichtbarmachung der Bestände zum Ziel hatten. Die Befürchtung, dass Knorrs heimatkundlicher Kreiskatalog die denkmalpflegerische Inventarisierungsarbeit obsolet erscheinen lassen könnte oder der Arbeit der Denkmalpfleger eventuell sogar schaden könnte, erzwang, aus der Sicht der Konservatoren, ein schnelles Handeln.

Auch wenn Hans Müther die Zusammenarbeit mit den Heimatmuseen begrüßte, lässt sich am Agieren der Denkmalpfleger – ablesbar aus dem Besprechungsprotokoll – erkennen, dass diese wohl fürchteten, die Kontrolle über ihr Themenfeld und damit letztlich auch ihre fachliche Expertise und Existenzgrundlage zu verlieren. So bestand zwischen den Denkmalpflegern Übereinstimmung darin, möglichst schnell Kontakt zu Knorr aufzunehmen, da man sich darüber unklar war, ob dessen Arbeit bereits kurz vor der Drucklegung stand. Müther und Nadler sollten sich deshalb zu einer Besprechung mit Knorr in Verbindung setzen und möglichst die Interessen der Konservatoren und damit auch der staatlichen Denkmalpflege wahren.

Dem veröffentlichten Werk Knorrs ist bereits aus der Einführung zu entnehmen, wie nah sich Heimatschutz und Denkmalpflege insbesondere im Hinblick auf ihre kulturpolitische und ideologische Bedeutung und auf ihre Nutzbarmachung im Zeichen des Sozialismus standen. So schrieb Knorr in seiner Einführung zur Bedeutung des Heimatschutzes, dass „[d]er Aufbau unserer neuen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik [...] nicht nur durch die politi-

Museumskunde. Vgl. https://research.uni-leipzig.de/agintern/CPL/PDF/Knorr_Heinz.pdf [letzter Zugriff: 25.03.2021].

²⁹⁵ Vgl. BArch, DR 1/8028, fol. 131–132, Konservatorenbesprechung vom 04.12.1956.

tischen und ökonomischen, sondern auch durch die kulturellen Verhältnisse bestimmt“²⁹⁶ werde. Weiter heißt es:

„Die Formung der sozialistischen Kultur stellt die Heimatmuseen vor die neuen Aufgaben, mit Hilfe ihrer spezifischen und hervorragend geeigneten Mittel zur Bildung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen beizutragen und dazu selbst eine sichtbare Form des neuen Bewußtseins zu werden.“²⁹⁷

Ebenso wie für die Denkmalpflege stellte für den Heimatschutz die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung bzw. eines neuen politischen Systems die Chance einer umfangreichen Bedeutungsaufwertung dar. Dabei hatte die Heimat(-schutz)-forschung einerseits den Nachteil, dass sie in engem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stand und bereits während jener Zeit, stärker noch als die Denkmalpflege, politisch instrumentalisiert worden war. Andererseits bestand der Vorteil, dass sie durch die Begriffe Heimat, Nation und Tradition stärker als die um die tatsächliche bauliche Substanz bemühten Denkmalpfleger umfangreich für die auch von Knorr beschriebene Bewusstseinsbildung zur Verfügung stand.

Anlass und Ausgangspunkt für Knorrs Publikation waren in erster Linie die *Anordnung über die Arbeit in den Heimatmuseen* vom 30. Juni 1955, die darauf folgende Anordnung über die *Erfassung und Sicherung des staatlichen Eigentums im Bereich der Organe der staatlichen Verwaltungen und staatlichen Einrichtungen – Inventurrichtlinien* vom 27. September 1957 sowie die Anordnung zur *Inventarisation der musealen Objekte* vom 30. Oktober 1957.

Insbesondere die letztgenannte Anordnung vom 30. Oktober 1957 gibt Aufschluss über die bereits etablierte regionale Struktur²⁹⁸, auf die die Arbeit der

296 Heinz Arno Knorr: *Inventarisation und Sammlung in den Heimatmuseen*, Halle 1957, S. 7.

297 Ebd.

298 Vgl. hierzu § 16 der Anordnung vom 30.10.1957. Auch im Hinblick auf die Heimatforschung nennt Knorr das institutionelle Netzwerk, dessen Unterstützung für die Schaffung einer heimatkundlichen Kreiskartei unabdingbar war. Für die Erforschung der „heimatkundlichen Werte“ nannte Knorr neben den Instituten für Denkmalpflege die Forschungsstellen an den Staatlichen Museen für Ur- und Frühgeschichte, die Institute für Landesforschung und Naturschutz, das Institut für Volkskunstforschung, die Bezirks- und Kreiskommissionen der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, die Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes sowie die Institute für die Erforschung der Geschichte der Technik. Vgl. Heinz Arno Knorr: *Inventarisation und Sammlung in den Heimatmuseen*, S. 86–88. Sowie: Anordnung über die Erfassung und Sicherung des staatlichen Eigentums im Bereich der Organe der staatlichen Verwaltung und staatlicher Einrichtungen – *Inventarisation der musealen Objekte*. Vom 30. Oktober 1957, in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 70 vom 18. November 1975*, S. 572–574.

Heimatforscher zurückgreifen konnte. In jedem Bezirk der DDR gab es mindestens eine staatliche Kontaktstelle, die vorrangig dafür zuständig war, Nachweise musealer Objekte auszustellen, die aber zugleich inhaltlich mit den, zum Großteil ehrenamtlichen, Heimatforschern in Verbindung stand. Von dieser Art eines institutionellen Netzwerkes konnten die Konservatoren der staatlichen Denkmalpflege hingegen nur träumen.

Müther und Nadler waren in ihrer Einflussnahme auf die Publikation scheinbar erfolgreich: Der Titel des Kapitels „Heimatkundlicher Kreiskatalog“ wurde in „Aufgaben der Heimatforschung und ihre Organisation“ abgeändert und es wurde darüber hinaus sowohl auf bereits erschienene Publikationen von Müther und Nadler verwiesen als auch wurden diese als Grundlage der Arbeit der Heimatforscher auszeichnet; damit wurden die Standards der Denkmalpflege aufgegriffen. Zugleich betonte Knorr, dass „die denkmalpflegerische Arbeit kaum einen Niederschlag in der Sammlung des Museums“ fände, man „aber die Heimatkunde als Ganzheit erfassen“ und sich daher auch dieser Arbeit annähern bzw. sich damit auseinandersetzen müsse.²⁹⁹ Die sich „dabei ergebenden Überschneidungen“ beschrieb Knorr als „fördernd und nicht hemmend“.³⁰⁰

Aufgabe und Funktion der heimatkundlichen Kreiskarteien sollte die Schaffung einer Art von Bestandskatalog sein, der alle „nachweisbaren und noch gegenwärtigen heimatkundlichen Werte als bewegliche und unbewegliche Kulturdenkmale bzw. Kulturgüter“³⁰¹ erfassen sollte. Dabei unterschied Knorr zwischen Kulturwerten und Kulturdenkmälern und erläuterte, dass Kulturdenkmale nur nach eingehender Prüfung durch die Institute für Denkmalpflege zu solchen werden bzw. als solche deklariert werden könnten, da es sich sonst lediglich um Objekte handeln würde, denen man Kulturwerte attestieren könne. Die Museen würden hingegen „Kulturwerte im weitesten Sinne des Wortes“ sammeln und daher, folgt man Knorrs Argumentation, gar nicht den Zuständigkeitsbereich der Denkmalpfleger beanspruchen oder überschreiten.³⁰²

Dennoch widmete sich Heinz Arno Knorr eingehend den „Kulturdenkmälern im Sinne der Denkmalschutzverordnung“ und den Denkmalarten; dabei verwies er auf die Denkmalschutzverordnung, auf Hans Müthers „Merkblatt für die Erfassung der Kulturdenkmale“ von 1955 sowie auf Hans Nadlers Aufsatz „Museum und Denkmalpflege“³⁰³. Sowohl durch den Verweis auf Müthers Erfassungsmerk-

²⁹⁹ Vgl. Heinz Arno Knorr: Inventarisation und Sammlung in den Heimatmuseen, S. 92.

³⁰⁰ Vgl. ebd., S. 93.

³⁰¹ Ebd., S. 85.

³⁰² Vgl. ebd., S. 93.

³⁰³ Hans Nadler: Museum und Denkmalpflege, in: Gertrud Rudloff-Hille (Hrsg.): Hilfsbuch der Museumsarbeit, Dresden 1953, S. 161–169.

blatt als auch durch die Nennung von Nadlers Aufsatz verdeutlichte Knorr die Nähe von Heimatschutz und Denkmalpflege, die letztlich doch miteinander in Verbindung stünden und nicht losgelöst betrachtet werden könnten. Es gäbe weit aus mehr als bloße „Überschneidungen“, wie Knorr zu betonen versuchte. Bereits Nadler hatte in seinem Aufsatz die Nähe von Denkmalpflege und Heimatmuseen erläutert, den Nutzen dieser fachlichen Wechselbeziehung für die Denkmalpflege betont und am Beispiel von Schirgiswalde aufgezeigt (vgl. hierzu Kapitel 3.3.3, Vertrauensmann Carl Swoboda), dass diese erste Früchte trüge. Allerdings hatte Nadler sich dezidiert auf die Heimatmuseen bezogen. Er sah diese vorrangig als eine Art institutionellen Mechanismus zur besseren Popularisierung der Arbeit der staatlichen Denkmalpflege sowie als Ort der Quellen- und Materialsammlung für die Geschichte einer Gemeinde, einer Stadt oder geografischen Gegend. Sie waren aus seiner Sicht eine vor allem helfende Unterstützung für die staatliche Denkmalpflege. Knorr hingegen sah die Heimatforschung weitaus komplexer und vielfältiger, weshalb die Tätigkeit der Denkmalpfleger für ihn nur einen relativ kleinen Teil seiner Arbeit auszumachen schien. In der Heimatforschung sah er vor allem das Potenzial für eine umfangreiche Einflussnahme auf die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, woraus eine massive Aufwertung der Heimatbewegung folgen würde. Die Denkmalpflege hingegen war für Knorr – im Gegensatz zu den Ausführungen Nadlers – nur ein Ausschnitt oder Teilbereich dessen, was Heimatschutz, Heimatpflege oder Heimatforschung ausmachen sollte.

3.3.3 Planlose Denkmalpflege?

Insbesondere für die DDR-Denkmalpflege der 1950er Jahre wird häufig eine gewisse Planlosigkeit³⁰⁴ oder eine Überforderung der wenigen Mitarbeiter konstatiert³⁰⁵, was beides die Durchsetzungsfähigkeit denkmalpflegerischer Tätigkeiten – auch retrospektiv betrachtet – als schier unmöglich erscheinen lässt.³⁰⁶ Dass trotz der zahlreichen politisch-ideologischen Diskussionen und des stetigen Wandels staatlicher Strukturen die institutionelle Denkmalpflege in der DDR wirksam werden konnte – auch in für sie schwierigen Zeiten – soll im Folgenden dargelegt werden. Eine Ursache für eine erfolgreiche Denkmalpflege kann in den verschiedenen Netzwerken gefunden werden, auf die sich die institutionelle

³⁰⁴ Planlos erschien die Denkmalpflege in den 1950er Jahren häufig auch den Zeitgenossen, wie aus der Tagespresse ersichtlich wird, beispielsweise anhand der Artikel im Neuen Deutschland: „Pflegt und achtet unsere Kulturdenkmale“ vom 09.01.1952, S. 1 oder „Gibt es einen Fall Sanssouci“ (O.V.) vom 12.02.1952, S. 4.

³⁰⁵ Vgl. Hans Berger: Tendenzen in der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Jg. 49 (1991), S. 2–8, hier S. 3.

³⁰⁶ Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 274–276.

Denkmalpflege immer wieder berufen konnte; sie sorgten, durch ihr (weitestgehend) von politischen Entscheidungen unabhängiges Bestehen, für Stabilität und ermöglichen auf diese Weise die Umsetzung denkmalpflegerischer Ziele. Bei diesen Netzwerken handelte es sich vor allem um die ehrenamtlichen Denkmalpfleger, die den einzelnen Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege als „Vertrauensmänner für Denkmalpflege“³⁰⁷ zugeordnet waren und sich aktiv vor Ort in den Kreisen der Bezirke für den Denkmalbestand einzusetzen. Doch obwohl diese Vertrauensleute für eine aktive Denkmalpflege und für einen wirksamen Denkmalschutz in der DDR unerlässlich waren, werden sie in den Quellen und zeitgenössischen Publikationen nur selten namentlich erwähnt. Wer in welcher Region tätig war und welche Objekte und Projekte von den Vertrauensleuten betreut oder begleitet wurden, bleibt häufig unklar. Eine Ausnahme bildet dabei das Netzwerk der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Arbeitsstelle Schwerin. Nach ihrer (Neu-)Gründung im Jahr 1957 publizierte die Arbeitsstelle in nahezu regelmäßigen Abständen sogenannte Mitteilungen an ihre Vertrauensleute.

Das genannte Netzwerk an Vertrauensleuten wird zunächst anhand der Arbeitsstelle Schwerin aufgezeigt, bevor der Blick geweitet und auf die ehrenamtlichen Denkmalpfleger der Arbeitsstellen Nord (Potsdam und Frankfurt/Oder) sowie Dresden gerichtet wird; diese beiden Arbeitsstellen werden detaillierter dargestellt und bezüglich ihrer Arbeitsweise und ihres Handlungsspielraum – auch hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der jeweiligen Arbeitsstelle des IfD – untersucht. Durch die Mitteilungen des Schweriner Instituts sind die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ihre Tätigkeiten, ihr Engagement ebenso wie ihre Verbindung zum Institut für Denkmalpflege relativ kontinuierlich dokumentiert und können als Grundlage zur Bewertung deren Stellenwertes für die Denkmalpflege in der DDR dienen. Für die anderen Bezirke ist ein derartiges Publikationsorgan – nach bisheriger Recherche – nicht nachweisbar, sodass die ehrenamtlichen Denkmalpfleger oft namenlos bleiben (müssen). Ergänzt werden diese Berichte aus den offiziellen Mitteilungen durch weitere Quellen aus Archiven und Nachlässen, die sich zum Teil noch in privatem Besitz befinden.

³⁰⁷ Die Bezeichnung ehrenamtliche Denkmalpflege war lange Zeit unklar, auch diesbezügliche Rechte bzw. Berechtigungen wurden erst mit der Verordnung von 1961 geregelt. Neben der Bezeichnung Vertrauensmann gab es für die ehrenamtlichen Mitarbeiter auch die Anrede als Vertrauensleute. Im Folgenden wird vorrangig der Begriff Vertrauensleute verwendet, da es auch Denkmalpflegerinnen gegeben hat. Diese waren jedoch eher eine seltene „Erscheinung“, wie auch die Ausführungen zu Käthe Rieck zeigen werden, die dezidiert als „Vertrauensmann“ bezeichnet wurde. Vgl. Walter Ohle: Käthe Rieck zum 40jährigen Dienstjubiläum, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 1–2.

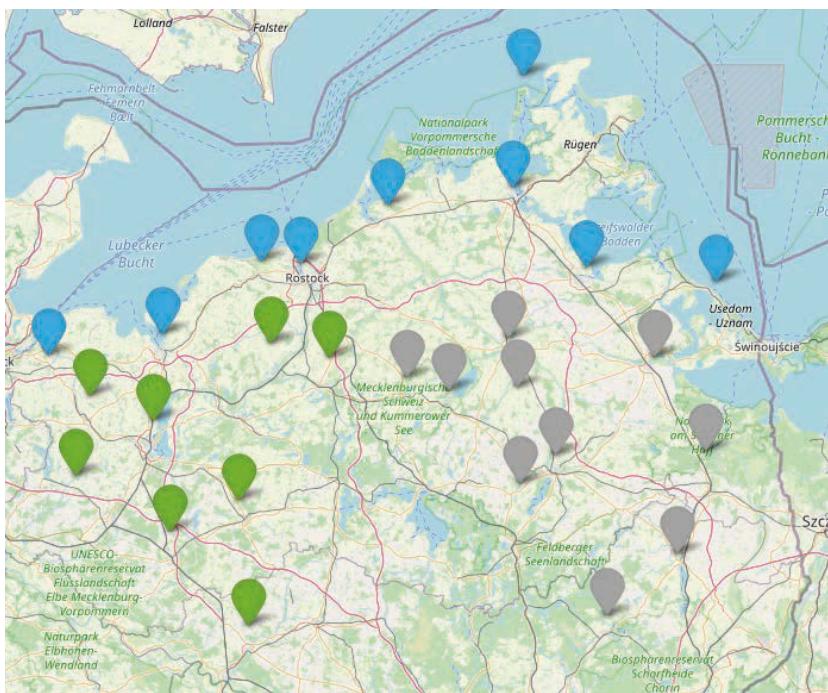


Abb. 16: Verteilung der ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege der Schweriner Arbeitsstelle (grün: Bezirk Schwerin, blau: Bezirk Rostock, grau: Bezirk Neubrandenburg)

Die Arbeitsstelle Schwerin des Instituts für Denkmalpflege war für die drei Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, die insgesamt aus 36 Kreisen bestanden, zuständig. Aus einer Auflistung der Vertrauensleute für Denkmalpflege, die der Arbeitsstelle Schwerin zugeordnet waren, geht für das Jahr 1960 hervor, dass 27 Vertrauensleute aktiv tätig waren. Sowohl Anzahl als auch geografische Verteilung dieser Freiwilligen zeigen, dass es sich um ein gut ausgebautes Netzwerk handelte (Abb. 16 sowie auf folgender Seite Abb. 17).

1957 veröffentlichte die Arbeitsstelle Schwerin erstmals deren Mitteilungen an die Vertrauensleute in den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, ausgelöst durch die vorangegangene Rückführung der Arbeitsstelle von Berlin nach Schwerin. Das Schweriner Institut versuchte auf diese Weise, seine ehrenamtlichen Mitarbeiter miteinander in Kontakt zu bringen, regelmäßig über denkmalpflegerische Maßnahmen und Treffen zu berichten und vor allem denkmalpflegerische Standards zu vermitteln, die sowohl die Denkmalerfassung als auch die praktische Baudenkmalflege betrafen. Insbesondere aus dem einleitenden

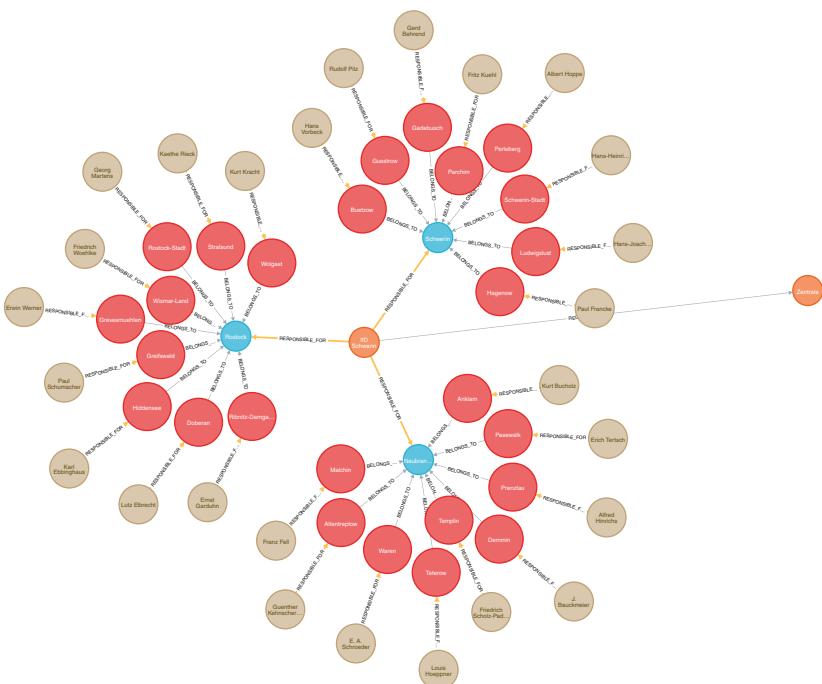


Abb. 17: Gefüge der ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege der Schweriner Arbeitsstelle in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock, Schwerin (hellbraun: Ehrenamtliche Vertrauensleute, rot: Kreis/Zuständigkeitsbereich, blau: Bezirk, orange: IfD, Arbeitsstelle Schwerin und Zentrale)

Kommentar zur ersten Veröffentlichung wird ersichtlich, dass sich die Arbeitsstelle Schwerin auf ein Netzwerk verlassen konnte, das sich dem Denkmalbestand in den nördlichen Bezirken in beeindruckender Weise annahm.³⁰⁸ Den Anspruch, den die staatlichen Denkmalpfleger mit den regelmäßig erscheinenden Mitteilungen verbanden, definierten sie ebenfalls in dieser ersten Veröffentlichung, indem sie zum Ausdruck brachten, dass „die Verbindung zwischen unserer

308 So heißt es dort: „Ferner geben wir hier eine Übersicht über alle zur Zeit laufenden Arbeiten der Denkmalpflege, aus der hervorgeht, daß es uns auch in der recht kurzen Zeit seit der Verlegung der Außenstelle nach Schwerin gelungen ist, bereits eine ansehnliche Anzahl von denkmalpflegerischen Arbeiten in Gang zu bringen.“ Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1, S. 1.



Abb. 18: Burg Schlitz, 1987

Außenstelle und ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern noch enger³⁰⁹ werden sollte. Dem Ziel, die Mitteilungen in möglichst regelmäßigen vierteljährlichen Abständen zu veröffentlichen, konnte die Arbeitsstelle im Verlauf der Jahre jedoch nicht konsequent nachkommen. Dennoch waren die Mitteilungen als Medium des Austausches von nicht zu unterschätzender Bedeutung und zeugen von der organisierten, ehrenamtlichen Denkmalpflege innerhalb der DDR.

Insbesondere während der Interimszeit, als die Schweriner Arbeitsstelle – statt in den Nordbezirken – in Berlin beheimatet war, hatte das Netzwerk aus Vertrauensleuten vor Ort eine enorme Bedeutung. Dies kann am Beispiel der sogenannten Burg Schlitz in der Mecklenburgischen Schweiz aufgezeigt werden. Nicht zuletzt durch den Vertrauensmann Heinrich Timm aus Teterow wurde die Burg, bei der es sich eigentlich um ein Herrenhaus handelte, bereits in den 1950er Jahren zur Erfolgsgeschichte der Denkmalpflege und zu einem Prestigeobjekt (Abb. 18).

Der Arbeitsstellenleiter Walter Ohle hatte die Burg 1949 bei einer Ortsbesichtigung in desaströsem Zustand vorgefunden. Ohle hatte daher zunächst wenig Hoffnung, dass für dieses Objekt ein geeigneter Rechtsträger gefunden werden könnte, der das Gebäude in denkmalgerechter Weise instand setzen würde. Trotz aller Skepsis konnte aber 1950 „eine Stelle“ gefunden werden, „die gewillt war, das

³⁰⁹ Ebd.

Gebäude zu übernehmen“.³¹⁰ Der angenommene Glücksfall entpuppte sich jedoch schnell als Albtraum, da das neu angedachte Nutzungskonzept dem Denkmal widersprach und zahlreiche Umbauten erforderlich werden sollten, die der noch vorhandenen Substanz zusätzlich geschadet hätten. Ohle führte aus, dass „[n]ach einer überstürzten Planung [...] der gesamte Mitteltrakt total verändert werden“ sollte und man, noch bevor die Denkmalpflege davon in Kenntnis gesetzt worden war, „[...] mit dem Umbau bereits begonnen und als erstes die Freitreppe des Mittelbaus schon abgebrochen und abtransportiert“ habe.³¹¹ Anhand undatierter Pläne³¹², erstellt durch das „EBM Schwerin“³¹³, können die Umbaumaßnahmen und deren Umfang ansatzweise nachvollzogen werden. So war für die Burg zunächst eine Nutzung als Schule angedacht, die neben einer Neufassung der Freitreppe des Mittelbaus auch je eine weitere Freitreppe zu den Nebenflügeln vorsah. Das erste Obergeschoss sollte dann einen großen Speisesaal im Mittelbau beherbergen sowie zwei große Eingangshallen in den Nebenflügeln, die durch einen Flur mit dem Speisesaal in Verbindung stehen sollten. Im restlichen Gebäude waren neben Arbeitsräumen für Schulleiter und Lehrer auch Klubräume sowie eine Bücherei vorgesehen. Anhand der Pläne ist ersichtlich, dass die Eingriffe in die Bausubstanz sowohl im Gebäudeinneren als auch im äußeren Erscheinungsbild massiv gewesen wären. Nachdem von dieser Nutzung, nicht nur wegen des Einspruchs der Denkmalpflege, sondern auch wegen mangelnder Finanzierung, abgesehen wurde, musste eine neue Verwendungsmöglichkeit gefunden werden, um den Bau als Denkmal zu sichern und zu erhalten. Nach Ohles Ausführungen war es vor allem dem Vertrauensmann Heinrich Timm aus Teterow zu verdanken, dass diese Suche erfolgreich verlief:

„Damals war es der unermüdlichen Überzeugungsarbeit unseres kürzlich verstorbenen Vertrauensmannes in Teterow, Heinrich Timm, zu verdanken, daß der Rat des Kreises den Beschuß faßte, das Gebäude als Landespflegeheim einzurichten und damit Haus und Park dem Allgemeinwohl nutzbar zu machen.“³¹⁴

³¹⁰ Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 4–6.

³¹¹ Vgl. ebd.

³¹² Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Pflegeheim, Pläne [1950er] 14(3).

³¹³ 1950 wurde das Volkseigene Entwurfs- und Bauleitungsbüro Mecklenburg (= EBM) mit Sitz in Schwerin und einer Zweigstelle in Rostock gegründet und war Vorläufer der späteren Entwurfsbüros für Hochbau bzw. des VEB Hochbauprojektierung. Vgl. Frank Betker: Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Stuttgart 2005, S. 161.

³¹⁴ Walter Ohle: Die Restaurierung des klassizistischen Schlosses Burg Schlitz, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 4–6.

Verschiedene Vertreter des Kreises und des Bezirks trafen sich im Juni 1953, um sich über das Bauprogramm und die Bauausnutzung des künftigen Pflegeheims zu verständigen. Besprochen wurden dabei vorrangig der Innenausbau und die Nutzung der Räumlichkeiten entsprechend den Anforderungen und Bedürfnissen, die an ein Pflegeheim gerichtet wurden.³¹⁵ Über ein halbes Jahr später, im Februar 1954, besichtigte Ohle erneut das ehemalige Herrenhaus zusammen mit einem Vertreter des Rats des Bezirks, um die aus denkmalpflegerischer Sicht notwendigen Instandsetzungen zu besprechen.³¹⁶ Durch die bereits erfolgten Umbauten für die angedachte Schulnutzung mussten vorrangig ein Rückbau der Innenraumgestaltung erfolgen sowie bereits entnommene Türen wieder eingebaut und Tapeten, Deckenmalereien und der Säulengang wiederhergestellt bzw. gesichert werden. Im Hinblick auf die Instandsetzungsmaßnahmen beauftragte der Leiter der Arbeitsstelle Schwerin den Vertrauensmann Heinrich Timm mit der Sicherstellung eines vermeintlichen Schinkel-Ofens und eines Ofenaufsatzen. Auf der Grundlage der Besichtigung des Baudenkmales konnte bereits im März 1954 die Bauerlaubnis für den beauftragten Umbau erteilt werden.³¹⁷ Die Bauabnahme erfolgte nur ein Jahr später, im Mai 1955, obgleich die „Herrichtung des historischen Rittersaals in den ursprünglichen Zustand“³¹⁸ noch nicht abgeschlossen war.

Timm beaufsichtigte die Arbeiten und meldete Veränderungen am Denkmal an die Arbeitsstelle Schwerin. Er hatte nicht nur das neue Nutzungskonzept vorgeschlagen, sondern hielt auch Kontakt zu den verschiedenen verantwortlichen Behörden und wurde für die Umsetzung kleinerer dortiger Arbeiten vom IfD-Schwerin beauftragt. Aus einem Schreiben Timms wird aber auch deutlich, dass er seiner eigenen Arbeit mehr Spielraum bzw. Weisungsbefugnis zusprach, als ihm eigentlich zukam. Timm bezeichnete sich darin als „Baumeister, Denkmalpfleger

315 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Protokoll zur Beratung vom 10.06.1953 über das Bauprogramm und die Bauausnutzung des künftigen Pflegeheims Burg Schlitz. Anwesende: der Bezirksarzt Beier, Bezirkshygieniker Edel mit zwei Vertretern des Kreisentwurfsbüros Malchin sowie der Kreisverwaltung Teterow, der Sozialfürsorge des Rats des Bezirks, einem Vertreter des Kreispflegeheims Golz sowie Vertretern des Kreisentwurfsbüros Bez. Zentrale Neubrandenburg mit der Abteilung „Arbeit und Berufsausbildung“, Planträger des Rats des Kreises.

316 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Bericht über die Besichtigung am 11.02.1954 von Walter Ohle und Kollegen Mach, Rat des Bezirks Neubrandenburg, abgestempelt vom VEB Entwurfsbüro Malchin.

317 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Bauerlaubnis vom 11.03.1954. Rückseite des Schreibens: „Besondere Bedingungen: [...] Auf Grund des Protokolls vom 12.02.54, in welchem Herr Dr. Ohle vom Institut für Denkmalpflege die Umbauarbeiten des ehem. Schlosses „Burg Schlitz“ festgelegt hat, wird von uns die Bauerlaubnis gegeben.“

318 Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Gebrauchsabnahmeschein vom 12.05.1955.

f. Kreis Teterow“, woraus nicht ersichtlich wird, dass er lediglich ehrenamtlich für die Arbeitsstelle Schwerin tätig war und keine Entscheidungsbefugnis besaß. An den Rat des Kreises gewandt gab Timm dennoch seine „Zustimmung dazu, daß unter der Freitreppe des Mittelbaues des Schlosses ein Kohlenlager gebaut“³¹⁹ werden könne. Obgleich er hier seine Befugnisse überschritt, war das Handeln des ehrenamtlichen Denkmalpflegers bezüglich der Burg Schlitz für das Institut in Schwerin eine enorme Unterstützung und führte dazu, dass der einst desaströse Zustand des Bauwerks in wenigen Jahren überwunden werden konnte.

Entscheidend für die gute Betreuung vor Ort waren nicht nur der regelmäßige Kontakt bzw. Austausch zwischen Vertrauensleuten und institutionellen Denkmalpflegern, sondern auch der fachliche Austausch, der durch regelmäßige Berichterstattungen, Tagungen und gemeinsame Exkursionen erfolgte. Bereits die erste Tagung für Vertrauensleute der Arbeitsstelle Schwerin in Putbus fand 1957 „nur wenige Tage nach der Verlegung der Außenstelle an ihren alten Dienstsitz Schwerin“³²⁰ statt und brachte damit zugleich den Stellenwert des Austausches zwischen den institutionellen Denkmalpflegern und den ehrenamtlichen Vertrauensleuten zum Ausdruck. Neben der fachlich-historischen Auseinandersetzung mit dem Tagungsort Putbus stand vor allem die „listenmäßige Erfassung der unter Denkmalschutz stehenden Substanz“³²¹ im Fokus der Tagung. Walter Ohle betonte vor allem die Schwierigkeiten bei der Inventarisierung, die sich vorrangig aus der „großen Zahl der Objekte“³²² und der geringen Mitarbeiterzahl ergeben würden, und verglich seine Arbeitsstelle mit dem Dresdener Institut:

„Die Außenstelle Dresden unseres Instituts hat schon seit vielen Jahren die Listenaufstellung mit Hilfe umfangreicher Fragebogen durchgeführt. Sie kann sich dabei auf eine Zahl von fast 200 Mitarbeitern im Lande stützen. Trotzdem glaube ich, daß das dabei eingekommene Material wegen der Kompliziertheit der Fragebögen sehr unterschiedlich sein muß und daher eine systematische Überprüfung doch erforderlich bleibt.“³²³

³¹⁹ Kreisarchiv Landkreis Rostock, Aktentitel: Burg Schlitz, Schreiben des Vertrauensmanns f. Denkmalpflege vom 14.04.1956 an den Rat des Kreises, Abt. Arbeitslenkung, betreffend Burg Schlitz.

³²⁰ Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1, S. 1.

³²¹ Ebd., S. 7.

³²² Ebd.

³²³ Ebd., S. 7–8.

Ohles Vergleich mit der Dresdener Arbeitsstelle zeigt, dass sich die Arbeitsstellen untereinander – auch durch die regelmäßigen Konservatoiresitzungen – von den Entwicklungen und Arbeiten in den jeweiligen Bezirken in Kenntnis setzten, sie sich aber auch miteinander verglichen; nicht zuletzt, um den Stellenwert der eigenen Arbeit zu bemessen und zu legitimieren. Die Tätigkeit der jeweils anderen Arbeitsstelle wurde dabei durchaus kritisch betrachtet, wie man Ohles Äußerungen entnehmen kann. Zugleich war die Arbeit der Dresdener Kollegen auch ein Anreiz, die listenmäßige Erfassung des Denkmalbestandes in den Nordbezirken weiter voranzutreiben. Wenngleich „die karteimäßige Erfassung in wesentlich vereinfachter Form“³²⁴ erfolgen sollte.

Diesen jährlich stattfindenden Lehrgängen kam eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur, weil sie den Austausch zwischen den Vertrauensleuten untereinander sowie zwischen diesen und der Schweriner Arbeitsstelle förderten, sondern auch, um einen gewissen Qualitätsstandard in der Arbeitsweise der Ehrenamtlichen gewährleisten zu können. Während sich die genannte Tagung für die Vertrauensleute der Arbeitsstelle Schwerin von 1957 in Putbus vorrangig mit der listenmäßigen Erfassung der Denkmale beschäftigt hatte, setzte sich der Lehrgang drei Jahre später in Güstrow auf theoretischer und politisch-ideologischer Ebene mit den „gegenwärtigen Aufgaben der Denkmalpflege“ sowie auf praktischer Ebene mit der „Beihilfeordnung und Vorplanung denkmalpflegerischer Maßnahmen“ auseinander.³²⁵ Im Folgejahr, 1961, fand der Lehrgang in Stralsund und Greifswald statt und hatte die Bewahrung ländlicher und historischer Parkanlagen sowie die „umfassende Erhaltung wertvoller historischer Altstädte als zu schützende Einheit“³²⁶ zum Thema. Ergänzend berichteten die Mitarbeiter der Arbeitsstelle über die Denkmalpflege in der Tschechoslowakei, die sie kurz zuvor vor Ort hatten kennenlernen können.

Neben den jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzungen der Tagungen erfolgten auch verschiedene gemeinsame Ortsbesichtigungen zur denkmalpflegerischen Weiterbildung der Ehrenamtlichen. Durch regelmäßige Tagungsevaluierungen hatten auch die Vertrauensleute ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der für sie verpflichtenden Tagungen. Dabei standen vorrangig die Tagungsdauer, die Anzahl der Vorträge und die Themenfelder im Fokus der Befragung.³²⁷ Dieses Vorgehen war jedoch kein Spezifikum der Schweriner

³²⁴ Ebd., S. 8.

³²⁵ Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 7, S. 6.

³²⁶ Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 11, S. 1.

³²⁷ Vgl. O.V.: Fragen im Vorfeld des Lehrgangs 1961, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 11–12.

Arbeitsstelle, sondern wurde ähnlich auch von der Arbeitsstelle Nord, die für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder zuständig war, gehandhabt. Die Arbeitsstelle Nord hatte ihren ersten Lehrgang, ebenfalls 1957, in Diensdorf und führte die Evaluierung vergleichsweise intensiv durch, indem auch die Vortragenden zum Gegenstand der Befragung wurden. Die ehrenamtlichen Denkmalpfleger wurden nach der Verständlichkeit des Vortrags, der Bedeutung des Themas für ihre Arbeit und auch nach der Reproduzierbarkeit des Vortragsthemas selbst befragt. Dabei konnten die knapp 40 Teilnehmer der Tagung auch eigene Themenwünsche und weitere Bemerkungen zum Lehrgang und zu den Vortragenden äußern. Besonders positiv wurde von den Anwesenden der Vortrag von Friedrich Mielke zum „Wiederaufbau der Wilhelm-Staab-Straße“ bewertet, der als besonders „wichtig für die praktische Arbeit“³²⁸ angesehen wurde.

Friedrich Mielke verdeutlichte in seinem Vortrag das Ausmaß und die Auswirkungen der Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, da von den „793 [...] vor dem Kriege registrierten historisch und künstlerisch wertvollen Gebäuden der [Potsdamer] Innenstadt [...] heute nur noch 378“³²⁹ existierten. Darauf basierend erläuterte Mielke die Komplexität des notwendigen Wiederaufbaus, bei dem divergierende Sichtweisen zu Aufbau und Wiederaufbau ein planmäßiges Vorgehen erschweren. Er plädierte dafür, dass „[d]er so häufig genannte Begriff des kulturellen Erbes [...] sich bei Neubauten nicht auf [eine] äußerliche Übernahme historischer Dekorationselemente in kopierter oder abgewandelter Form beziehen [darf, da jede] Zeit [...] ihr eigenes Gesicht [hat und] ihre eigenen Konstruktionsmethoden und Kompositionsgesetze“³³⁰. Am Beispiel der Wilhelm-Staab-Straße erläuterte Mielke den Vertrauensleuten das Vorgehen für „eine Wiederherstellung der historischen Situation“, wobei er vor allem die Orientierung an erhaltenen Grundrissstrukturen, bei denen man „nicht mit Typengrundrissen operieren“ könne, sowie die Sicherung von plastischen Teilen betonte.³³¹ Für die teilnehmenden Vertrauensleute verdeutlichte Mielke auf diese Weise nicht nur die Komplexität und die Bedeutung denkmalpflegerischer Fragestellungen innerhalb des Wiederaufbauprozesses, sondern erläuterte auch die praktische Umsetzung, ohne die Schwierigkeiten unberücksichtigt zu lassen.

Anhand von drei exemplarisch ausgewählten Personen sollen anschließend die Arbeitsweise und das Engagement der Vertrauensleute, ihre Motivation und ihr jeweiliger Kenntnisstand wie auch ihr fachlicher Hintergrund nachgezeichnet werden. Dies erscheint im Hinblick auf eine Bewertung ihrer Bedeutung ebenso

³²⁸ BLDAM, L 47/3, Auswertung des 1. Lehrgangs in Diensdorf, 26.–27.01.1957.

³²⁹ BLDAM, L 47/3, Vortrag Friedrich Mielke mit dem Titel „Der Wiederaufbau Potsdams und die Wilhelm-Staab-Straße“, o. Pag.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Vgl. ebd.

wichtig zu sein, wie auch bezüglich der Einordnung ihrer Arbeit innerhalb der DDR-Denkmalpflege im Allgemeinen. Die Auswahl der ehrenamtlichen Denkmalpfleger erfolgte aufgrund ihrer regionalen Verteilung und der Quellenlage zu ihrer jeweiligen Tätigkeit.

Im Bezirk Neubrandenburg: Erich Brückner und das Schloss Mirow

Als „Senior“³³² unter den ehrenamtlichen Denkmalpflegern bezeichnete der Arbeitsstellenleiter Walter Ohle den Vertrauensmann Erich Brückner. Brückner, geboren 1881 in Neubrandenburg, studierte von 1902 bis 1908 an den Technischen Hochschulen in München und Charlottenburg. Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums arbeitete er zunächst beim Provinzialkonservator von Sachsen, Robert Hiecke. Dort war Brückner mit der Durchführung denkmalpflegerischer Aufgaben, wie der Bauleitung bei der Restaurierung der Burg Normannstein in Treffurt an der Werra, betraut. 1912 wechselte Brückner als Regierungsbaumeister nach Mecklenburg. In der staatlichen Bauverwaltung verblieb er bis zu seiner Pensionierung mit 67 Jahren. In der Folgezeit engagierte er sich als ehrenamtlicher Denkmalpfleger und war als solcher insbesondere in Neubrandenburg tätig.

Brückners Erfahrungen und Kenntnisse waren für die sich etablierende institutionelle Denkmalpflege unverzichtbar. Obwohl sich der „Senior“ aus seinen beruflichen Tätigkeiten eigentlich hatte zurückziehen wollen³³³, stand er für verschiedene ehrenamtliche Aufgaben zur Verfügung, bei denen er sich insbesondere für den Wiederaufbau Neubrandenburgs einsetzte.

Schloss Mirow

Bereits in den Jahren zuvor, von 1948 bis 1952, hat Erich Brückner sich als ehrenamtlicher Mitarbeiter des Landesamtes für Denkmalpflege unter der Leitung von Heinz Mansfeld engagiert. In der Veröffentlichung „Denkmalpflege in Mecklenburg. Jahrbuch 1951/52“ berichtete Brückner von der Wiederherstellung des Schlosses Mirow und seiner neuen Nutzung als Landesaltersheim (siehe Abb. 19 und Abb. 20 auf den folgenden Seiten).³³⁴ Anhand dieses Textes werden vor allem die Unterschiede in der Vorgehensweise bei der Wiederinstandsetzung zwischen Schloss Mirow und Burg Schlitz deutlich. Obwohl beide Gebäude eine neue Nutzung als Altersheime erfahren sollten, zeigt sich im direkten Vergleich, wie

³³² Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 3, S. 1–2.

³³³ Vgl. BLDAM, ST 1/5, Fachkommission für Denkmalpflege 1954–1955, Antwortschreiben von Erich Brückner an Gottfried Müller vom 11.03.1954.

³³⁴ Vgl. Erich Brückner: Schloß Mirow wird Landesaltersheim, in: Heinz Mansfeld (Hrsg.): Denkmalpflege in Mecklenburg, Jahrbuch 1951/52, Dresden 1951, S. 144–156.



Abb. 19: Schloss Mirow. Unteres Schloss auf einer Postkarte des 19. Jahrhunderts

unterschiedlich sich denkmalpflegerische Projekte zu einem nahezu zeitgleichen Moment innerhalb einer Region entwickeln konnten.

Das von 1749 bis 1752 erbaute Schloss auf der Halbinsel des Mirower Sees, das von 1753 bis 1760 von Adolf Friedrich IV. ausgebaut wurde, war nach der Fertigstellung des Innenausbaus im Jahr 1761 nahezu ungenutzt geblieben. Nachdem das Gebäude am Ende des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig für militärische Zwecke genutzt worden war und in der direkten Nachkriegszeit als Kornspeicher gedient hatte, entschied die Landesregierung von Mecklenburg im Jahr 1949, das ehemalige Schloss als ein „Landesaltersheim“ neu zu nutzen.³³⁵ Als Bauherr fungierte das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, welches, bis zur Einrichtung des Volks-eigenen Entwurfs- und Baubüros Mecklenburg (EBM) im Jahr 1950, dem Bezirkskonservator für Baudenkmale die Bauleitung übertrug.³³⁶

Während im Falle der Burg Schlitz zunächst die künftige Nutzung unklar gewesen war und durch Walter Ohle und Heinrich Timm erst noch ein Rechts-träger für die Instandsetzung und weitere Verwendung hatte gefunden werden müssen, war für das Schloss Mirow bereits 1949 der Umgang beschlossen worden. Auch durch die kurzzeitige Bauleitung seitens des Bezirkskonservators konnten denkmalpflegerische Zielstellungen von Beginn an geplant, kommuniziert und

³³⁵ Vgl. ebd., S. 145.

³³⁶ Vgl. ebd., S. 149.



Abb. 20: Schloss Mirow, 2011

umgesetzt werden. Bei der Burg Schlitz hingegen lag von Beginn an die Bauleitung beim EBM, welches die angedachte Nutzung als Schulgebäude bereits im Detail plante. Erst die Meldung Heinrich Timms an die Arbeitsstelle Schwerin offenbarte die beabsichtigten schwerwiegenden Veränderungen an der erhaltenen Substanz, die das Eingreifen Ohles erforderten und eine andere Nutzung, als Altersheim, als geeignete Option ins Gespräch brachte. Allerdings darf nicht unbeachtet bleiben, dass der Erhaltungsgrad des Schlosses auf der Halbinsel am Mirower See wesentlich besser war als derjenige der Burg Schlitz, deren Zustand Ohle 1949 noch als desaströs beschrieben hatte.

Zusätzlich war im Fall des ehemaligen Schlosses, aufgrund umfangreicher Planungen, eine gezielte Beteiligung geeigneter Bau- und Handwerksfirmen aus der gesamten Republik möglich, wodurch eine Instandsetzung im Sinne des Denkmals realisiert werden konnte. Insgesamt wurde die Wiederherstellung von zwölf Zimmern des Schlosses durch das Landesdenkmalamt Mecklenburg finanziert und durchgeführt, wobei acht der zwölf Räume als historische bzw. museale Räume genutzt und nur die übrigen vier Zimmer mit Betten ausgestattet wurden, um für das Landesaltersheim genutzt zu werden. Wie die Neo4j-Visualisierung (siehe Abb. 21 auf der folgenden Seite) zeigt, stammten die 13 Handwerks- und Baubetriebe, die am Schloss Mirow arbeiteten, aus mindestens sechs verschiedenen Orten und mindestens drei verschiedenen DDR-Bezirken (Neubrandenburg, Rostock und Erfurt), wodurch zum einen die Notwendigkeit und zum anderen

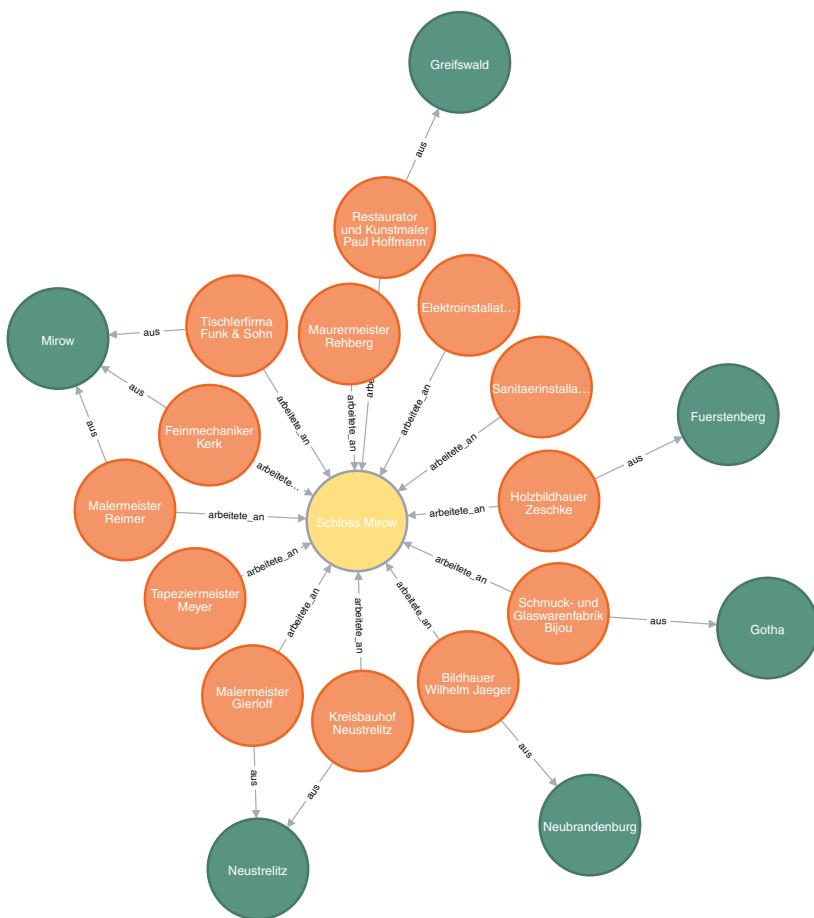


Abb. 21: Akteursgefüge denkmalpflegerischer Maßnahmen am Schloss Mirow.

```

MATCH (d:Denkmal)-[:arbeitete_an]-(u:Unternehmen)-[:aus]->(o:Ort)
RETURN d,u,o;
  
```

die Möglichkeit der überregionalen Zusammenarbeit im Sinne von Denkmalpflege und Denkmalschutz deutlich wird. Zudem zeigt das Beispiel eindrücklich das Vorhandensein eines DDR-weiten Netzwerkes auf, in dem spezifische Fachkenntnisse kommuniziert und abgerufen werden konnten.

Die frühzeitige Entscheidung der Landesregierung Mecklenburg – noch vor der Auflösung der Länderstrukturen und des Landesamtes für Denkmalpflege – für die Umnutzung von Schloss Mirow als Altersheim sowie die zeitweilige Bauleitung durch den Bezirkskonservator sorgten dafür, dass eine denkmalgerechte

Wiederherstellung durchgeführt werden konnte. Auf diese Weise mussten keine weiteren Abstimmungen mit den örtlichen Organen getroffen werden, die letztlich nur für eine Konsensfindung zwischen denkmalgerechtem Umgang und einer Anpassung des Objektes im Rahmen einer neuen Nutzungsmöglichkeit changierten und nicht zwangsläufig eine Anpassung im Sinne eines denkmalgerechten Umgangs meinten.

Im Falle der Burg Schlitz war ihre erfolgreiche denkmalgerechte Wiederherstellung letztlich vor allem der Arbeit von Heinrich Timm als ehrenamtlichem Denkmalpfleger zu verdanken, der alle Vorgänge der Schweriner Arbeitsstelle meldete; dadurch konnte diese häufig gerade noch rechtzeitig auf die Veränderungen reagieren.

Neubrandenburg

Intensive Bemühungen unternahm Erich Brückner als Vertrauensmann für Denkmalpflege im Rahmen des Wiederaufbaus der Stadt Neubrandenburg. Brückner diskutierte 1954 im Beirat für Denkmalpflege mit Architekten und Denkmalpflegern unter anderem über den Wiederaufbau Neubrandenburgs, versuchte auch in der (Fach-)Öffentlichkeit, denkmalpflegerische Belange beim Wiederaufbau der Stadt zu vermitteln und diese im Hinblick auf den zukünftigen Städtebau stark zu machen. In einem Zeitschriftenbeitrag in der *Deutschen Architektur* von 1955 schrieb Brückner unter anderem, dass „Neues in schöpferischer Freiheit als Ausdruck unserer heutigen gesellschaftlichen Situation und Wohnbedürfnisse [entstehen], aber mit Einordnung in das Erhaltene“³³⁷ gestaltet werden müsse. Besonders kritisch beurteilte Brückner in seinem Aufsatz die Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg, da diese nun „kein traditionsgebundener Straßenzug mehr“³³⁸ sei, was Brückner vorrangig auf das Verhältnis von der Straßenbreite zur Bebauung zurückführte.

Auch der Architekt Hanns Hopp problematisierte in der *Deutschen Architektur* den Wiederaufbau der Friedländer Straße, deutlich wird dabei aber dessen kritisches Verhältnis zur Denkmalpflege, da Hopp betonte, dass „[e]ine Wiederherstellung des ehemaligen Zustandes [...], wie es sich der Denkmalpfleger vorstellen mag, nicht in Frage [kommt], denn sie würde mit den Anforderungen heutigen Lebens und Verkehrs nicht in Einklang zu bringen sein“³³⁹. Diese Aussage verdeutlicht Hopps geringes Verständnis für denkmalpflegerische Ideen und Zielstellungen. Ein Wiederaufbau des ehemaligen Zustandes war dabei auch aus

³³⁷ Erich Brückner: Zur Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg, in: *Deutsche Architektur* (1955), H. 7, S. 302–306, hier S. 303.

³³⁸ Ebd., S. 303–306.

³³⁹ Hanns Hopp: Der Wiederaufbau von Neubrandenburg, in: *Deutsche Architektur* (1955), H. 7, S. 293–298, hier S. 296.

denkmalpflegerischer Sicht keine Option. Es ging Brückner und anderen Denkmalpflegern vielmehr um die Bereitschaft zu einer größtmöglichen Sicherung der noch vorhandenen Substanz und um die Rücksichtnahme auf historische Substanz im Stadtraum. So forderte Brückner in seinem Beitrag in der *Deutschen Architektur* nicht den Wiederaufbau des ursprünglichen Zustandes, sondern den Erhalt identitätsstiftender bzw. charakteristischer Merkmale Neubrandenburgs, die insbesondere durch den „mittelalterlichen Stadtplan, mit ihren heimatkundlichen Backsteinbauten und Wehranlagen der Tore, Türme [und] Mauern“ zum Ausdruck kämen. Er plädierte für eine schöpferische Neugestaltung, die Tradition mit neuer fortschrittlicher Entwicklung in Einklang bringen würde, und forderte „Entschlossenheit“ beim Wiederaufbau, um das „wertvolle Baukulturerbe bei der Gestaltung [...] kritisch zu verarbeiten und weiterzuentwickeln“.³⁴⁰

Der Erhalt charakteristischer Wahrzeichen Neubrandenburgs spielte für den Wiederaufbau jedoch eine untergeordnete Rolle. Denn obwohl Brückner schon in seinem Beitrag in der *Deutschen Architektur* die Tore, Türme und Mauern Neubrandenburgs als charakteristische und unbedingt erhaltenswerte Denkmale definierte, konnte dies nicht davor schützen, dass 1956 ein Teil der Stadtmauer einstürzte.³⁴¹

Welche Gedanken Brückner als Leitmotive und Zielstellungen für den Wiederaufbau Neubrandenburgs dienten und welche Bedeutung er dabei der Denkmalpflege zukommen ließ, kann anhand seines Aufsatzes zum „Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert als Grundlage für den Neuaufbau nach 1945“ aufgezeigt werden. Dieser wurde 1971 anlässlich des 90. Geburtstages Brückners in einer gekürzten Fassung in den Mitteilungen der Arbeitsstelle veröffentlicht.³⁴² Brückner beschrieb darin, dass Neubrandenburg, wie viele mittelalterliche Städte, im Verlauf der Geschichte mehrfach zerstört worden ist. Hinsichtlich des Wiederaufbaus im 18. Jahrhundert führte er aus, dass damals an der Straßenführung nichts verändert worden ist, das heißt dass das mittelalterliche Schema aus fünf West-Ost-Straßen und zwei Nord-Süd-Straßen und aus den ebenso schmalen einspurigen Gängen in Nord-Süd-Richtung erhalten geblieben ist. Bezuglich der

340 Vgl. Erich Brückner: Zur Bebauung der Friedländer Straße in Neubrandenburg, S. 306.

341 Vgl. Neubrandenburg, Lkr. Mecklenburgische Seenplatte, eingestürzte Stadtmauer, 1956, LAKD M-V/LD, Ortsakte, Erich Brückner, zitiert nach <https://www.kulturwerte-mv.de/Landesdenkmalpflege/Denkmal-des-Monats/Bisherige-Beitr%C3%A4ge/2017-03-Wiekh%C3%A4user-Neubrandenburg-und-moderner-St%C3%A4dtbau-der-DDR/> [letzter Zugriff: 02.07.2021]. Hier zu finden in der Bilderreihe, Abb. 8.

342 Vgl. Erich Brückner: Der Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert als Grundlage für den Neuaufbau nach 1945, in: Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg (1971), Nr. 20, S. 141–145.

Bebauung konzentrierte sich Brückner auf die erfolgte Aufstockung der Wohnhäuser im Barock sowie auf den Wechsel zwischen trauf- und giebelständigen Häusern im Straßenverlauf. Innerhalb der Stadtgestaltung bzw. Gestaltung von Stadträumen im 18. Jahrhundert bezog sich der Denkmalpfleger vorrangig auf die Neugestaltung des Marktplatzes wie auch des Rathauses.

In seinem Aufsatz zum Wiederaufbau Neubrandenburgs im 18. Jahrhundert versuchte Brückner vermeintliche Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten im Verlauf der Geschichte aufzuzeigen und betonte in seiner Analyse insbesondere Aspekte, die auch beim Wiederaufbau der Stadt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs diskutiert wurden. Brückners Abhandlung erscheint als ein Versuch, die „Richtigkeit“ seiner (denkmalpflegerischen) Ansichten zum Wiederaufbau Neubrandenburgs argumentativ darzulegen und diese mit einer vermeintlichen Geschichtskontinuität zu untermauern. Zusätzlich versuchte Brückner, die Richtigkeit dieser Folgerungen mit seiner eigenen Expertise zu begründen, indem er darauf verwies, dass er „in seiner Eigenschaft als ehrenamtlicher Vertrauensmann für Denkmalpflege in die ‚Ständige Kommission der Stadtverordnetenversammlung‘ berufen“ worden sei, um „über die Pläne zum Wiederaufbau mit zu entscheiden“.³⁴³ Ob er wirklich hat „mitentscheiden“ können, ist fraglich. Allerdings wird seine Expertise notwendig gewesen sein.

Obwohl Brückner in seinem Artikel auf die Beibehaltung des Straßennetzes sowie auf die Abwechslung zwischen den Gebäuden, die sich trauf- oder giebelständig zeigen, verwies und die Vorteile dieser Art des Wiederaufbaus im 18. Jahrhundert deutlich zum Ausdruck brachte, endet dieser Beitrag – im Vergleich zu seinem Aufsatz in der *Deutschen Architektur* von 1955 – durchweg lobend für den Wiederaufbau der Stadt, da der „Besucher der neuen, sozialistischen Stadt Neubrandenburg [...] mit Recht von einem unverwechselbaren Stadtbild sprechen [kann], das im Einklang und als Weiterentwicklung des kulturhistorischen Erbes entstanden [ist]“³⁴⁴. Allerdings kann mit großer Sicherheit ausgeschlossen werden, dass Brückner den Wiederaufbau Neubrandenburgs tatsächlich durchweg als derart gelungen bewertete. Der Unterschied scheint für ihn darin gelegen zu haben, dass seine Forderung von 1955 nach einer kritischen Verarbeitung und Weiterentwicklung des Baukulturerbes zu Lösungen geführt haben mag, die aus der mittelalterlichen Stadt Neubrandenburg eine, aus seiner Sicht, sozialistische Stadt haben entstehen lassen.

343 Vgl. ebd., S. 144.

344 Ebd., S. 145.

Im Bezirk Stralsund: Käthe Rieck und die Altstadt

Aus der Auflistung der Vertrauensleute für Denkmalpflege der Arbeitsstelle Schwerin geht hervor, dass die Gruppe der ehrenamtlichen Denkmalpfleger vorrangig männlich geprägt war – wie auch innerhalb der staatlichen bzw. institutionellen Denkmalpflege nicht anders. Eine Ausnahme bildete Käthe Rieck. Rieck war nicht nur eine ehrenamtliche Denkmalpflegerin, sondern darüber hinaus Museumsdirektorin des Kulturhistorischen Museums in Stralsund. Sie gehörte zu den wenigen Frauen, die sich für die Denkmalpflege in der DDR (ehrenamtlich) engagierten und in diesem männlich geprägten Feld über Renommee verfügte.

Käthe Rieck wurde 1902 in Rostock geboren und begann 1921 ihre Tätigkeit im Stralsunder Museum als Assistentin von Fritz Adler, dem Direktor des Museums. Sie bearbeitete den umfangreichen Museumsfundus, veranlasste Restaurierungen, inventarisierte den Bestand und organisierte verschiedene Ausstellungen. Von 1950 bis 1962 leitete sie, in der Nachfolge Adlers, das Kulturhistorische Museum und engagierte sich für die Verbreitung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse. Ebenso gehörte sie zu den Initiatoren und Herausgebern des „Greifswald-Stralsunder Jahrbuchs“, in dem sie auch über denkmalpflegerische Themen publizierte.³⁴⁵ Bereits in den 1950er Jahren zählte Rieck zu den sogenannten ehrenamtlichen „Vertrauensmännern“ für Denkmalpflege, die sich für das Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Schwerin, in verschiedenen Kreisen um den Denkmalbestand sorgten. Riecks Zuständigkeit galt dabei dem Kreis Stralsund. Als Rieck 1961 ihr 40-jähriges Dienstjubiläum im Stralsunder Museum beging, gratulierte ihr auch Walter Ohle als Leiter der Arbeitsstelle Schwerin im Rahmen eines Beitrags in den Mitteilungen und rückte dabei Riecks Tätigkeit als Denkmalpflegerin in den Fokus.³⁴⁶

Dieser Beitrag Ohles soll im Folgenden als Ausgangspunkt zur Betrachtung von Riecks Schaffen dienen und zugleich die Arbeit Riecks als Denkmalpflegerin charakterisieren. Ohles Text verdeutlicht auch, dass Riecks Tätigkeit als „Vertrauensmann“ durchaus eine Ausnahme darstellte. So führte der Arbeitsstellenleiter aus, dass die „Zusammenarbeit zwischen dem Stralsundischen Museum und den Organen der Denkmalpflege“ schon sehr lange bestehe und über eine Tradition verfüge, die bis zur Tätigkeit des Provinzialkonservators Lemcke zurückreiche. Besondere Bedeutung erfuhr in Ohles Bericht Fritz Adlers Wirken, dessen Tätigkeit und inhaltliche Ausrichtung der Grundstein für Riecks Tätigkeit gewesen sei.³⁴⁷ Ohle wollte Riecks Erfolge und Projekte damit allerdings nicht schmälern. Insbe-

³⁴⁵ Vgl. Hansestadt Stralsund (Hrsg.): Frauen in der Stralsunder Stadtgeschichte, Stralsund 1998, S. 147.

³⁴⁶ Vgl. Walter Ohle: Käthe Rieck zum 40jährigen Dienstjubiläum, S. 1.

³⁴⁷ Vgl. ebd., S. 2. So schrieb Ohle: „Käthe Rieck, als Adlers langjährige Mitarbeiterin aufs gründlichste mit der Materie der Bildenden Kunst und den Problemen der Denkmalpflege vertraut

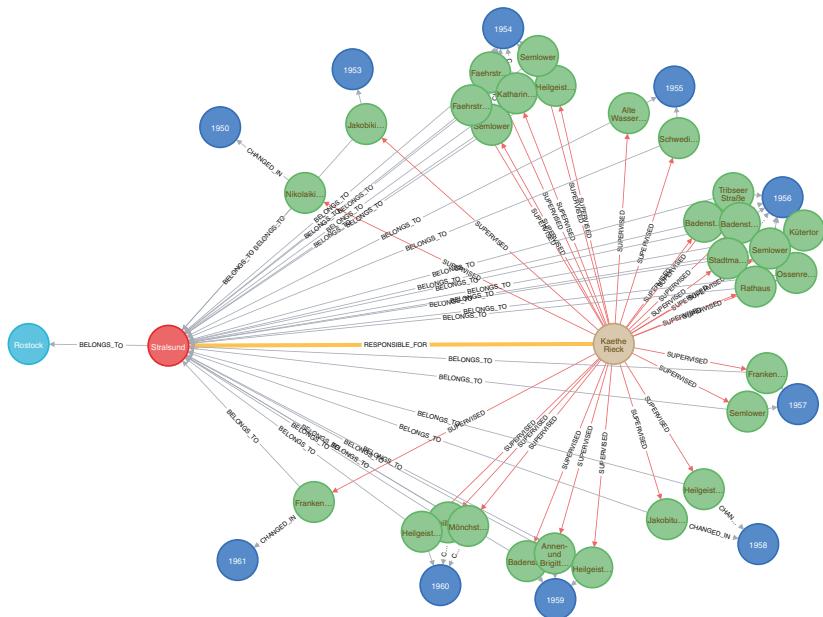


Abb. 22: Betreute denkmalpflegerische Maßnahmen von Käthe Rieck,
auf der Grundlage der Auflistung von Walter Ohle aus dem Jahr 1960.

```
MATCH (n:Vertrauensleute)-[:responsible_for]->(k:Kreise)<--[:belongs_to]-
(o:Objekt)-[:changed_in]->(j:Jahr) WHERE n.Vertrauensleute='Kaethe Rieck'
RETURN n, k, o, j;
```

sondere, da „die Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege mit ihrem Stralsunder Vertrauensmann [Käthe Rieck] manche gemeinsamen Erlebnisse und viele durchstandene (und zuweilen auch glücklich bestandene!) denkmalpflegerische Kämpfe“³⁴⁸ durchlebt hätten. Um diesen Kämpfen Ausdruck zu verleihen, folgt in den Mitteilungen eine „Zusammenstellung aller wichtigeren denkmalpflegerischen Vorhaben in Stralsund, an deren Durchführung Rieck maßgeblich beteiligt war“. Diese Auflistung unterschied die Projekte in „[u]mfangreiche, sich über mehrere Jahre hinziehende Arbeiten und Aufgaben, die noch nicht abgeschlossen sind“ und in „einzelne Arbeiten“.³⁴⁹ Die Zusammenstellung zeigt eindrücklich, wie sehr sich Rieck für den heterogenen Denkmalbestand in Stralsund eingesetzt

geworden, hat nach der Übernahme seiner Geschäfte das glücklich Begonnene mit Mut und Energie weitergeführt.“

³⁴⁸ Ebd.

³⁴⁹ Vgl. ebd.

hat. So war sie nicht nur bei den Beratungen zu den Bebauungsplänen der Stralsunder Innenstadt engagiert, sondern auch beim Wiederaufbau von stark zerstörten Kirchen, Bürgerhäusern und beweglichem Kunstgut; zudem setzte sie sich für die Umnutzung verschiedener Denkmale ein, wodurch nicht zuletzt der Erhalt des jeweiligen Denkmals sichergestellt werden konnte (Abb. 22). Deutlich wird auch, dass die intensivste denkmalpflegerische Aktivität bis 1960 (dem Ende des ersten Untersuchungszeitraumes) im Jahr 1956 zu verzeichnen war – ein Verweis auf jenes Jahr, in dem die IfD-Zentrale in Berlin aktiv existierte, bevor sie 1957 wieder aufgelöst wurde. Obwohl die Arbeitsstelle Schwerin zu diesem Zeitpunkt von Berlin aus tätig werden musste, hatte das eine Jahr des Bestehens der Zentrale offenbar für ein gewisses Maß an Stabilität und Planbarkeit gesorgt, so dass eine Vielzahl von denkmalpflegerischen Projekten möglich geworden war.

Käthe Rieck suchte zudem immer wieder den Austausch mit der Öffentlichkeit. In zahlreichen Artikeln und Aufsätzen erläuterte sie den Denkmalwert verschiedener Objekte, gab Aufschluss über die in Umsetzung befindlichen Arbeiten und kommentierte, zuweilen auch kritisch, die bisherigen Vorgehensweisen staatlicher Institutionen sowie verschiedene bauliche Maßnahmen am Stralsunder Denkmalbestand.

1958 veröffentlichte die Deutsche Bauakademie eine Publikation mit dem Titel „Die Altstadt von Stralsund. Untersuchungen zum Baubestand und zur städtebaulichen Denkmalpflege“, in der Käthe Rieck die Denkmalpflege in Stralsund charakterisierte und die nächsten Aufgaben und Herausforderungen umriss.³⁵⁰ Chronologisch vorgehend schilderte Rieck in ihrem Beitrag zunächst die Situation der Denkmalpflege nach dem Kriegsende, die, obwohl bereits 1946 die Landesämter für Denkmalpflege eingerichtet worden waren, „nur mit Unterstützung der Räte der Städte und Gemeindeverwaltungen wirksam“³⁵¹ werden konnte. Dass die Umsetzung denkmalpflegerischer Ziele häufig schwierig, wenn nicht sogar zum Scheitern verurteilt war, sah Rieck zum einen in der fehlenden Kommunikation positiver Beispiele aus Polen oder aus der Tschechoslowakei und zum anderen in der mangelnden Zusammenarbeit der „verantwortlichen Mitarbeiter der Abteilung Aufbau, der Stadtplanung, der Denkmalpflege und der Wohnungs- und Grundstücksverwaltung“ begründet, die bis „1955 mehr oder weniger isoliert voneinander“ gearbeitet hätten.³⁵² Warum Rieck die zeitliche Zäsur auf das Jahr 1955 setzte, geht aus ihrem Text nicht weiter hervor. Denkbar wäre, dass die Mu-

³⁵⁰ Vgl. Käthe Rieck: Die Denkmalpflege in Stralsund und ihre nächsten Aufgaben, in: Kurt Leucht/Deutsche Bauakademie (Hrsg.): *Die Altstadt von Stralsund. Untersuchungen zum Baubestand und zur städtebaulichen Denkmalpflege (= Schriften des Forschungsinstituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung)*, Berlin 1958, S. 85–92.

³⁵¹ Ebd., S. 85.

³⁵² Vgl. ebd., S. 87.

seumsleiterin den Beginn einer positiven Entwicklung der Denkmalpflege im Zusammenhang mit der Gründung der IfD-Zentrale, die 1955 erfolgte, sah.

In ihrem Aufsatz äußerte sich Rieck nicht nur gegenüber vergangenen Entwicklungen kritisch, sondern auch im Hinblick auf die gegenwärtige Situation und auf die notwendigen nächsten Schritte im Bereich der Denkmalpflege. So führte sie unter anderem aus, dass man nicht verwundert darüber sein dürfe, dass die am 1. November 1956 vom Rat der Stadt bestätigte Ortssatzung zur Erhaltung der baukünstlerischen Eigenart Stralsunds wiederholte Male missachtet werde, wenn sie so gut wie nirgendwo bekanntgemacht würde. In ihrem Ausblick zu den nächsten Aufgaben der Denkmalpflege formulierte Rieck die Forderung, dass nun in Stralsund „endlich“ alle Verantwortlichen und Beteiligten zusammenarbeiten müssten, um „gute Beispiele in der Sanierung von Wohnungen in baukünstlerisch wertvollen Häusern“ schaffen zu können.³⁵³

Die Altstadt – „Hinter gotischen Fassaden“

Im folgenden Abschnitt werden verschiedene denkmalpflegerische Maßnahmen, die Käthe Rieck beaufsichtigte und über die sie selbst publizierte, näher betrachtet. Ausgehend von der bestehenden Quellenlage³⁵⁴ und von den Einblicken, die Rieck in ihren Veröffentlichungen gewährte, wurden Beispiele gewählt, die jenseits des eigentlichen Betrachtungszeitraumes liegen. Trotz dessen geben sie Aufschluss über die Art und Weise der Arbeit Riecks und über ihr denkmalpflegerisches Verständnis.

Käthe Rieck publizierte in verschiedenen Tageszeitungen und Fachzeitschriften über denkmalpflegerische Projekte in Stralsund, über deren Ergebnisse und über die nächsten Aufgaben der Denkmalpflege. Im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre rückte dabei mehr und mehr der Erhalt der historischen Substanz im Zusammenhang bzw. Wechselspiel mit der sozialistischen Umgestaltung der Stadtzentren in den Fokus. Im *Neuen Deutschland* wurde Stralsund bereits 1962 mit den Worten charakterisiert: „Wo einst reiche Patrizier präßen, bauen die Werktätigen heute an einem neuen Leben.“³⁵⁵ Neues Identifikationsmerkmal sollte der Hafen sein, der auf der Grundlage des Sozialismus aus der „Beamtenstadt“ eine „moderne Industriestadt“ erwachsen lassen sollte. Dabei wurde die Geschichte der Stadt zwar nicht negiert, jedoch auf das Altstadtzentrum rings um das „berühmte Rathaus, das zu den prächtigsten Profanbauten der niederländischen Backsteingotik zählt“ begrenzt.³⁵⁶

353 Vgl. ebd., S. 90.

354 Leider konnte aufgrund mehrjähriger Baumaßnahmen im Stadtarchiv Stralsund keine Akteneinsicht erfolgen, sodass Unterlagen, die den Untersuchungszeitraum abgebildet hätten, nicht gesichtet und dementsprechend nicht ausgewertet werden konnten.

355 O.V.: Stralsund Stadt an der Ostsee. Wo einst reiche Patrizier präßen, bauen die Werktätigen heute an einem neuen Leben, in: *Neues Deutschland* vom 14.07.1962, S. 9.

356 Vgl. ebd.

In einer Stadt wie Stralsund, die „schon lange weit über die mittelalterlichen Stadtmauern hinausgewachsen“³⁵⁷ war, wie es das *Neue Deutschland* 1978 formulierte, stellte der Erhalt der historischen Substanz bei gleichzeitiger Forderung nach Anpassungen an „moderne“ Gegebenheiten eine große Herausforderung dar – auch für die ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege. Für kulturelle Zwecke eigneten sich vor allem die ehemaligen Stadtbefestigungen und Toranlagen.³⁵⁸ Bereits 1956 hatte sich Käthe Rieck um Sanierungs- und umfangreiche Instandsetzungsarbeiten am Kütertor und an der Stadtmauer bemüht. Doch für den weiteren Erhalt musste den Baudenkmälern eine sinnvolle Nutzung zugewiesen werden. Im Jahr 1963 wurden das Kütertor sowie ein Teil der ausgebauten Stadtmauer zur Jugendherberge umgebaut und in das ehemalige Johanneskloster zog 1964 das Stadtarchiv ein, sodass ein weiterer Erhalt dieser geschichtsträchtigen Bausubstanz über die DDR-Zeit hinweg gesichert blieb.

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen in der Stadt bei gleichzeitigem Substanzerhalt standen Architekten, Denkmalpfleger und Stadtplaner vor großen Herausforderungen. Unter der Überschrift „Hinter gotischen Fassaden in Stralsund“³⁵⁹ kommentierte das *Neue Deutschland* 1978 das Baugeschehen in der Hansestadt, dessen „Altstadtkern [...] zu den zwei Dutzend historischen Stadtzentren [gehört], die in die zentrale Denkmalliste der DDR aufgenommen wurden“³⁶⁰. Der Erhalt und die Pflege der Altstadt einerseits und die Schaffung von modernem Wohnraum andererseits stellten dabei keinen Widerspruch dar. Im Gegenteil, die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung für ein Programm zur Pflege und Erhaltung der Altstadt gehörte zu den „ersten Schritte[n] einer umfassenden Rekonstruktion“³⁶¹. Gemeint war damit vorrangig der Erhalt der Fassaden, bei gleichzeitiger (völliger) Umgestaltung des Innenraumes. So beschrieb der Stralsunder Oberbürgermeister, Horst Lehmann, dass „[h]inter gotischen und barocken Fassaden [...] allein in der Knieper- und Fährstraße moderne Wohnungen für über 100 Familien“³⁶² entstanden seien. Die Schwierigkeit bei der Umsetzung dieser „umfassenden Rekonstruktion“ lag vor allem in der notwendigen Verbindung industrieller (Wohnungs-)Bauweisen mit traditionellem Hand-

³⁵⁷ Christa Lier: Sehenswertes in alten Stadttoren. Mittelalterliche Wehranlagen werden als Museen, Galerien, Klubs und Jugendherbergen genutzt, in: Neues Deutschland vom 31.10.1978, S. 2.

³⁵⁸ Vgl. ebd. Sowie: Gudrun Hartmann: Klubhaus, Atelier und Museum in altem Gemäuer. Historische Gebäude in Ostseestädten sinnvoll genutzt, in: Neues Deutschland vom 11.08.1981, S. 4.

³⁵⁹ Frank Starke: Hinter gotischen Fassaden in Stralsund. Rekonstruktion der Altstadt wurde begonnen. Historisch wertvolle Bauten vielfältig genutzt, in: Neues Deutschland vom 27.02.1978, S. 3.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Ebd.

³⁶² Ebd.

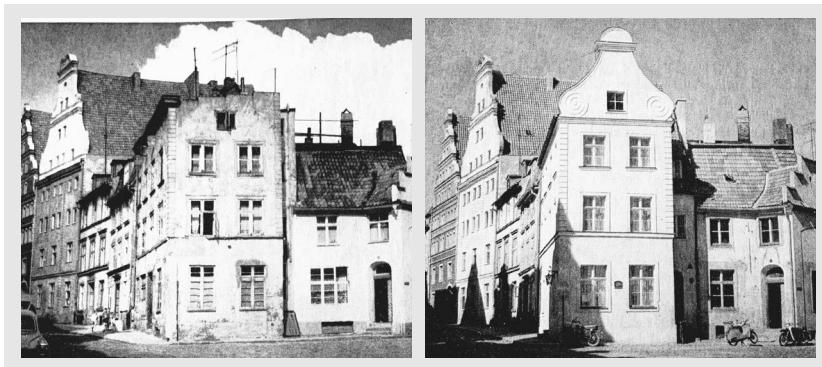


Abb. 23: Fährstraße 26 in Stralsund vor und nach der Rekonstruktion, o.J.

werk. Konkret bedeutete dies für die Umsetzung des Bauprojektes in Stralsund, dass sich die Baubetriebe (VEB Stadtbauhof und VEB Hochbau) – stehend für Fortschritt mit möglichst rationeller Realisierung – und demgegenüber das Stralsunder Handwerk bzw. die Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) – stehend für möglichst umfangreiche Werterhaltungsmaßnahmen – über das Vorgehen zu einigen hatten. Da aber grundsätzlich für diese Art von Bauausführung, einem Hybrid aus Instandsetzung und Neubau, die Praxis fehlte, suchte man Kontakt zum polnischen Baubetrieb für Denkmalpflege Szczecin, der „bereits langjährige Erfahrung beim Erhalt historischer Bauten“³⁶³ hatte.

In einem Beitrag für die *Denkmalpflege in der DDR*³⁶⁴ beschrieb Käthe Rieck, als Vertrauensfrau für Denkmalpflege, das Bauprojekt für die Fährstraße 26 in Stralsund und benannte auch den Weg vom Zustandekommen des Projektes bis zur Fertigstellung der Instandsetzungs- und Umbauarbeiten (Abb. 23). So führte Rieck aus, dass die Fährstraße „schon immer einer der wichtigsten Verbindungswege zwischen der Stralsunder Innenstadt und dem Hafen“ gewesen war, dessen Aussehen im 19. Jahrhundert anhand von Fotografien und Lithografien überliefert war und vermittelt werden konnte.³⁶⁵ Während der Gründerzeit hatte sich das Straßen- und Stadtbild Stralsunds jedoch enorm verändert, unter anderem auch durch den teilweisen Abbruch der ehemaligen Stadttore. Rieck stellte weiter dar, dass es „[i]n jenen Jahren [...] noch manche, meist unerfreuliche Veränderungen an den historischen Bauten“ gegeben und so „auch das Haus Fährstraße 26 [...]

363 Ebd.

364 Käthe Rieck: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, in: *Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik* (1975), Nr. 1, S. 38–44.

365 Vgl. ebd., S. 41.

seinen historischen Giebel“ eingebüßt hat.³⁶⁶ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach Beseitigung der Kriegsschäden zu Beginn der 1950er Jahre war es die Denkmalpflege, die vorgeschlagen hat, „das besagte Haus Nr. 26 wieder mit einem Giebel zu versehen“³⁶⁷. Sicherlich auch, da Rieck selbst bereits 1954 Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden der Fährstraße 22/23 und 24 sowie im Jahr 1957 an der Fährstraße 11 betreut hat. Grundlage für die Giebelwiederherstellung in der Fährstraße 26 sollte eine Lithografie von 1842 sein, die als „Anregung und Vorlage“ verstanden wurde. Doch das Haus war in Privatbesitz und die 1958 beginnenden Verhandlungen mit dem Besitzer blieben zunächst erfolglos.³⁶⁸ Neue Möglichkeiten entstanden, so Rieck, durch die *Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale* von 1961, in deren Folge auch die „Altstadt Stralsund als ‚Denkmal der Stadtbaukunst‘ in internationaler Bedeutung“ bestätigt wurde.³⁶⁹ Es ist durchaus denkbar, dass mit der neuen Verordnung von 1961 der institutionellen Denkmalpflege wirksamere Mittel zur Verfügung standen als zuvor, da sie in erster Linie eine Anpassung der Verordnung von 1952 an die realen Bedingungen und Strukturen war. Offenbar war der Druck auf den Hausbesitzer derart erhöht worden, dass er sich zunächst zur Instandsetzung bereit erklärt, dann aber das Haus verkauft hat, womit es in den Besitz des VEB Gebäudewirtschaft überging. Es konnte dann ein Vertrag mit einem polnischen Baubetrieb geschlossen werden, der „nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch das gesamte Baumaterial zur Verfügung“³⁷⁰ stellte.

Damit begann jedoch noch nicht die Baumaßnahme am Haus Nummer 26, sondern es erfolgten zunächst „[eine] Untersuchung der Bausubstanz und [die] notwendigen archivalischen Studien durch entsprechende Experten des Betriebs“³⁷¹. Diese förderten „eine Fotografie aus der Zeit von 1860–70 zutage“, die wiederum eine andere Giebelform wiedergab als die Lithografie, die zunächst als Vorlage hatte dienen sollen; auf der Grundlage dieser Fotografie erfolgte dann die Planung der Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen.³⁷² Rieck fasste ihren Bericht zu den erfolgten Arbeiten mit den Worten zusammen: „Der Wert dieser Rekonstruktion liegt weniger in der Gewinnung von Wohnraum als in ihrer städtebaulichen Bedeutung für die Fährstraße mit ihren zahlreichen historischen

³⁶⁶ Vgl. ebd., S. 38.

³⁶⁷ Ebd., S. 39.

³⁶⁸ Vgl. ebd., S. 39.

³⁶⁹ Vgl. Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstschatz vom 2. Januar 1962, II. Denkmale der Stadtbaukunst.

³⁷⁰ Käthe Rieck: Rekonstruktion eines Barockhauses in Stralsund durch polnische Denkmalpfleger, S. 43.

³⁷¹ Ebd., S. 41.

³⁷² Vgl. ebd., S. 41.

Bauten verschiedener Stilepochen.“³⁷³ Letztlich sei sie „eine wesentliche Bereicherung des Straßenbildes [...] ein anregendes Beispiel für einen qualitätsvollen, modernen Innenausbau mit individueller Note“³⁷⁴.

Riecks Aussage verdeutlicht, dass die Tradierung eines spezifischen (Geschichts-)Bildes bei der Instandsetzung der Fährstraße im Vordergrund stand. Der Erhalt der Fassaden war mit dem Auftrag verbunden, Stadtgeschichte in ihrer Vielfalt erlebbar zu machen. Der denkmalpflegerische Anspruch, insbesondere in der Vorbereitung und bei der Begleitung der Maßnahmen, war dementsprechend außerordentlich hoch. Nicht nur, weil man sich für den Erhalt von möglichst viel historischer Substanz einsetzte, sondern auch, weil man sich die polnischen staatlichen Werkstattbetriebe (PKZ) hinzuholte. Rieck als ehrenamtlicher Denkmalpflegerin oblag es hingegen, (mehr oder weniger offiziell) die Vermittlung und Wissensverbreitung über den historischen Bestand, über den Erhalt und über die Sanierung umzusetzen, um auf diese Weise letztlich auch eine höhere Akzeptanz für die Denkmalpflege im Allgemeinen zu fördern.

Spätestens mit dem VIII. Parteitag der SED (1971) verstärkte sich das Bestreben, die Generierung neuen Wohnraumes mit der Rekonstruktion oder sozialistischen Umgestaltung von Altstädten zu verbinden, wodurch die Themenfelder und Arbeitsweisen der Denkmalpflege stark geprägt wurden. Pünktlich zur 750-Jahrfeier Stralsunds berichtete die *Neue Zeit* unter dem Titel „Giebel, Gotik und behagliche Räume. Moderne Wohnungen entstehen im alten Stralsund“³⁷⁵ vom Anspruch der DDR, Altes mit Neuem zu verbinden und die drei Bereiche Denkmalpflege, Bauwesen und Städtebau in Einklang zu bringen:

„Seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurden in der Stadt am Sund 400 Wohnungen um- und ausgebaut, davon 220 in der Altstadt durch Rekonstruktion von 14 Wohngebäuden. [...] Am meisten beeindruckt neben der Gewinnung moderner Wohnungen und gesellschaftlicher Räume immer wieder der liebevolle Umgang mit den historischen, zur Straße gewandten Giebeln, in hochweisender Gotik oder im Renaissancestil mit seiner Betonung der Horizontalen, seiner Ausdruckskraft in den Geschossen. [...] Es werden überall die Grundelemente der Stilarten wieder herausgearbeitet, hier das für Stralsund typische erhöhte Erdgeschoss, das wieder bewohnt werden wird, dort eine Front mit freigelegten Klosterformaten, diesen übergroßen Ziegeln aus dem Mittelalter, die nun Ursprüngliches wieder wahr und gegenwärtig machen.“³⁷⁶

373 Ebd., S. 44.

374 Ebd.

375 Bertold Kirtzeck: Giebel, Gotik und behagliche Räume. Moderne Wohnungen entstehen im alten Stralsund. 750-Jahrfeier und ICOMOS-Kongress in Sicht, in: Neue Zeit vom 16.02.1981, S. 3.

376 Ebd.



Abb. 24: Schirgiswalde, Herrenhaus des Domstifts, Tapetenzimmer (mittleres Zimmer), südliche Seite, Foto von 1936

Auch die Frage nach adäquaten Lösungen für das (Neu-)Bauen im Bestand wurde nun zum Thema der Denkmalpflege in der DDR. Im genannten Artikel der *Neuen Zeit* wird beispielsweise der Neubau des Hauses am Alten Markt 12 gelobt. Dabei wird festgestellt, dass es sich hierbei um keinen „reine[n] Neubau“ handele, gleichwohl würde man aber „[m]it Leistungen dieser Art“ sowohl der Forderung nach „modernen Wohnen wie der Denkmalpflege gerecht werden“.³⁷⁷

Käthe Rieck war eine äußerst aktive ehrenamtliche Denkmalpflegerin, die aus ihrer offiziellen Position als Stralsunder Museumsdirektorin heraus über verschiedene öffentlichkeitswirksame Mittel verfügte und diese zu nutzen wusste. Ihre denkmalpflegerische Arbeit bestand vorrangig aus der Verbreitung des Wissens über den Stralsunder Denkmalbestand und über die jeweiligen Arbeiten daran, die sie durchaus kritisch erörterte. Für den Substanzerhalt mussten zum Teil große Kompromisse eingegangen werden, die – um eine Nutzung des Denkmals zu ermöglichen – zum Teil in eine reine Fassadendenkmalpflege münden mussten. Rieck selbst war sich dessen durchaus bewusst, sprach sich wiederholt für einen stärkeren Substanzerhalt aus und brachte kritisch zum Ausdruck, dass es häufig mehr um die Bewahrung des Stadtbildes ging und weniger um den Er-

³⁷⁷ Vgl. ebd.

halt eines Einzeldenkmals als historischem Dokument. Dies lässt sich schließlich nur im Zusammenhang mit der Positionierung der institutionellen Denkmalpflege und mit dem allgemeinen Stand von Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der sozialistischen Umgestaltung betrachten und bewerten (vgl. hierzu Kapitel 5.3.2).

Innerhalb des Netzwerkes der ehrenamtlichen Denkmalpfleger war Käthe Rieck äußerst aktiv. Sie verstand es, einer breiten Masse denkmalpflegerische und denkmalschützerische Entscheidungen verständlich zu vermitteln und auf diese Weise für eine größere Akzeptanz zu sorgen. Auch konnte sie ihre offizielle Position als Direktorin des Stralsunder Kulturhistorischen Museums nutzen, um auf denkmalpflegerische Projekte hinzuweisen, sie zu dokumentieren und kritisch zu hinterfragen.

Die Stadt Schirgiswalde: Carl Swoboda – Tapetenzimmer & Laubengang

Der gelernte Kaufmann Carl Swoboda wurde 1896 in Schirgiswalde (Oberlausitz) geboren und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des 1922 gegründeten Vereins für Heimatforschung, dem späteren Geschichtsverein in Schirgiswalde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Geschichtsverein innerhalb des Kulturbundes weitergeführt. 1947 erfolgte die Wiedereröffnung des Schirgiswalder Heimatmuseums in der Hentschelgasse und Carl Swoboda wurde offiziell zum Beauftragten für Denkmalpflege und Naturschutz in Schirgiswalde ernannt. Bereits im September 1945 war Swoboda von Walter Bachmann im Namen des sächsischen Landesamtes für Denkmalpflege damit beauftragt worden, „Aufnahmen von Bau- und Kunstdenkmalen zu machen“. In der Folgezeit setzte sich Swoboda für diverse Bergungsarbeiten³⁷⁸ an verschiedenen Schlössern bzw. auf Land- und Gutsitzen in der Region ein. Die Tätigkeiten von Swoboda zeichnen sich ebenso wie das Schaffen Käthe Riecks durch ein hohes Engagement vor Ort aus. An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich Swoboda auch um die Erforschung seiner Heimat und derer Kunstwerten bemühte und die Ergebnisse ebenfalls verbreitete.

Tapetenzimmer im Herrenhaus des Domstifts St. Peter

Exemplarisch sollen hier die Tapetenzimmer im Herrenhaus des ehemaligen Rittergutes in Schirgiswalde, das dem Domstift St. Peter in Bautzen gehörte, erwähnt werden (Abb. 24). Erstmals als Denkmal von künstlerischem Wert gesehen wurden die betreffenden Zimmer 1908 von Cornelius Gurlitt, der allerdings noch die „Wandmalereien“ als wertvoll und erhaltenswert benannte und sie den „Malern Melotta“ zuschrieb. Erst durch die von Swoboda angetriebenen

³⁷⁸ Zu nennen sind hier unter anderem das Schloss Sohland und das Schloss Cunewalde. Siehe hierzu auch: Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda.

Nachforschungen wurde der tatsächliche künstlerische und historische Wert der Tapeten erkannt. Diese waren vermutlich um 1830 im Zuge des Umbaus des ehemaligen Rittergutes zum Wohnhaus bzw. zur Sommerresidenz der Dekane angebracht worden. Die Nachforschungen ergaben, dass die Tapete des nördlichen Zimmers auf Entwürfe des französischen Künstlers Xavier Mader zurückgeht und von der Pariser Werkstatt Dufour et Leroy hergestellt worden ist; die Tapeten des mittleren Zimmers rekurrieren auf Darstellungen von Moritz Rugendas und wurden von der elsässischen Firma J. Zuber in Rixheim umgesetzt. Allein das südliche Zimmer, dessen Tapeten den Raum zu einer gotischen Kapelle mit perspektivischem Dachabschluss werden lassen, konnte keinem Künstler und keiner spezifischen Werkstatt zugeordnet werden. Für Swoboda war nun nachgewiesen, dass „[d]ie Schirgiswalder Bildtapeten [...] zeitgebundene Äußerungen des politischen und kulturellen Lebens“ seien und „nicht nur wegen ihres Alters, sondern vor allem als Zeugnisse künstlerischen Schaffens, handwerklichen Könnens und als gesellschaftsgeschichtliche Zeugnisse“ erhalten werden müssten.³⁷⁹

Im Folgenden soll es vorrangig um das Engagement Carl Swobodas innerhalb der praktischen Baudenkmalpflege, insbesondere im Zusammenhang mit der institutionellen Denkmalpflege, gehen. Die Ergebnisse von Swobodas Arbeit schlugen sich auch im „Dehio“³⁸⁰ nieder. Während in der Ausgabe von 1940 lediglich die Katholische Kirche in Schirgiswalde Erwähnung fand, wurden im „Dehio“ von 1965 sowohl das „Domstiftliche Herrenhaus“ mit seinen Tapeten als auch der Wohnhausbau von Schirgiswalde mit der „reizvolle[n] Gruppe von Laubenhäusern“ aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und den „zahlreiche[n] Umgebindehäuser[n]“ der Stadt genannt.³⁸¹

Laubenhäuser am Marktplatz

Über einen Zeitraum von acht Jahren bemühte sich Swoboda in Absprache mit dem Kreisdenkmalpfleger Theodor Schütze und mit der IfD-Arbeitsstelle Dresden darum, dass die Laubenhäuser am Markt (Abb. 25) weiterhin ortsbildprägend und platzbestimmend blieben, wie auch um einen Rückbau der Stützen des Laubengangs. Zu Beginn der 1950er Jahre war die Verkehrsführung durch Schirgis-

³⁷⁹ Vgl. Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Aufsatz von Carl Swoboda: Kostbare alte Bildtapeten in Schirgiswalde, erschienen in: Kalender Sächsische Gebirgsheimat, o.D., o. Pag.

³⁸⁰ Gemeint ist hier das sogenannte Dehio-Handbuch, eine Buchreihe, die vom Kunsthistoriker Georg Dehio initiiert worden ist und die die bedeutendsten Kunstdenkmäler im deutschsprachigen Raum verzeichnet.

³⁸¹ Vgl. Arbeitsstelle für Kunstgeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Bearb.): Dehio. Sachsen. Die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, München/Berlin 1965, S. 368–369.



Abb. 25: Laubenhäuser Schirgiswalde, o.J.

walde am Markt, entlang der Laubenhäuser, verändert worden, sehr zum Missfallen der Denkmalpfleger. Am 27. Juni 1957 wandte sich deshalb Fritz Löffler an den Bürgermeister der Stadt und teilte ihm mit, dass die „Absperrung an den Laubenhäusern“, die zur Verkehrssicherung angebracht war, beim Institut für Denkmalpflege nicht auf Zustimmung stoßen würde, „da hierdurch eine Verschandelung des Ortsbildes entstanden [ist], die der Verordnung vom 26.6.1952 widerspricht“³⁸². Wenige Wochen später wandte sich auch der Kreisdenkmalpfleger Schütze, bezugnehmend auf eine Nachricht der IfD-Arbeitsstelle Dresden, an den Rat der Stadt. Auch Schütze brachte zum Ausdruck, dass „die Angelegenheit“³⁸³ wohl nicht für erledigt angesehen werden könne, da der „Vereinbarung zwischen dem IfD und dem Herrn Bürgermeister als Vertreter der Stadt“ nicht nachgekommen und die Vereinbarung damit „geradezu sabotier[t]“ werde. Schütze forderte, die „Verkehrssicherung nun baldigst auf das erträgliche Maß“ zurückzuführen, um „das Bemühen der Stadt, ein schönes Ortsbild zu bewahren, auch hier deutlich erkennbar [werden zu lassen]“.³⁸⁴

³⁸² Vgl. Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Löffler an den Bürgermeister bzw. den Rat der Stadt Schirgiswalde, zur Kenntnisnahme an Carl Swoboda und den Rat des Kreises Bautzen vom 27.06.1957 betreffend Absperrung an den Laubenhäusern.

³⁸³ Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben des Kreisdenkmalpflegers Theodor Schütze an den Rat der Stadt Schirgiswalde vom 03.07.1957 betreffend Absperrung an den Laubenhäusern.

³⁸⁴ Vgl. ebd.

In diesem Zusammenhang sollte auch der Rückbau der Stützen des Laubengangs erfolgen, tatsächlich umgesetzt wurde er jedoch erst 1963. Dieser Rückbau war für die Denkmalpfleger ein großer Erfolg, zu dem Hans Nadler Carl Swoboda herzlich gratulierte: „Was lange währt, wird gut! Aber nur, wenn ein so energischer und findiger Mitarbeiter, wie Sie es sind, sich der Sache annimmt.“³⁸⁵ Vom Erfolg des Rückbaus berichtete auch der Kreisdenkmalpfleger Schütze dem Rat der Stadt und verband damit erneut die Forderung nach einer Veränderung der Verkehrssicherung, die nach wie vor ausstand:

„Der Energie des Herrn Swoboda ist es zu verdanken, daß er endlich realisiert wurde. [...] Im nächsten Frühjahr sollen die neuen Säulen noch Farbe bekommen, vor aussichtlich auf Kosten der Denkmalpflege. [...] Den Rat der Stadt Schirgiswalde bitten wir aber, für eine Veränderung der Verkehrssicherung entlang der Laubenhäuser Sorge zu tragen, die in der jetzigen plumpen Form von Anbeginn an von der Denkmalpflege angefochten worden ist.“³⁸⁶

Dieser Erfolg sollte jedoch noch ein längeres Nachspiel haben, da für die Umbaumaßnahmen die finanzielle Grundlage fehlte. Ein Großteil der Kosten für den Austausch der Stützen sollte von den beiden Hausbesitzern übernommen werden. Jedoch waren scheinbar weder der Termin der Maßnahme noch die Kosten zuvor mit diesen erörtert worden. Die Rechnung, die sie nun begleichen sollten, veranlasste sie, sich an den Rat der Stadt zu wenden und Einspruch einzulegen. Dies führte zu einer Aussprache aller Beteiligten, bei der von den Eigentümern im Besonderen die Arbeitsweise der Denkmalpflege kritisiert wurde.³⁸⁷ Da sowohl der Kreisdenkmalpfleger Schütze als auch der Ortsdenkmalpfleger Swoboda es versäumt hatten, „schriftlich den Termin der Arbeit anzugeben“, wollten die Eigentümer „keinen Pfennig für [die] Arbeit zahle[n]“³⁸⁸. Diese Kritik wies der Kreisdenkmalpfleger Schütze zurück und sprach lediglich von einem „Formfehler seitens der Denkmalpflege“³⁸⁹, welcher durch die finanzielle Unterstützung durch

³⁸⁵ Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Hans Nadler an Carl Swoboda vom 01.11.1964.

³⁸⁶ Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Schütze an den Rat der Stadt Schirgiswalde vom 12.11.1964.

³⁸⁷ Vgl. Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Beratung über die Laubenhäuser am 18. März 1965, im Rathaus Schirgiswalde. Teilnehmer: Kreisdenkmalpfleger Schütze, Ortsdenkmalpfleger Swoboda, Herr Hanschmidt, Frau Rösler, Verkehrssicherheitsaktiv Koll. Ludwig, ABV Koll. Richter, Bürgermeister Knizak.

³⁸⁸ Vgl. ebd.

³⁸⁹ Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Theodor Schütze an Rat der Stadt Schirgiswalde, zur Kenntnis an Carl Swoboda vom 02.04.1965.

staatliche Mittel für die „Verbesserung am Grundstück“ bereits ausgeglichen wäre. Der eigentliche denkmalpflegerische Erfolg hatte auf diese Weise einen faulen Beigeschmack, nicht zuletzt, weil insbesondere die Vertrauensleute vor Ort bzw. ihre Vorgehensweise in der Kritik standen.

Dass sich die Vertrauensleute dabei häufig in rechtlichen Grauzonen bewegten, verdeutlicht auch ein Schreiben von Schütze an Swoboda, in dem Schütze von einer Unterredung mit Bürgermeister Stolle berichtete. Stolle hatte offenbar „von der Denkmalpflege noch keine genauerer Vorstellungen“ und wollte von Schütze erläutert bekommen, welche Funktion ein örtlicher Denkmalpfleger habe.³⁹⁰ Juristische Grundlage und Alltagspraxis schienen dabei stark voneinander abzuweichen, weshalb sich Schütze dazu gezwungen sah, Swoboda von der Unterredung zu berichten und diesen ebenfalls noch einmal gesondert auf die rechtliche Position seines Amtes hinzuweisen:

„Sie ist nach der Verordnung natürlich nur beratender Art. Ein örtlicher Vertrauensmann der Denkmalpflege ist rechtlich nicht befugt anzurufen oder zu verbieten, sondern muß das den örtlichen Organen überlassen. Wir müssen also bei allem, was wir tun, die Form wahren und müssen diplomatisch verfahren! [...] Wenn Schwierigkeiten auftreten, dann lieber den Kreis mit einschalten statt aller persönlicher Verärgerungen!“³⁹¹

Die ehrenamtliche Tätigkeit Erich Brückners zeichnete sich im Vergleich zur Arbeit Käthe Riecks vorrangig durch Brückners umfangreiche Kenntnisse im Bereich der Denkmalpflege aus der Zeit von vor dem Zweiten Weltkrieg aus, die für die personell schwach aufgestellte institutionelle Denkmalpflege in der DDR unverzichtbar waren. Dies bedeutet aber nicht, dass Brückner weniger aktiv war. Wie aufgezeigt werden konnte, war er trotz seines bereits hohen Alters in verschiedenen Gremien, Beiräten und Fachkommissionen engagiert. Gleichwohl wird diese Tätigkeit vorrangig beratend gewesen sein und sich weniger auf Entscheidungsbefugnisse zurückführen lassen, wie Brückner es selbst im Hinblick auf seine Tätigkeit in der Ständigen Kommission der Stadtverordnetenversammlung Neubrandenburgs beschrieben hat.

Unter gänzlich anderen Umständen war Carl Swoboda zum ehrenamtlichen Vertrauensmann für Denkmalpflege geworden. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg war er ehrenamtlich als Heimatschützer bzw. Heimatforscher aktiv. Nach Kriegsende konnte er diese Arbeit innerhalb des Kulturbundes und als offizieller Beauftragter für Denkmalschutz ehrenamtlich fortführen. Im Vergleich zu

³⁹⁰ Vgl. ebd.

³⁹¹ Privatarchiv Stefan Wollmann, Nachlass Swoboda, Schreiben von Theodor Schütze an Carl Swoboda vom 28.02.1973.

Brückner und Rieck zeichnete sich Swoboda vor allem durch seine aktive und engagierte Arbeit in Schirgiswalde aus, die jedoch regional verhaftet blieb, selten in Publikationen mündete und überregional kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Sowohl Swoboda als auch Rieck, Brückner und Timm zeichneten sich in ihrem jeweiligen Handeln als Vermittler zwischen der institutionellen Denkmalpflege und den staatlichen Organen aus. Ob ihr Engagement von Erfolg begleitet war, hing nicht zuletzt von den staatlichen Strukturen ab und davon, ob die Denkmalpfleger und ehrenamtlichen Mitarbeiter dazu bereit waren, die Möglichkeiten innerhalb der Rahmenbedingungen auszutesten. Während einige Vertrauensleute vorrangig zwischen den zuständigen Behörden vermittelten, versuchten andere, wie beispielsweise Käthe Rieck, die zum Teil ideologisch aufgeladene Denkmaltheorie mit der praktischen Baudenkmalpflege in Einklang zu bringen. Insbesondere in Zeiten des politischen Umbruchs war der Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter von unschätzbarem Wert für die Denkmalpflege. Nicht zuletzt, weil ihre Arbeit verhinderte, dass die Denkmalpflege in der DDR in eine Plan- und/oder Konzeptlosigkeit mündete.

Die institutionelle Denkmalpflege griff dabei auf Kenntnisse und Fähigkeiten von Personen zurück, die zum Teil bereits vor dem Krieg in verantwortungsvollen Positionen in den Bereichen Architektur, Bauwesen oder Denkmalpflege gewesen waren. Ungeachtet ihres teilweise hohen Alters wirkten Akteure wie Brückner, Timm, Swoboda und Rieck am Wiederaufbau und Neuanfang in der DDR engagiert mit und stellten dem jungen Staat ihre Expertise zur Verfügung.

Das Netzwerk der ehrenamtlichen Vertrauensleute war durchaus vielschichtig. Es bestand aus pensionierten Lehrern, ehemaligen Beamten, Buchhändlern, Handwerkern und weiteren Berufsgruppen. In der Mehrheit waren es Männer, die sich als ehrenamtliche Denkmalpfleger engagierten. Käthe Rieck scheint exemplarisch für die wenigen weiblichen Ausnahmen zu stehen. Die unterschiedlichen denkmalpflegerischen Kenntnisse der Vertrauensleute sollten durch regelmäßige verpflichtende Lehrgänge ebenso wie durch die Berichterstattungen in den Mitteilungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus dienten die Lehrgänge und Mitteilungen zur Vernetzung der Vertrauensleute untereinander. Wie notwendig dieses Netzwerk war, konnte unter anderem anhand der Arbeiten Heinrich Timms und Carl Swobodas aufgezeigt werden. Insbesondere bei größeren Flächenländern bzw. Bezirken waren die Vertrauensleute als Erweiterung der Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege unabdingbar und machten denkmalpflegerische Praxis in ihrer Vielfalt vor Ort überhaupt erst möglich.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der Personen im Gefüge der Denkmalpflege zeigte, dass die wiederholten Umstrukturierungen die Handlungsmöglichkeiten der Akteure stark begrenzten. Auf verschiedenen Wegen versuchten verschiedene Akteure zu verschiedenen Zeitpunkten, ihre Handlungsspielräume zu nutzen und die Suche nach Strukturen in ihrem Sinne zu gestalten. Ob dies gelang, lag dabei jedoch nicht in den Händen des Einzelnen, sondern in denen des Staates. Die Analyse der Konservatorengespräche hat ergeben, dass eine relativ große Zahl von Akteuren als Protagonisten im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes bezeichnet werden muss. Diese Protagonisten zeichnen sich insbesondere durch ihre unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche in verschiedenen Regionen aus. So können für die Nordbezirke Heinz Mansfeld und Walter Ohle benannt werden, die sich in ihrem Handeln nicht nur auf die Bezirke ihrer Region beschränkten, sondern sich auch auf die Entwicklung denkmalpflegerischer Strukturen im Allgemeinen bezogen. Hans Müther, Gottfried Müller, Kurt Lade, Friedrich Mielke und Ludwig Deiters sind als Protagonisten der Berliner Zentrale und Außenstelle (Nord I) für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder als Protagonisten zu bewerten, die ebenfalls über ihre bezirkliche Zuständigkeit hinaus die institutionelle Denkmalpflege zu gestalten versuchten. Ebenso muss Gerhard Strauss als Leiter des Instituts für Theorie und Geschichte an der Bauakademie zu den überregional wirkenden Protagonisten für die Bereiche Denkmalpflege und Denkmalschutz gezählt werden. Hermann Weidhaas (Weimar), Wolf Schubert (Halle/Saale) und Hans Nadler (Dresden) sind als Protagonisten der südlichen DDR-Bezirke zu nennen, die zum einen die Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege nachhaltig prägten und zum anderen, insbesondere im Fall von Weidhaas, in den frühen 1950er Jahren die Fachkompetenz von zukünftigen Denkmalpflegern im Rahmen der Architektenausbildung formten.

Der Blick auf die Arbeit der ehrenamtlichen Vertrauensleute hat ein denkmalpflegerisches Netzwerk offenbart, das sich aus institutionellen Denkmalpflegern und ehrenamtlichen Vertrauensleuten zusammengesetzt und sich bereits früh etabliert hat. Das Engagement der Vertrauensleute und der Rückhalt, den diese seitens des Instituts für Denkmalpflege genossen, lässt ein effektiv arbeitendes Gefüge der Denkmalpflege in der DDR erkennen, dem durch regelmäßige Weiterbildungen der Vertrauensleute ein gewisses Maß an Professionalität und Professionalisierung garantiert war.

